

Stenographisches Protokoll

9. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 14. Juli 1994

Inhalt

Fragestunde (S. 204)

Erweiterung der Tagesordnung (S. 218)

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 56-2/27:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten zum Initiativantrag aller drei im Landtag vertretenen Parteien (SPÖ, FPÖ, ÖVP) betreffend den Entwurf des Landesverfassungsgesetzes über die Direktwahl der Bürgermeister ./.. mit Gesetzesentwurf

Berichterstatter: Dr. Hofer (S. 219)
Einstimmige Annahme (S. 219)

2. Ldtgs.Zl. 64-2/27:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten zur Anzeige des Abgeordneten Maximilian Koschitz betreffend das Kärntner Unvereinbarkeits-Verfahrensgesetz

Berichterstatter: Koncilia (S. 220)
Einstimmige Annahme (S. 220)

3. Ldtgs.Zl. 65-2/27:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten zur Anzeige des Abg. Ing. Karl Pfeifenberger betreffend das Kärntner Unvereinbarkeits-Verfahrensgesetz

Berichterstatter: Dr. Strutz (S. 220)
Einstimmige Annahme (S. 220)

4. Ldtgs.Zl. 45-3/27:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses zum Bericht des Landeskontrollamtes betreffend die

Überprüfung des Rechnungsabschlusses des Landes für das Rechnungsjahr 1993

Berichterstatter: Dr. Wutte (S. 221)

5. Ldtgs.Zl. 45-4/27:

Bericht und Antrag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Rechnungsabschluß 1993

Berichterstatter: Schiller (S. 222)

Redner: Dr. Strutz (S. 225), Dr. Hofer (S. 229), Dr. Ambrozy (S. 233, 269), Schwager (S. 237), Kreutzer (S. 239), Sablatnig (S. 240), Stangl (S. 243), Hinterleitner (S. 246), Steinkellner (S. 248), Kollmann (S. 248), Pistotnig (S. 252), Ing. Pfeifenberger (S. 253), Dr. Zernatto (S. 255), Dipl.-Ing. Gallo (S. 259), Ing. Wissounig (S. 262), Mag. Trunk (S. 263), Unterrieder (S. 265), Ferlitsch (S. 267), Buchhäusl (S. 268), Krenn (S. 271)

Zu TOP 4: Einstimmige Annahme (S. 274)

Zu TOP 5: Abstimmung nach Referatsbereichen:

Dr. Zernatto: Annahme mit Mehrheit (S. 275)

Dr. Ambrozy: Annahme mit Mehrheit (S. 275)

Ing. Reichhold: Minderheit (S. 275)

Unterrieder: Annahme mit Mehrheit (S. 275)

Schiller: Annahme mit Mehrheit (S. 275)

Dipl.-Ing. Freunschlag: Minderheit (S. 275)

Achatz: Annahme mit Mehrheit (S. 275)

Zusatzantrag auf Genehmigung des Rechnungsabschlusses 1993: Annahme mit Mehrheit (S. 276)

Vertagung der restlichen Verhandlungsgegenstände auf die nächste Sitzung (S. 276)

Beginn: Donnerstag, 14.7.1994, 10.03 Uhr

Ende: Donnerstag, 14.7.1994, 18.08 Uhr

Unterbrechung: Donnerstag, 14.7.1994, 13.41 Uhr bis 14.36 Uhr

Beginn der Sitzung: 10.03 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Unterrieder**,
Zweiter Präsident **Mitterer**, Dritter Präsident
Dkfm. Scheucher

A n w e s e n d : 34 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : **Kövari, Dipl.-Ing. Dr. Traußnig**

M i t g l i e d e r d e s B u n d e s r a t e s :
Pfeifer, Ing. Kerschbaumer, Eberhard, Dr. Prasch

A m R e g i e r u n g s t i s c h : Landeshauptmann **Dr. Zernatto**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold**, Landesrätin **Achatz**, Landesrat **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Landesrat **Dr. Haller**, Landesrat **Lutschounig**;

Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**, Landesamtsdirektor-Stellvertreter **DDr. Anderwald**

S c h r i f t f ü h r e r : Direktor **Dr. Putz**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Ich darf Sie zur 9. Sitzung des Kärntner Landtages recht herzlich begrüßen. Ich begrüße die anwesenden Journalisten und auch die Damen und Herren auf der Galerie.

Vor dem Eingehen in die Tagesordnung ist eine Fragestunde abzuführen.

Fragestunde

Wir kommen zur ersten Anfrage:

1. Ldtgs.Zl. 28/M/27:

Anfrage des Abgeordneten **Ing. Pfeifenberger** an Landesrat **Lutschounig**

Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Landesrat! Aufgrund der Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz über die Hygiene bei der Gewinnung, Bearbeitung, Lagerung und beim Transport von frischem Geflügelfleisch und die dadurch notwendige Fleischuntersuchung vom März 1994, BGBl. 118/1994, werden den Kärntner Geflügelverarbeitungsbetrieben rigorose Auflagen erteilt. Diese Verordnung ist in Kärnten mit 1. 7. in Kraft getreten. Die Auflagen betreffen in erster Linie die Räumlichkeiten, die Klimatisierung, die Desinfektion, die Kühlanlagen sowie die organisatorischen Betriebsabläufe in reinen und unreinen Zonen und in besonderer

Weise notwendige Sozialräume für Personal und den tierärztlichen Untersuchungsdienst.

Ein ganz wesentlicher Aufwand entsteht aber durch die zwingend vorgeschriebene Fleischuntersuchung von Geflügel. Mit der Erfüllung dieser Auflagen sind enorme Investitionen verbunden, welche von den Betrieben kurzfristig in Angriff genommen werden müssen, um weiter bestehen zu können.

Nun sind gerade diese Betriebe Abnehmer von einigen hundert Geflügelmästern, also Landwirten mit zum überwiegenden Teil geringer Fläche, angesiedelt bis in die Bergbauernzone 3. Die Erhaltung solcher Leitbetriebe ist daher von größter Bedeutung für den Fortbestand einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft, als Garant für die Produktion von gesunden Nahrungsmitteln.

Ich frage Sie daher konkret: Welche Maßnahmen wurden zur Erhaltung der Kärntner Geflügelverarbeitungsbetriebe gesetzt, welche durch die mit 1. Juli 1994 in Kraft getretene Geflügelfleischhygieneverordnung, BGBl. 118/1994, zu hohen Investitionen gezwungen werden?

Landesrat **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Abgeordneter! In Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Pfeifenberger vom 9. Juni 1994, die an mich mit dem Wortlaut "Welche Maßnahmen wurden zur Erhaltung der Kärntner Geflügelverarbeitungsbetriebe gesetzt, welche mit dem Inkrafttreten vom 1. Juli mit der Geflügelfleischhygieneverordnung verbunden sind?", teile ich folgendes mit:

Diese Geflügelfleischhygieneverordnung wurde vom Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz aufgrund des Fleischuntersuchungsgesetzes, BGBl. 522/1982, erlassen. Darin sind unter anderem Hygienevorschriften baulicher Art für Schlacht- und Zerlegebetriebe enthalten. In Kärnten betrifft dies insbesondere die Betriebsstätten in St. Andrä und in Glanegg.

Nach Erkundigungen der Fachabteilungen des Referates sind bei der Betriebsstätte in St. Andrä nur geringe Anpassungsmaßnahmen erforderlich, da diese zur Erlangung eines EU-Zertifikates soeben mit hohem Aufwand um- und ausgebaut wurden.

Bei der Betriebsstätte in Glanegg dürften, nach deren Mitteilung, größere Investitionsmaßnahmen erforderlich sein, jedoch ist die Größenordnung dafür noch nicht bekannt. Es liegt auch bis dato kein Antrag auf Förderung vor.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Durch den bevorstehenden EU-Beitritt Österreichs entstehen den Geflügelbauern bis zu 60 % Deckungsbeitragsrückgang, bedingt durch den Preisverfall von in etwa 35 % ab 1.1.1995 und durch den Verlust an Marktanteil bis zu 40 % in Österreich.

Durch den Beitritt Österreichs wird es zusätzlich gravierende Wettbewerbsverzerrungen für die Geflügelproduzenten geben, weil das derzeit geltende österreichische Bewertungsgesetz durch die im Gesetz geregelten Vieheinheiten und den dazugehörigen Flächenschlüssel bewirkt, daß unsere Geflügelhalter wesentlich

früher aus der steuerlichen Pauschalierung herausfallen und ins Gewerbe eingestuft werden.

Meine Frage an Sie, Herr Landesrat: Was werden Sie speziell in diesem Bereich für die Geflügelbauern tun, nachdem diese Produktionssparte in der EU vollkommen liberalisiert ist, und werden diese Betriebe nach erfolgter Umstrukturierung automatisch die EU-Reife, das heißt eine Zulassung nach EU-Richtlinien erhalten?

Landesrat **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In diesem Zusammenhang sind auch für Investitionen ab 1995, die im Förderungsprogramm des Bundes unter dem Sektorplan mit EU-Cofinanzierung in Ausarbeitung, wobei auch die Länder in diese Finanzierung eingebunden werden sollen.

Es ist so, daß wir durchaus auch in Kärnten diesbezüglich konkrete Maßnahmen gesetzt haben. Das heißt, daß jene Verordnungen, die vom Bund auferlegt worden sind, nicht in jener Tragweite und in jener Größe auf die Geflügelschlachtereien zutreffen, sondern daß wir hier versuchen, gemeinsam mit unserer Fachabteilung, aber auch mit den zuständigen Tierärzten, die ja diese Kontrolle vornehmen, einen Kompromiß zu finden. Ich hoffe, daß dieser in Anlehnung an die Bundesländer Oberösterreich, Niederösterreich, Steiermark und Burgenland eine großzügige Entlastung mit etwa zwei Schilling pro Stück veranschlagten Größe eine Minderung auf etwa 20 Groschen pro Stück erfahren wird, so daß wir eine deutliche Entlastung dieser Betriebe vornehmen können.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Um eine Festigung des innerösterreichischen Absatzes sowie für die Eroberung ausländischer Märkte eine gezielte Werbe- und Marketingoffensive sicherzustellen, bedarf es zusätzlicher finanzieller Unterstützung.

In welchem Ausmaße werden Sie, Herr Landesrat, finanzielle Mittel dafür sicherstellen, um diesen hervorragenden Kärntner

Ing. Pfeifenberger

Qualitätsprodukten langfristig eine Marktchance zu geben?

Landesrat **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Das paßt natürlich wunderbar in die Strategie hinein, die ich meinerseits schon beim Amtsantritt hier gesagt habe: Daß wir unsere Kärntner Produkte speziell mit dem Kärntner Gütesiegel versehen sollen und verstärkt auf dem einheimischen Markt Fuß fassen sollen. Wir dürfen ja nicht annehmen, daß wir jetzt ganz Europa mit unseren Produkten aus Kärnten überschwemmen werden - das wird wahrscheinlich nicht stattfinden -, sondern ganz gezielt unseren heimischen Markt bewerben müssen. In dieser Richtung haben wir auch das Kärntner Gütesiegel in Ausarbeitung. In den nächsten Tagen erwarte ich schon einen Entwurf für dieses Gütesiegel, so daß für den Konsumenten die Qualität nachvollziehbar ist, damit er feststellen kann, daß dieses Qualitätsprodukt tatsächlich aus Kärnten ist.

Selbstverständlich werden wir die Finanzierung dieses Gütesiegels von unserer Abteilung vornehmen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die erste Anfrage erledigt; wir kommen zur zweiten Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 31/M/27:**Anfrage der Abgeordneten Steinkellner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler**

Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler! Nun sind es über eineinhalb Jahre her, daß es in Kärnten keinen flächendeckenden ärztlichen Bereitschaftsdienst unter

der Woche gibt. Es bleibt daher weiterhin dem Zufall überlassen, ob außerhalb der Ordinationszeiten und in der Nacht Patienten einen praktischen Arzt erreichen können oder nicht.

Dieser für Kärntens Bevölkerung unhaltbare Zustand hat leider schon zu vielen kritischen und auch zu tragischen Situationen geführt. Auch ein einstimmig angenommener Dringlichkeitsantrag vom 20. 1. dieses Jahres hat keine Lösung herbeigeführt. Auf Landesebene konnte die bis vor kurzem zuständige Referentin Achatz keinen für Kärntens Bevölkerung so notwendigen Erfolg verzeichnen. Auf Bundesebene konnten Sie, Herr Dr. Ausserwinkler, ebenso kein positives Ergebnis erreichen. Nun haben Sie vor kurzem, als zuständiger Landespolitiker, einen "Altenplan" vorgestellt, dabei aber den ärztlichen Bereitschaftsdienst nicht einmal erwähnt.

Ich frage Sie daher: Wann wird der Ärztebereitschaftsdienst in Kärnten als Übergangslösung bis zu einer Bundesregelung wieder eingeführt?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Notwendigkeit der Einrichtung eines flächendeckenden, funktionierenden ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Kärnten außerhalb der Ordinationszeiten ist unbestritten notwendig.

Was die gesetzliche Regelung dieser Problematik betrifft, gibt es ein Bundesgesetz, das in der Lage wäre, hier mit der Aufnahme eines entsprechenden Passus eine Regelung herbeizuführen. Das ist das Ärztegesetz. Ins Ärztegesetz könnte, entsprechend dem Apothekengesetz, eine Verpflichtung aufgenommen werden, zur Bereitschaft; eine Verpflichtung, flankierend verbunden mit einer entsprechenden Organisation, möglicherweise wie im Apothekengesetz auch über die Bezirksverwaltungsbehörde.

Ein entsprechender Initiativantrag wurde im Parlament von dem damaligen Nationalratsabgeordneten Kollmann auch eingebracht und unter

Dr. Ausserwinkler

anderem von Ihrer Partei auch heftig als nicht zielführend bekämpft.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß somit die Novellierung des Ärztegesetzes auf Bundesebene einiges an Schwierigkeiten mit sich bringen wird und absehbar noch nicht ein Zeitpunkt ist, an dem wir mit einer Novellierung rechnen können und somit eine Aufnahme der Verpflichtung der Ableistung von Bereitschaftsdienst gegeben ist.

Ein Grund auch, daß es hier zu keiner Einigung auf Bundesebene gekommen ist, ist die Tatsache, daß in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Vorstellungen bestehen, wie, in welcher Form und in welchem Umfang ein ärztlicher Bereitschaftsdienst zu regeln sein wird.

So hat beispielsweise eine Umfrage über die Verbindungsstelle der Bundesländer folgendes Ergebnis gebracht: Seitens des Landes Oberösterreich wurde mitgeteilt, daß es nicht beabsichtigt sei, einen ärztlichen Nachtbereitschaftsdienst in den Gemeinden einzurichten. Auch in Oberösterreich liegen ähnliche Forderungen der Ärztekammer vor wie in Kärnten. Allerdings wurden seitens des Landes Oberösterreich noch nicht einmal Verhandlungen darüber aufgenommen, da die Auffassung vertreten wird, daß der ärztliche Bereitschaftsdienst, der bereits an den Wochenenden und an den Feiertagen besteht, mit in die Vertragsverhandlungen der Ärztekammer mit den Sozialversicherungsträgern aufzunehmen sei. Im Burgenland gibt es an Wochentagen überhaupt keinen ärztlichen Nachtbereitschaftsdienst; in einigen Gemeinden wird auf freiwilliger Basis unentgeltlich von den Ärzten eine entsprechende Vereinbarung der Erreichbarkeit getroffen. In Niederösterreich gibt es keine finanzielle Abgeltung des Nachtbereitschaftsdienstes. Allerdings finden derzeit Verhandlungen zwischen dem Land und der Ärztekammer statt. In der Steiermark gibt es an Wochentagen keinen generellen ärztlichen Nachtbereitschaftsdienst. In Tirol weigert sich sowohl das Land als auch die Ärztekammer selbst, sich in eine stundenweise geregelte ärztliche Bereitschaft einbinden zu lassen. In Vorarlberg konnte nunmehr eine vorübergehende Einigung für das Jahr 1994 erzielt werden. Die beruht auf einer Pauschale in

der Höhe von 1.800 Schilling pro Nachtbereitschaftsdienst. Eine Vereinbarung für diese Pauschale liegt zwischen dem Land und der Ärztekammer vor.

Eine weitere Pauschalierung erfolgt in Wien, wo die Gebietskrankenkasse zwei Drittel der Kosten dafür übernimmt. Dort war es notwendig, eine Sonderregelung zu treffen, da viele Ärzte nicht in dem Wohnbereich leben, in dem sie auch ihre Ordinationsstätte haben.

Sie haben schon richtig darauf hingewiesen, daß der Kärntner Landtag in seiner 75. Sitzung am 20. 1. 1994 ein Modell beschlossen hat, welches den praktischen Ärzten und Ärztinnen in Kärnten eine fixe Pauschale in der Höhe von 1.800 Schilling pro Bereitschaftsnacht garantieren würde - allerdings unter Abzug der von den Sozialversicherungsträgern geleisteten Honorare.

In jenen Fällen, in denen eine ärztliche Visite erfolgt, wäre dann nur mehr der Differenzbetrag auf 1.800 Schilling auszubezahlen. Diese Regelung hat, wie der Landtag beschlossen hat, ihre Gültigkeit bis zum 31. 12. 1994.

Wie Sie wissen und in Ihrer Anfragebegründung auch angeführt haben, wurde dieses Modell von der Mehrheit der Kärntner Ärzte nicht akzeptiert. Somit hat die Ärztekammer ihrerseits zwei Varianten vorgeschlagen. Die Variante 1 lautet: Das Land Kärnten wird jedem, zum Dienst eingeteilten Arzt pro Stunde des Rufbereitschaftsdienstes eine Abgeltung in der Höhe von 100 Schilling zuzüglich Umsatzsteuer leisten. Diese Variante entspricht faktisch der Rückkehr zum Modell, das vom Oktober 1991 bis Dezember 1992 verwirklicht wurde. Sie hat damals 17 Millionen Schilling gekostet. Die zweite vorgeschlagene Variante sieht vor, daß das Land Kärnten pro Stunde des vereinbarten Rufbereitschaftsdienstes jedem zum Dienst eingeteilten Arzt ein Honorar von 150 Schilling zuzüglich Umsatzsteuer leisten soll. Der sich daraus ergebende Betrag vermindert sich um 300 Schilling zuzüglich Umsatzsteuer für jede, während der Dienstzeit vom Arzt geleistete Visite. Mindestens soll jedoch ein Betrag von 800 Schilling ausbezahlt werden.

Da nun das Modell, das hier, im Hohen Landtag, beschlossen wird, seitens der Ärztekammer auf

Dr. Ausserwinkler

Ablehnung stößt, habe ich wieder Verhandlungen mit der Ärztekammer aufgenommen, mit dem Ziel, insgesamt eine vertragliche Vereinbarung zwischen den Ärzten in Kärnten und dem öffentlichen Gesundheitsdienst zu erreichen. Wir werden jetzt und in Zukunft auf Leistungen auch der niedergelassenen Ärzte angewiesen sein, die für den öffentlichen Gesundheitsdienst gelten. Hier sind Leistungen, die in den Bereich der Tätigkeiten in Gesundheitssprengel hineingehen, genauso mit eingebunden wie endlich ein Abschluß eines Vertrages über die medizinische Hauskrankenpflege. Die Unterzeichnung dafür steht noch aus. Somit ist diese an und für sich auf Bundesebene getroffene, gute Vereinbarung zur ärztlichen Begleitung der Hauskrankenpflege in Kärnten auch noch nicht entsprechend in Kraft getreten.

All dies veranlaßt uns, in diesen Verhandlungen zu einem Vertragsentwurf zu kommen, der natürlich wieder im Landtag dem Vertrag, der entsprechend jetzt vom Landtag abgesehen ist, vorgelegt werden muß.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Gemeinsam mit der stark verunsicherten Bevölkerung hoffe ich, daß der Zeitpunkt zur Lösung dieses Problems, die Verhandlungen, die Sie jetzt angekündigt haben, nicht auf den Sanktnimmerleinstag verschoben wird.

Daher frage ich Sie um Ihre Einschätzung, wann mit erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen zu rechnen ist?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Ich schätze, daß wir in den nächsten eineinhalb bis zwei Monaten diese Verhandlungen abgeschlossen haben werden.

3. Ldtgs.Zl. 32/M/26:**Anfrage des Abgeordneten Pistotnig an Landesrat Dr. Haller**

Abgeordneter **Pistotnig** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Aus den einschlägigen Unterlagen ist nicht eindeutig zu entnehmen, daß das Gemeindegebiet Liebenfels nach dem EU-Beitritt im sogenannten 5B-Zielgebiet liegen wird. Beamte der Landesregierung sind der Meinung, ja. Bei einer Versammlung aller Bürgermeister des Bezirkes St. Veit in der BH St. Veit hat man eher den Eindruck gehabt, daß das nicht der Fall wäre.

Daher meine Frage: Gilt das Gemeindegebiet von Liebenfels nach einem EU-Beitritt als 5B-Zielgebiet?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die 5B-Zielgebiete stellen die zukünftige Fördergebietskulisse im Rahmen der regionalen Strukturpolitik der Europäischen Union dar. Der Abgrenzungsvorschlag Österreichs wurde von der österreichischen Raumordnungskonferenz am 25. März 1993 beschlossen und beinhaltet den Wunsch Österreichs an die EU für potentielle Zielgebiete. Da die Kompetenz für die Abgrenzung der 5B-Zielgebiete sowie für die Ziel-2-Gebiete bei der EU-Kommission liegt, kann mit einer endgültigen Gebietskulisse erst nach dem Beitritt Österreichs zur EU gerechnet werden. Im Abgrenzungsvorschlag, und damit auch Österreichs und Kärntens ist die Gemeinde Liebenfels enthalten. Diese Antwort kann also als positiv verstanden werden. Ich stehe selbstverständlich mit Unterlagen parat demgemäß auch für weitere Rückfragen.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Pistotnig** (FPÖ):

Wenn im 5B-Gebiet, warum ist dann Liebenfels nicht im nationalen Förderungsgebiet?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Grundsätzlich muß man dazu sagen, daß es eine Reihe von Diskussionen und eine sehr weitgehende Meinungsbildung stattgefunden hat, auf Regierungsebene und auf Beamtenebene und daß die Einteilung der Zielgebiete nach regionalen und wirtschaftspolitischen Aspekten getroffen wurden.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Pistotnig** (FPÖ):

Herr Landesrat, welche Auswirkungen hat dies in der Gemeinde Liebenfels auf das Gewerbe und die Wirtschaft?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Im Detail zu erfragen, welche Auswirkungen für die einzelnen Wirtschaftszweige die Zuordnung der Zielgebiete heute hat, das ist natürlich eine sehr schwierige Frage. (*LH-Stv. Ing. Reichhold: Das ist eh klar.*) Ich würde darum bitten, daß Sie mir die Möglichkeit geben, diese Frage durch entsprechende zusätzliche Erörterungen bzw. Aufklärungen zur Beantwortung zu überbringen.

4. Ldtgs.Zl. 33/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Dr. Hofer an Landesrat Dipl.-Ing. Freunschlag

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Im Straßenbereich sind, wie wir alle wissen, sehr viele Wünsche offen. Der frühere Referent im Straßenbaureferat hat sehr oft über Geldknappheit geklagt. Dem Vernehmen nach werden jetzt in Kärnten im Bereich von Landes- und auch Bundesstraßen im erheblichen Ausmaß Straßenrückbauten vorgenommen. Viele verfolgen das auch mit Sorge, weil sie meinen, daß diese Geldmittel, die hier für Rückbauten aufgewendet werden, lieber dafür eingesetzt werden sollten, Straßen zu erhalten bzw. zu verbessern.

Daher die Anfrage, Herr Landesrat Freunschlag, wieviel Geld wurde in den letzten drei Jahren für Straßenrückbauten ausgegeben?

Landesrat **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Abgeordneter, keines. (*Abg. Dr. Hofer: Danke, keine Zusatzfrage.*)

5. Ldtgs.Zl. 35/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Ing. Pfeifenberger an Landesrat Dr. Haller

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Herr Landesrat! Anlässlich der Eröffnung der Tennissportanlage Maria Saal hat der damalige Finanzreferent Dr. Ambrozy zugesagt, daß die restlichen Bedarfszuweisungen zur Gänze ausgezahlt werden. Nun hat der örtliche Tennisklub zur Abdeckung der Umbaumaßnahmen eine große Finanzierungslücke abzudecken, die Gemeinde hat aber bis dato keine vollständige Abdeckung der Tennisplätze in Aussicht gestellt. Deshalb die Frage an Sie, Herr Landesrat: Wann kann die Marktgemeinde Maria Saal mit den restlichen Bedarfszuweisungen in der Höhe von 1,9 Millionen Schilling rechnen, welche mit Schreiben vom 29.6.1993, Zl. 3-Gem. 1000/1/93 verbindlich zugesichert wurden?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie Sie verschiedenen Medienberichten entnehmen konnten, befinden sich die Gemeinden Kärntens derzeit in einer schwierigen wirtschaftlichen finanziellen Situation. Ich gehe davon aus, daß Ihnen die wesentlichen Ursachen dafür bekannt sind. Einerseits sind dies Mindereinnahmen an Ertragsanteilen, die im Jahre 1993 und 1994 zu verzeichnen sind, andererseits die Verpflichtung des Gemeindereferenten, in erster Linie die Abgänge des ordentlichen Haushaltes abzudecken. Daß diese infolge der zitierten Min-

Dr. Haller

dereinnahmen und auch der massiven Umlagen-erhöhungen für 1994 auf ein Vielfaches des vergleichbaren Betrages von 1993 gestiegen sind, hat zur Folge, daß bereits für die außerordentliche Haushalte zugesicherte PZ-Beträge nicht mehr vorhanden sind. Das zur allgemeinen Erklärung und Diskussion.

Wie Sie den Zeitungen aber auch entnehmen konnten, wird die damit verbundene kritische Situation der Gemeindehaushalte aber durch einen einmaligen Zuschuß aus dem Landesbudget in der Höhe von etwa 80 Millionen Schilling im Jahre 1994 wesentlich verbessert. Ich bin daher in der Lage, mit den Gemeinden unter dem Gesichtspunkt einer zurückhaltenden Gebarung während der nächsten Finanzjahre die PZ-Gespräche dahingehend zu führen, daß begonnene Vorhaben abfinanziert und fertiggestellt werden können, wobei gleichzeitig andere Gemeinden korrekt und fair zu behandeln sind.

Zum konkreten Teil Ihrer Anfrage kann ich Ihnen mitteilen, daß am 21.6.1994 ein diesbezügliches Finanzierungsgespräch der Gemeindevertreter von Maria Saal unter der Führung von Bürgermeister Knafl in meinem Büro stattgefunden hat, welches mit einem für alle Teile akzeptablen, um nicht zu sagen, befriedigendem Ergebnis geendet hat. Die dabei festgelegten Beträge werden von der Gemeinde im Zeitpunkt abzurufen sein, in welchem die Gemeinde die Fälligkeit der eingegangenen Verpflichtungen nachweisen kann. Konkret auf die Frage zu der einen Million kann ich eine positive Antwort geben.

(Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Wie werden Sie in Zukunft verbindliche Zusicherungen von Bedarfszuweisungen an die Gemeinden erstellen, um sie im Anschluß nicht kurzfristig wieder außerkraft treten zu lassen?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Grundsätzlich darf ich dazu vermerken, daß wir bemüht sind, alle diesbezüglichen Zusagen einzuhalten, obwohl zeitlich gewisse Streckungen

notwendig geworden sind. Eine Vorgangsweise, die bisher mit allen Bürgermeistern, die bei mir waren, im Einvernehmen durchgeführt wurden. Wir werden sicherlich bemüht sein, angesichts der kritischen gesamtwirtschaftlichen und finanziellen Situation vorsichtige Prognosen für die nächsten Jahre anzustellen und die verfügbaren Mittel sicherlich orientieren an eher pessimistischen Voraussetzungen, die wir auch zur Grundlage für Bedarfszuweisungsgespräche heranziehen werden.

6. Ldtgs.Zl. 36/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Schretter an Landesrat Dr. Haller**

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzter Herr Landesrat! Sind im Zusammenhang mit den in den Medien dargestellten Berichten über die sogenannten Schwarzbauten in der Gemeinde Eberndorf auch Wohnbauförderungsmittel an Förderungswerber geflossen, die über keine Baubewilligungen verfügten?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Abgeordneter! Eine Überprüfung der aus der Gemeinde Eberndorf eingegangenen Förderungsansuchen auf Gewährung einer Förderung für die Errichtung von Wohnraum, Wohnungen und Wohnhäusern, sprich Wohnbauförderung und Landes-, Wohn- und Siedlungsfonds hat ergeben, daß sämtlichen Förderungsansuchen die jeweiligen Baubewilligungsbescheide und genehmigten Baupläne zugrunde gelegt wurden. Die Zugrundelegung des Baubescheides und des genehmigten Bauplanes stellt natürlich eine grundsätzliche Erfordernis bereits bei der Einreichung und Annahme eines Förderungsbegehrens dar und kann daher davon ausgegangen werden, daß eine Förderungsvergabe für ein nichtgenehmigtes Bauvorhaben zur Gänze ausgeschlossen werden kann.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Herr Landesrat, hat es im Jahre 1993 kärntenweit mißbräuchliche Verwendungen im Bereich der Wohnbauförderung gegeben?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Diese Anfrage ist so allgemein gehalten, daß sie eine entsprechende Vorbereitung zur Beantwortung bedarf.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Ich habe noch eine zweite Zusatzfrage, denn die erste haben Sie nicht beantwortet, die erhalte ich schriftlich und würde Sie ersuchen, sie durch eine zweite Zusatzfrage noch zu ergänzen. Wenn ja, wie hoch die Beträge sind.

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Selbstverständlich gibt es meinerseits die Bereitschaft, die schriftliche Antwort auch in diesem Bereich zu geben.

7. Ldtgs.Zl. 37/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Schiller an Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Das Land Kärnten hat im Jahr 1990 ein Abfallwirtschaftskonzept beschlossen. In einer dreistufigen Vorgangsweise sollte im Bereich der Abfallwirtschaft vorgegangen werden. Es wurde im Jahr 1992 die erste Stufe des Abfallwirtschaftskonzeptes realisiert, nämlich die Umsetzung der Altstoffzentren. Lange vor der Verpackverordnung des Bundes und nicht so chaotisch, wie der Bund seine Verpackverordnung vorbereitet hat, sondern hervorragend organisiert von den Abfallwirtschaftsverbänden, den Gemeinden mit

einem Kostenaufwand von 50 Millionen Schilling, wobei die Gemeinden 50 Prozent dieser Summe zu tragen gehabt haben und das Land 50 Prozent.

In einer zweiten Stufe sind die Recyclinghöfe in den Gemeinden vorgesehen und jetzt meine Frage: Wie viele Recycling-Höfe, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, gibt es derzeit in Kärntens Gemeinden?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Derzeit gibt es 7 solche Zentren.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Wann ist mit Abschluß dieser Stufe 2, Errichtung der Recycling-Höfe in unseren Gemeinden zu rechnen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Wie Sie wissen, ist es so, daß die Förderung für die Errichtung von Altstoffzentren im 94er Jahr die Antragsfrist ausläuft, das heißt, es wird im 95er Jahr das letzte mal gefördert, sodaß noch eine ganze Reihe von Anträgen vorliegt, derzeit rund 40 bis 50 Anträge in Verhandlung. Wir hoffen, daß wir demnächst auch in Verhandlung treten mit all den Antragstellern und diese Wünsche der einzelnen Gemeinden rasch abwickeln können. Ich gehe davon aus, daß nächstes Jahr das Gros der Wünsche der zweiten Stufe abgeschlossen werden kann.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Die Verordnung zur Wiederverwertung biogener Abfälle wurde vom 1.7. auf 31.12. bzw. 1. Jänner 1995 verlegt kurzfristig, für mich auch in sehr chaotischer Form, weil es viele Gemeinden und Verbände gibt, die diesen 1.7. schon vorbe-

Schiller

reitet haben. Nun hat das Land Kärnten bis zum 30.6. dieses Jahres eine Förderungsaktion für Einzelkompostieranlagen gefördert bzw. eingerichtet. Diese Förderungsaktion ist mit 30.6. ausgelaufen. Nachdem das Inkrafttreten der Verordnung verlängert wurde, sind Sie bereit, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, diese Förderungsaktion des Landes für die Bürger, die in dieser Zeit noch einen Komposter anschaffen, zu verlängern?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Herr Abgeordneter, jawohl!

8. Ldtgs.Zl. 38/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Schiller an Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold**

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! 12 Prozent der Kärntner Landesfläche stehen unter besonderem Schutz, entweder sind diese Flächen Naturschutzgebiet, Nationalpark oder Landschaftsschutzgebiet. Es hat in den letzten Jahren auch eine deutliche Veränderung im Bereich der Strategie im Bereich des Kraftwerksbaus und des Straßenbaus gegeben. Man muß aber dazu sagen, daß das nicht nur auf dem Prinzip der Freiwilligkeit passiert ist, sondern daß § 12 des Naturschutzgesetzes die Schaffung von Ersatzlebensräumen vorschreibt.

Nun zu meiner Frage: Wie lautet der derzeitige Stand des Naturschutzverfahrens zur Unterschutzstellung der Neudensteiner Bucht im Völkermarkter Stausee. Diese Neudensteiner Bucht bzw. die Errichtung dieses Bereiches ist auf den Autobahnbau der Südautobahn zurückzuführen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Herr Abgeordneter, richtig, das ist ein sogenanntes Ersatzbiotop. Die Begutachtungsverfahren sind bereits abgeschlossen, der entsprechende Regierungsvortrag ist in Ausarbeitung und es wird in einer der nächsten Regierungssitzungen zu einer Beschlußfassung kommen.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Das Land Kärnten forciert seit dem Jahr 1989 sehr stark den aktionistischen Naturschutz, das heißt, es hat im Jahr 1989/90 ein Jahr der Frösche gegeben, 1991/92 ein Jahr der Schmetterlinge und es gibt heuer bzw. vielleicht auch noch im nächsten Jahr das Jahr der Orchideen, aber es ist das europäische Naturschutzjahr 1995 vor der Tür und da ist das Land Kärnten aufgerufen, mit einer besonderen Aktion aktionistischen Naturschutz zu betreiben.

Meine Frage, welche Aktion, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, haben Sie für das europäische Naturschutzjahr 1995 vorbereitet?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Vorbereitungen für das europäische Naturschutzjahr sind auf Hochtouren. Es gibt Ende Juli eine Zusammenkunft vieler Naturschutzverbände und -vereinigungen und im Rahmen dieser Aussprache wird ein entsprechendes Konzept ausgearbeitet, um dieses Naturschutzjahr mit vielen Kärntner Akzenten anzureichern.

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Die Finanzierung von aktivistischem Naturschutz kostet viel Geld und führt zu heftigen politischen Auseinandersetzungen. Es hat in der letzten Legislaturperiode eine Vielzahl von Diskussionen im Zusammenhang mit der Einführung der Naturschutzabgabe gegeben und ich stelle mir vor, daß diese Naturschutzabgabe

Schiller

auch ein Bestandteil Ihrer Anregungen sein werden, die sicher nur realisiert werden können, wenn es zur Realisierung des Umweltvertrages kommt. Meine Frage, sind Sie als zuständiger Umweltreferent bereit, den schon seit fünf Jahren von der SPÖ geforderten Umweltvertrag zu realisieren? Ich werde Ihnen dabei ein bißchen behilflich sein und darf dem Herrn Präsidenten einen diesbezüglichen Antrag übermitteln.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich weiß zwar jetzt nicht, von wem wirklich die Initiative für die Vereinbarung eines Umweltvertrages ausgegangen ist. Tatsache ist, daß wir gemeinsam vor kurzem mit der Kollegin und Abgeordneten aus Radenthein, Frau Bürgermeisterin Herbrich, zusammengesessen sind und in der gemeinsamen Aussprache, neben der Erörterung anderer wichtiger umweltrelevanter Themen für Kärnten auch über den Umweltvertrag gesprochen haben. Ich habe festgestellt, daß von allen drei Parteien große Bereitschaft da ist, diesen Umweltvertrag abzuschließen. Es werden jetzt Parteiengespräche eingeleitet, um zu einen Vertrag zu kommen, der einiges bietet. Ich freue mich daher sehr, daß offenbar in allen Parteien große Bereitschaft vorhanden ist.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 8 erledigt; wir kommen zur neunten Anfrage:

9. Ldtgs.Zl. 39/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landessportreferent! In einem ganzseitigen Zeitungsinterview haben Sie uns kürzlich Ihre Ansichten zum Thema "Kärntner Sport" verraten. Konkrete Maßnahmen waren nicht darunter, aber Sie haben gesagt, daß Sie künftig die Anhebung der öffentlichen Mittel für den Sport praktisch ausschließen. Konsequenz weitergedacht heißt das aber: Sollte sich Kärnten an möglichen Olympischen Winterspielen beteiligen, müßten Landesgelder für den Breitensport gekürzt werden.

Sie haben ferner erwähnt, daß Sie die gesellschaftliche Bedeutung des Sports anheben wollen. Konsequenz hinterfragt, heißt das aber doch, daß alle Ihre Vorgänger entweder hiebei versagt haben oder durch eine parteipolitische Betrachtungsweise dem Sport insgesamt keinen guten Dienst erwiesen haben. Denn sonst müßte jetzt nichts angehoben werden.

Sie haben ferner die parteipolitisch gefärbten Dachverbände interessanterweise für noch zeitgemäß und auch sinnvoll gehalten. Auch den Verdacht, daß manchmal nach parteipolitischen Motiven entschieden wird, haben Sie gar nicht dementiert. Für mich, als Parteilosen, ist das besonders interessant.

Deshalb stelle ich an Sie die konkrete Frage: Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie Ihre öffentlich geäußerte oberste Maxime "Parteilosigkeit hat im Sport nichts zu suchen!" wieder verwirklichen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Abgeordneter! Zuerst muß ich nach der Interpretation, die Sie hinsichtlich meines Interviews vorgenommen haben, annehmen, daß Sie irgend etwas anderes gelesen habe. Ich gehe trotzdem gerne auf die konkrete Anfrage ein.

Vor etwa eineinhalb Jahren hat es eine internationale Konferenz zur Organisation des Sportes weltweit gegeben. Dabei ist die Organisation des österreichischen Sports als eine die Autonomie

Dr. Ausserwinkler

wahrende Organisation besonders positiv hervorgehoben worden. Ich bekenne mich vollkommen auch dazu, daß die Autonomie des Sportes, wie sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Kärnten bestanden hat, weiter bestehen bleiben soll. Die Träger des Sports in unserem Land (die Verbände, Vereine) entstehen und agieren unabhängig. Es existiert daher eine völlige Autonomie der einzelnen Sportdachverbände, Sportfachverbände, Sportvereine und sonstigen Institutionen des Sports. Aus diesem Grund gibt es keine Möglichkeiten für den Sportreferenten sowie für den Landessportrat als beratendes Organ in allen grundsätzlichen Sportfragen, sich in die Agenden der Führung eines Vereines oder eines Verbandes einzumischen. Das Land kann daher in Entsprechung des sehr ausgezeichneten Kärntner Sportgesetzes, speziell des § 1, lediglich durch die Leistung von Beiträgen den Sport fördern und finanziell unterstützen. Für diese Förderung gibt es vom Landessportrat, der sich aus den nominierten Vertretern der drei im Landtag befindlichen Parteien und den drei Dachverbänden zusammensetzt, einstimmig beschlossene Förderungsrichtlinien für sämtliche Ansätze des Sportbudgets. Aufgrund der Höhe der einzelnen Ansatzposten haben derzeit folgende Richtlinien Gültigkeit:

Breiten- bzw. Gesundheitssport: Hier erhalten die Dachverbände pro neuem Verein 5.000 Schilling zusätzlich, Fachverbände pro neuem Verein 1.000 Schilling zusätzlich. Die Subventionen an die Sportvereine werden über Vorschlag der drei Dachverbände gewährt. Die Gesamtsummen für die Befürwortungen richten sich nach der Zahl der bei den Dachverbänden gemeldeten Sportvereine. Dann gibt es die Veranstaltungsförderung für internationale Veranstaltungen von 5.000 bis 10.000 Schilling pro Veranstaltung, für Europacup-Veranstaltungen 30.000 Schilling, für Weltcup-Veranstaltungen 60.000 bis 200.000 Schilling, für österreichische Meisterschaften 10.000 bis 30.000 Schilling. Dann gibt es die Spitzensportförderung. Gefördert werden dort österreichische Meister bzw. Aktive mit internationalen Erfolgen. Es gibt die Spitzensportförderung für die Mannschaftssportarten, mit entsprechenden Förderungsrichtlinien, wobei die Teilnahme an gesamtösterreichischen

Meisterschaften besondere Berücksichtigung findet.

Bei der Errichtung von Sportstätten gelten die gleichen, vom Landessportrat einstimmig - auch mit den Stimmen Ihrer Partei - beschlossenen Richtlinien wie beim Breiten- und Gesundheitssport. Weiters gibt es die Transparenz über die Vorlage des Sportbudgets, der Sportförderungsmittel gegenüber den Landtagsparteien. Ich glaube, somit ist eine breite Transparenz gegeben und ist ermöglicht, daß jeder Schilling, der beim Sport eingesetzt wird, auch durch aktive Vereine und Verbände weiter vermehrt wird: durch sehr viel Eigenleistung, Eigeninitiative und Idealismus. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Ich darf festhalten: Konkret war hier nichts. Deshalb insistiere ich: Wie wollen Sie das abstellen, daß öffentliche Gelder (also Landesmittel) aus vorwiegend parteitaktischen Überlegungen beim Fenster hinausgeworfen werden, offensichtlich um zu beweisen, daß parteipolitisches Wohlverhalten, vorausseilender Gehorsam gegenüber Apparateschicks sich lohnen? *(Abg. Koncilia: Ein unabhängiger, polemischer Bericht!)*

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Ich glaube, hier ist es klug, in Vorlage irgendeiner konkreten Situation mir eine Beantwortung zu ermöglichen. Auf derart pauschale, für mich nicht nachvollziehbare Äußerungen ist es mir schwer, eine Antwort zu finden.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Ich darf Ihnen den konkreten Fall nennen: Es geht um die Marktgemeinde Paternion und die Tennissubventionen, die kärntenweit Schlagzeilen gemacht haben.

Dipl.-Ing. Gallo

Ich komme zur zweiten Zusatzfrage. Im eingangs erwähnten Interview haben Sie erwähnt, Sie seien unlängst beim Schülerligafinale in Feistritz gewesen und in Abrede gestellt, nur dort gewesen zu sein, um gesehen zu werden.

Jetzt frage ich Sie, wer das Finale bestritten hat und wie das Match ausgegangen ist.

(Vorsitzender Erster Präsident Unterrieder: Ich weiß nicht, was das mit dem Kern der Frage zu tun hat. - Herr Landeshauptmann, bitte!)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Die Spittaler waren sehr erfolgreich. Ich habe mich über den Erfolg der Spittaler sehr gefreut, auch als Klagenfurter. Die Klagenfurter Mannschaft war nämlich auch im Finale. *(Abg. Dr. Ambrozy zum Anfragesteller: Das war jetzt eine echte Blamage. Das muß ich schon sagen!)*

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage 9 erledigt. - Wir kommen zur zehnten Anfrage:

**10. Ldtgs.Zl. 40/M/27:
Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing.
Gallo an Landesrat Dr. Haller**

Herr Abgeordneter, bitte!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Auf dem Stubeck, dem Hausberg von Gmünd, besteht ein Schilift seit beinahe 20 Jahren. In guten Wintern, das heißt wenn Schnee vorhanden ist, ist dieser Lift zirka zehn Tage im Jahr ausgelastet. Es kommt sogar zu geringen Wartezeiten. Das Gelände könnte man als Anfängerschigebiet bezeichnen - ausgenommen freilich der oft starke Wind, der zu Schneeverfrachtungen führt. Parkplätze sind eher in bescheidenem Umfang vorhanden. Von Gmünd aus führt ein kurvenreicher, als Forstaufschließungsstraße konzipierter Weg,

nicht asphaltiert, nicht öffentlich, ohne Leitschienen, zur Frido-Kordon-Hütte. Von dort ist jetzt eine Doppelsesselbahn aus geplant; knapp 2.000 m lang, mit einer Förderkapazität von ungefähr 1.200 Personen pro Stunde. Die kolportierte Liftinvestitionssumme beträgt 15 Millionen Schilling. Von einem der höchsten Politiker des Landes sollen Förderungsmillionen versprochen worden sein. Eine naturschutzrechtliche Verhandlung - vorher schon verschoben - wurde am 22. Juni nach einer halben Stunde abgebrochen. Im Kärntner Wintererschließungskonzept kommt diese Planung nicht vor. Die Landesplanung und deren Vertreter, Herr Dr. Fercher, stellt sich immer wieder kritisch zu Fragen der Raumordnung. Ich darf aus der jüngsten Veröffentlichung dieser Abteilung zwei Sätze zitieren: "Wie lange der Alpenraum noch seine Belastungen erträgt, scheint sehr fraglich." Und dann weiter: "Unternehmer lassen zwar Projekte auf ihre Wirtschaftlichkeit prüfen, bedenken aber häufig zu wenig deren Auswirkungen auf den Raum." Umso mehr verwundert es, wenn in einem Zeitungsbericht steht, daß, ich zitiere: "Schon vor geraumer Zeit gab die Landesplanung zu erkennen, daß mit einer sauberen Liftanlage ein lokales Erschließungsgebiet denkbar wäre, so Dipl.-Ing. Fercher, Abteilung 20, Landesregierung."

Daher meine Frage an Sie, Herr Landesrat Dr. Haller: Wie lautet die Stellungnahme der Landesplanung (Abteilung 20) zur geplanten Doppelsesselbahn auf das Stubeck bei Gmünd?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Der Abteilung Landesplanung wurde niemals ein Projekt einer Doppelsesselbahn auf das Stubeck bei Gmünd vorgelegt, so daß in der Vergangenheit auch keine diesbezügliche Stellungnahme abgegeben werden konnte.

Zur generellen Erschließungsproblematik am Stubeck kann jedoch auf folgende Umstände verwiesen werden: Das Stubeck ist im "Kärntner Wintererschließungskonzept" nicht als Schigebiet definiert und scheint darin auch nicht auf. Derzeit existiert im Nahbereich einer Wochenendsiedlung ein kleiner, veralteter Schlepplift mit einer Gesamtlänge von 400 m. Aufgrund eines gewissen kleinregionalen

Dr. Haller

Bedarfes wurde in der Vergangenheit eine Verlängerung des Liftes angestrebt. Eine Realisierung scheiterte jedoch vorläufig, da in den beiden betroffenen Gemeinden Gmünd und Malta keine Einigung darüber erzielt werden konnte.

Seitens der Abteilung Landesplanung wurde daraufhin ein Lösungskonzept für diese Problematik erarbeitet, welches in der Folge von den beiden betroffenen Gemeinden beschlossen wurde. Diesbezüglich besteht auch Einklang zum örtlichen Entwicklungskonzept der Stadtgemeinde Gmünd.

Wie ermittelt werden konnte, wurde vom Betreiber jedoch ohne Rücksprache mit der Stadtgemeinde Gmünd und der Abteilung Landesplanung das Projekt einer Doppelsesselbahn auf das Stubeck ausgearbeitet und der Bezirkshauptmannschaft Spittal an der Drau zur naturschutzrechtlichen Genehmigung vorgelegt. Im Rahmen dieses Verfahrens zog der Betreiber jedoch sein Projekt wiederum zurück.

Von der Abteilung Landesplanung wird in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Meinung vertreten, daß die Deckung des örtlichen Erschließungsbedarfes fachlich durchaus vertretbar ist. Die Entwicklung eines neuen Schigebietes - hierzu wäre die Errichtung einer leistungsfähigen Doppelsesselbahn zweifellos ein wesentlicher Schritt -, steht jedoch im Widerspruch zum Kärntner Wintererschließungskonzept und ist überdies aufgrund der Nähe und der Konkurrenzsituation zu hochrangigen Wintersportzentren fachlich nicht vertretbar.

(1. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat, was ist nun Ihre persönliche Meinung als politischer Referent zu diesem Thema?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Grundsätzlich wird man sicherlich mit Verständnis quittieren, daß gewisse wirtschaftliche Einrichtungen (auch Wintersporteinrichtungen sind als solche zu betrachten) im Rahmen groß-

räumiger Konzepte zu vertreten und zu beurteilen sind. Wenn die Abteilung 20 landesweit eine diesbezügliche Beurteilung aus fachlichen Erwägungen vornimmt, so werden Sie wohl auch Verständnis haben, daß der zuständige Referent diese Meinung teilt.

(2. Zusatzfrage:)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Also liegt eine Reihe von, nennen wir es einmal so, Mißverständnissen vor. Ein solches Mißverständnis hat auch zum Abbruch der naturschutzrechtlichen Verhandlung geführt.

Wie wollen Sie in der Zukunft dafür sorgen, daß in der Abteilung Landesplanung die rechte Hand weiß, was die linke tut oder, anders ausgedrückt, daß die Landesplanung sich an ihre eigenen Vorgaben, Richtlinien und die geltenden gesetzlichen Bestimmungen hält und sich daran orientiert?

Landesrat **Dr. Haller** (SPÖ):

Ihr allgemein gehaltener Vorwurf ist für mich keineswegs Grundlage dafür, die Vorgangsweise der Abteilung Landesplanung in Frage zu stellen bzw. an der objektiven Verhaltensweise dieses Abteilungsbestandes zu rütteln. Ich würde Sie bitten, Herr Abgeordneter, mir konkrete Hinweise darauf zu geben, in welchen Punkten Mißverständnisse aufgetreten sind. Wir werden selbstverständlich versuchen, in Hinkunft im besonderen in dieser Abteilung - wenn es so sein soll - Mißverständnisse zu vermeiden.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage zehn erledigt; wir kommen zur elften Anfrage:

11. Ldtgs.Zl. 41/M/27:**Anfrage des Abgeordneten Ing Pfeifenberger an Landesrat Lutschounig**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Herr Landesrat! Gerade die Selbstvermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, von Nahrungsmitteln, wird nach erfolgtem EU-Beitritt für Kärntens Bauern von größter Bedeutung sein. Die Chancen dazu werden in der Nähe von Ballungszentren wesentlich größer sein als in den übrigen Regionen Kärntens. Deshalb ist die Originalität eines Produktes für den Absatz und Verkaufserlös enorm wichtig. Es geht hier um den Begriff "Produktwahrheit", das heißt die Einhaltung von ganz bestimmten Produktionsvoraussetzungen. Im Falle des Gailtaler Almkäse bedeutet dies die Produktion eines Käseproduktes ausschließlich während der Alpungszeit der Milchkühe auf den Gailtaler Alpen.

Deshalb meine Frage an Sie, Herr Landesrat: Trifft es zu, daß AMF Graz den von ihr geschützten Markennamen "Gailtaler Almkäse" nicht freigeben und an die Käseproduzenten im Gailtal zurückerstatten wird?

Landesrat **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zuerst muß ich grundsätzlich feststellen, daß gemäß § 44 Abs. 1 der Geschäftsordnung Anfragen nur Angelegenheiten der Landesvollziehung zum Inhalt haben dürfen. Sie sind an das nach der Referatseinteilung der Landesregierung zuständige Mitglied der Landesregierung zu richten.

Die gegenständliche Anfrage, Herr Abgeordneter, trifft nun keinesfalls eine Angelegenheit aus dem Bereich der Landesvollziehung. Aber ich bin sehr gerne bereit - da es sicherlich eine Sache ist, die die Landwirtschaft ist und ich auch im Bereich der Direktvermarkter einiges vorhabe und auch schon einiges getan habe -, eine Empfehlung in dieser Richtung auch dem Alpensämverein Gailtal geben kann. Denn wenn die Selbstvermarkter des Alpensämvereins Gailtal ihr Produkt "Gailtaler Almkäse" entsprechend schützen wollen, wäre es empfehlenswert, eine Art Wort-Bild-Marke zu kreieren, zum Beispiell mit der Wulfenia oder dem Gartnerkofel. Bis es allerdings zu diesem Markenschutz kommt, ist ein Registrierungs-

und Ausscheidungsverfahren notwendig. Wenn ein solches an uns kommt, daß wir da behilflich sein sollen, werde ich meinerseits selbstverständlich alles unternehmen, um dieses Verfahren zu beschleunigen.

(*Zusatzfrage:*)

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Welche konkreten Pläne verfolgen Sie zur Unterstützung des Direktverkaufes von ähnlichen Spezialprodukten wie zum Beispiel dem Gailtaler Almkäse in bezug auf Werbung und Verkaufsförderung in den Regionen?

Landesrat **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das paßt natürlich wunderbar in das Konzept. Auch das, was ich früher anfangs schon bei Ihrer ersten Anfrage erwähnt habe. Dieses Gesamtkonzept des Kärntner Agrarmarketings beinhaltet eben diese vielen Initiativen, ob es jetzt der Gailtaler Almkäse oder der Gailtaler Speck oder das St. Pauler Mostland oder die Norische Region oder andere Initiativen auf bäuerlichem Sektor hier schon in Kärnten gibt, so werden diese selbstverständlich von uns in einer Form unterstützt und dann letztlich auch mit diesem vorher schon genannten Gütesiegel versehen, damit die Leute unmißverständlich an diesem Produkt nicht vorbeigehen können; auch die Konsumenten. Das ist, glaube ich, eine unserer Chancen für die Zukunft, um auch den einheimischen Markt entsprechend in den Griff zu kriegen.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Anfrage erledigt und somit auch die Fragestunde beendet.

Für die heutige Sitzung sind Herr Abgeordneter Dr. Traußnig und Frau Abgeordnete Kövari, die krank sind, entschuldigt. Ansonsten ist der Landtag vollzählig und damit auch beschlußfähig.

Unterrieder

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, möchte ich einige Feststellungen zur öffentlichen Diskussion bezüglich der behaupteten nicht verfassungskonformen Behandlungen des Wahlvorschlages im Zusammenhang mit der Wahl des Landeshauptmannes treffen. Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Im Zuge des langwierigen Prozederes bei der Landeshauptmannwahl hat es im Ausklang Äußerungen in Richtung einer möglichen Wahlanfechtung gegeben. Den heutigen Meldungen in den Medien hat man entnehmen können, daß diese Wahlanfechtung seitens der Freiheitlichen Partei durchgeführt wird. Ich darf dazu feststellen: Als Präsident des Kärntner Landtages habe ich größtes Interesse daran, meine Vorsitzführung und meine Tätigkeit hier verfassungskonform durchzuführen.

Ich möchte Dr. Strutz daran erinnern, daß im Zusammenhang mit der Doral-Geschichte auch über Verfassungsbruch diskutiert worden ist. Ich bin da sehr empfindlich, weil ich alles darangesetzt habe, in Absprache mit der Verfassungsabteilung des Landes, doppelt abzusichern, was den Wahlvorschlag anlangte, der von den Freiheitlichen bezüglich Landtagsabgeordneten Dr. Peter Ambrozy eingebracht worden ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf eindeutig hier feststellen, daß ich gesetzeskonform handle und mich davon nicht abhalten lassen werde. Materiell geht es darum, daß niemand gegen seinen Willen für ein politisches Amt kandidiert werden darf, wie dies das letzte Mal der Fall war. Wenn auch die Landesverfassung oder die Geschäftsordnung des Landtages darüber keine ausdrücklichen Bestimmungen ausweisen, so ist es aufgrund der allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze und Persönlichkeitsrechten in Übereinstimmung mit der ständigen Judikatur des Verfassungsgerichtshofes eindeutig klargelegt, daß niemand gegen seinen Willen kandidiert werden darf. Ich zitiere wörtlich aus einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes: "Die Möglichkeit jemanden gegen seinen Willen als Kandidaten auf eine bestimmte Parteiliste zu setzen, widerspricht dem Grundsatz der Freiheit der politischen Willensbildung und Betätigung

und dem Postulat der Reinheit der Wahlen im Ergebnis, wo der wahre Wille der Wähler zum Ausdruck kommen soll."

Aus dem Gesagten folgt, daß ein Wahlvorschlag eingebracht, von wem auch immer, der auf den Namen einer Person lautet, die diese Kandidatur dezidiert ablehnt, ungültig sein muß und eine Abstimmung darüber von der Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof bedroht wäre. Darüberhinaus möchte ich ausführen, daß ich vom § 10 Abs. 3 in der damaligen Sitzung der Geschäftsordnung deshalb Gebrauch gemacht habe, da ich, wie ich eingangs erwähnt habe, die Landesverfassung und die Geschäftsordnung diesbezüglich keine ausdrücklichen Bestimmungen enthalten und ich eben feststellen wollte, ob sich der Landtag meiner Meinung anschließt und ein derartiger Wahlvorschlag ungültig ist. Deshalb habe ich abstimmen lassen.

Ich sage das aus dem Grund am Beginn der heutigen Sitzung, weil es nicht sehr angenehm ist, wenn man den Präsidenten, ganz gleich, ob es der erste, zweite oder dritte des Landtages ist, vorwirft, daß er nicht gesetzeskonform handeln würde. Ich würde bitten, es gibt oberstgerichtliche Entscheidungsmöglichkeiten. Man wird aus oberster Instanz darüber entscheiden, wer zu Recht gehandelt hat oder wer nicht verfassungskonform gehandelt hat. Ich würde nur bitten, daß man sehr vorsichtig ist mit den Äußerungen in dieser Richtung. Dies zu Beginn der heutigen Sitzung. Ich habe das auch zur Kenntnis nehmen müssen und es hier im Hause feststellen wollen und habe es nicht öffentlich in den Medien getan. Ich tue es hier im Hause, damit mein Standpunkt vorliegt.

Hohes Haus, bevor wir in die Tagesordnung eingehen, möchte ich zum Ablauf der heutigen Sitzung etwas sagen sowie auf Vorschlag der Obmännerkonferenz eine Erweiterung der Tagesordnung beantragen. Es ist Tatsache, daß die Kärntner Schulgesetznovelle heute noch nicht verhandlungsreif ist, aber vor Beginn des heurigen Schuljahres in Kraft treten muß. Daher ist in Kürze eine weitere Landtagssitzung erforderlich. Ich beabsichtige, die Sitzung heute zu unterbrechen und wie in der Obmännerkonferenz abgesprochen, am 28. Juli 1994 die fortgesetzte Sitzung einzuberufen. Für den Fall, daß heute nicht die gesamte Tagesordnung erledigt werden

Unterrieder

könnte, kann dies in der Fortsetzung der heutigen Sitzung dann geschehen. Nun zur Erweiterung der Tagesordnung. Wie in der Einladung zur heutigen Sitzung angekündigt, sind im Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten drei Materien verhandlungsreif geworden. Es handelt sich dabei um das Landesverfassungsgesetz über die Direktwahl der Bürgermeister und zwei Anzeigen nach unserem Unvereinbarkeitsverfahrensgesetz. Darüberhinaus wünscht neben der SPÖ, deren Wunsch bereits auf der Tagesordnung steht, auch die ÖVP eine personelle Veränderung in den kollegialen Schulbehörden des Bundes. Für die Erweiterung der Tagesordnung ist eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Wer einverstanden ist, daß die von mir genannten Materien zusätzlich auf die heutige Tagesordnung kommen, den ersuche ich um

Zustimmung zu diesem Vorschlag. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. - Danke, das ist einhellig so beschlossen. Hinsichtlich der Regelung nehme ich folgende Reihung vor. Die drei neuen Materien, Bürgermeisterdirektwahl und die Anzeigen zum Unvereinbarkeitsverfahrensgesetz werden aus Termingründen, damit wir auf Bundesebene und zumindest auch von den Fristen die Termine einhalten können, an die Spitze der heutigen Sitzung gestellt. Die Bestellung in die kollegialen Schulbehörden bleibt am Schluß der heutigen Sitzung und ist entsprechend ergänzt. Es liegt Ihnen diesbezüglich ein schriftliches Papier vor. Ich ersuche Sie, bei den Wortmeldungen die neue Reihung der Tagesordnung zu berücksichtigen.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 1.

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 56-2/27:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten zum Initiativantrag aller drei im Landtag vertretenen Parteien (SPÖ, FPÖ, ÖVP) betreffend den Entwurf des Landesverfassungsgesetzes über die Direktwahl der Bürgermeister

./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Abgeordneter Dr. Hofer.

Hohes Haus, da es sich hier um einen selbständigen Antrag des Ausschusses handelt, der nicht in die erste Lesung ging, ist vor Behandlung gemäß § 17 der Geschäftsordnung zu beschließen, ob unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob der Antrag neuerlich im Ausschuß vorberaten werden soll. Wer damit einverstanden ist, daß diese Materie jetzt sofort behandelt wird, den ersuche ich um ein zustimmendes Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist einstimmig und die Behandlung dieses Antrages so beschlossen. Es wird so vorgegangen. Der Berichterstatter hat das Wort. Ich bitte ihn, zu berichten.

Berichterstatter Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 1. Juli 1993 zurecht erkannt, daß die Bundesverfassung für die in der Tiroler Gemeinderatsordnung 1991 vorgesehene Wahl des Bürgermeisters durch die Gemeindebürger anstelle des Gemeinderates keine Rechtsgrundlage biete. Mit dieser Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes sind auch vergleichbare Bestimmungen der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlordnung in Kärnten im Falle einer Wahlanfechtung von der Aufhebung bedroht. Der Bundesverfassungsgesetzgeber hat erst vor Kurzem den Artikel 117 der Bundesverfassung erweitert und damit die Möglichkeit eröffnet, daß die Bürgermeister sowohl vom Gemeinderat als auch von den Staatsbürgern gewählt werden können. Durch den vorliegenden Entwurf, den Initiativantrag aller drei Landtagsparteien soll daher von dieser bundesverfassungsgesetzlichen Ermächtigung Gebrauch gemacht werden und die Bürgermeisterdirektwahl ab dem Inkrafttreten des Gesetzes verfassungsrechtlich abgesichert werden.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Dr. Hofer

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte. - Es liegt keine Wortmeldung vor. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Berichterstatter:)

§ 1

Direktwahl

Die Bürgermeister der Gemeinden einschließlich der Städte mit eigenem Statut werden - soweit § 2 nicht anderes bestimmt - von jenen Staatsbürgern gewählt, die berechtigt sind, den Gemeinderat zu wählen.

§ 2

Nachwahl durch den Gemeinderat

Endet das Amt eines Bürgermeisters vorzeitig und finden innerhalb von sechs Monaten nach dem vorzeitigen Enden des Amtes allgemeine Gemeinderatswahlen statt, so ist die Nachwahl vom Gemeinderat durchzuführen.

§ 3

Dieses Verfassungsgesetz tritt an dem seiner Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)

Kopf und Eingang: Landesverfassungsgesetz vom 14. Juli 1994 über die Direktwahl der Bürgermeister. Der Landtag von Kärnten hat beschlossen.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)

3. Lesung: Dem Entwurf des Landesverfassungsgesetzes über die Direktwahl der Bürgermeister wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Mir wurde gerade vom Landtagsamtsdirektor mitgeteilt, daß auch seitens der FPÖ ein Wunsch

vorhanden ist, in den kollegialen Schulbehörden Veränderungen durchzuführen. Ich würde bitten, das auch auf die Tagesordnung zu nehmen und möchte darüber abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. - Danke, damit wird die Tagesordnung auch um diesen Punkt erweitert.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2.

2. Ldtgs.Zl. 64-2/27:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten zur Anzeige des Abg. Maximilian Koschitz betreffend das Kärntner Unvereinbarkeits-Verfahrensgesetz

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter **Koncilia**. Ich darf ihn bitten, zu berichten.

Berichterstatter Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Aufgrund der Bestimmungen des Unvereinbarkeits-Verfahrensgesetzes ist es notwendig, daß Abgeordnete, die bestimmte Funktionen ausüben, dies dem Kärntner Landtag anzeigen. Der Herr Abgeordnete Koschitz ist in seiner Funktion als Bürgermeister der Gemeinde Friesach Obmann der Friesacher Sparkasse und als solche hat er dies angezeigt. Im Ausschuß für Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten wurde diese Materie behandelt und zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte. - Es liegt keine Wortmeldung vor. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Berichterstatter:)

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Abgeordneten Maximilian KOSCHITZ wird gemäß Artikel 10 L-VG die Zustimmung erteilt, Obmann der Fördergesellschaft der Kärntner Sparkasse in Friesach zu sein.

Koncilien

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)

3. Ldtgs.Zl. 65-2/27:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten betreffend die Anzeige nach dem Kärntner Unvereinbarkeits-Verfahrensgesetz hinsichtlich des Abgeordneten Ing. Karl Pfeifenberger

Berichtersteller ist Herr Klubobmann Dr. Strutz. Ich darf ihn bitten, zu berichten.

Berichtersteller Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Hoher Landtag! Der Ausschuß für Rechts-, Verfassungs- und Volksgruppenangelegenheiten hat in seiner 4. Sitzung am 11. Juli 1994 beschlossen, den Antrag zu stellen, dem Abgeordneten Ing. Karl Pfeifenberger wird gemäß Artikel 10 Landesverfassungsgesetz die Zustimmung erteilt, Filialgeschäftsführer der Fritz Kutscha GesmbH. in Klagenfurt zu sein.

Ich ersuche um die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte. - Es liegt keine Wortmeldung vor. - Der Vorsitzende erteilt dem Berichtersteller das Schlußwort. - Der Berichtersteller verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. - Berichtersteller:)

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Abgeordneten Ing. Karl PFEIFENBERGER wird gemäß Artikel 10 L-VG die Zustimmung erteilt, Filialgeschäftsführer der Fritz Kutscha GesmbH. in Klagenfurt zu sein.

Ich ersuche um Annahme.

(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt auch erledigt. Wir kommen nun zum 4. Tagesordnungspunkt.

4. Ldtgs.Zl. 45-3/27:

Bericht und Antrag des Kontrollausschusses zum Bericht des Landeskontrollamtes betreffend die Überprüfung des Rechnungsabschlusses des Landes für das Rechnungsjahr 1993

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Dr. Wutte.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Da es sich hier um einen selbständigen Antrag des Ausschusses handelt, ist gemäß § 17 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zu beschließen, ob unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob der Antrag neuerlich im Ausschuß zu beraten wäre. Wer mit der sofortigen Behandlung einverstanden ist, den ersuche ich um ein zustimmendes Zeichen mit der Hand. - Danke, einstimmig so beschlossen. Auf Vorschlag der Obmännerkonferenz stelle ich den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt und den Tagesordnungspunkt 5., nachdem beide den Rechnungsabschluß betreffen, in der Generaldebatte gemeinsam zu behandeln. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen. - Danke, auch damit die Vorgangsweise einstimmig so beschlossen. Ich erteile dem Berichtersteller das Wort.

Berichtersteller Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Der Kontrollausschuß des Kärntner Landtages hat sich in seiner 2. Sitzung am 7. Juli mit dem Rechnungsabschluß des Landes Kärnten für das Haushaltsjahr 1993 und im besonderen mit dem diesbezüglichen Bericht des Landeskontrollamtes beschäftigt. Gemäß § 4 Abs. 2 des Gesetzes hat das Kontrollamt zu dem von der Landesregierung dem Landtag vorgelegten Rechnungsabschluß einen Bericht zu erstatten. Nach

Dr. Wutte

Beschlußfassung in der 109. Sitzung der Kärntner Landesregierung am 17.5.1994 wurde der Rechnungsabschluß des Landes für das Haushaltsjahr 1993 dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt. Dem Kontrollamt stand das Rechenwerk zur Verfügung der Überprüfungsverhandlungen ab dem 18.5.1994 zur Verfügung. Diese wurden sodann am 10.6.1994 abgeschlossen. In Entsprechung des Gesetzesauftrages erfolgte die Überprüfung des Rechnungsabschlusses durch Einsichtnahme in die Rechnungsbücher, Belege und sonstige Unterlagen und erstreckte sich auf die formale und ziffernmäßige Richtigkeit des Rechenwerkes auf die Übereinstimmung der darin dokumentierten Gebarungsentwicklung mit den haushaltsrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Vorschriften sowie auf die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Gebarung.

Der Budgetvollzug hat diesen Prüfungskriterien laut Bericht des Kontrollamtes entsprochen. Die Gebarung wurde im Rahmen der diesbezüglichen Landtagsbeschlüsse vollzogen. Im Hinblick auf den nachfolgenden Bericht des Finanz- und Wirtschaftsausschusses verweise ich bezüglich der konkreten Zahlen und Ziffern auf diesen und beschränke mich auf folgende Feststellungen.

Der Bericht zum Haushaltsjahr 1993 belegt, daß das Land Kärnten seinen finanzpolitischen Spielraum fast zur Gänze genützt hat, um den internationalen Konjunkturunbruch durch regionalpolitische Maßnahmen entgegenzuwirken. So wurden für wirtschaftsfördernde Maßnahmen über eine Milliarde Schilling für Wohnbau und sozialpolitische Unterstützungsmaßnahmen rund vier Milliarden Schilling ausgegeben. Die Ausgaben in dieser Größenordnung sind aufgrund der konjunkturpolitischen Erfordernisse als gerechtfertigt anzusehen. Es sei bemerkt, daß der Schuldenstand und Schuldendienst des Landes in den letzten Jahren überproportional angestiegen sind, sodaß der bereits jetzt relativ geringe Finanzierungsspielraum des Landeshaushaltes bei Fortführung dieser progressiven Entwicklungen nicht mehr gegeben sein würde. Zur Konsolidierung des Schuldenstandes, der im Rechnungsjahr 1993 bereits über 30 Prozent des Gesamthaushaltes

ausmachte sowie zur Eindämmung der progressiven Entwicklung des Schuldenstandes empfiehlt das Kontrollamt und auch der Kontrollausschuß die strikteste Beachtung der in der Regierungssitzung vom 9.11.1993 einvernehmlich zur Kenntnis genommenen Inszenarien zur geplanten Stabilisierung der Nettodefizitquote.

Für die kommenden Haushaltsjahre ist daher einerseits wegen der Konjunkturerholung und andererseits wegen der Schuldenentwicklung Sparsamkeit angezeigt. Es wird an der Kärntner Landesregierung in ihrer Gesamtheit liegen, die Ziele der Budgetkonsolidierung und der Budgetstabilisierung konsequent zu verfolgen und bereits im Landesvoranschlag 1995 sowie im tatsächlichen Vollzug desselben umzusetzen. Hohes Haus, ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte.)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

5. Ldtgs.Zl. 45-4/27:**Bericht und Antrag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zur Regierungsvorlage betreffend den Rechnungsabschluß 1993**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Schiller. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Finanz- und Wirtschaftsausschuß ist die erste Lesung erfolgt. Ich erteile dem Berichterstatter nun das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Die Grundlage für die Haushaltsverrechnung des Jahres 1993 bilden 1. der vom Kärntner Landtag am 11.12.1992 beschlossene Landesvoranschlag 1993 sowie der Kärntner Landesregierung zum Budgetvollzug erteilten Vollmachten und Zustimmungen. 2. der vom Kärntner Landtag in seiner Sitzung am 23.5.1993 erste Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 1993. 3. und

Schiller

der vom Kärntner Landtag in seiner Sitzung am 6.12.1993 beschlossene zweite Nachtragsvoranschlag zum Landesvoranschlag 1993. Die Gegenüberstellung des Gesamtrechnungsabschlusses 1993 mit dem Landesvoranschlag 1993 einschließlich der Nachtragsvoranschläge zum Landesvoranschlag 1993 ergibt nachfolgendes Bild: Einnahmen im ordentlichen Haushalt 20.764,200.913,74, Ausgaben detto. Außerordentlicher Haushalt Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen 965,333.044,53, insgesamtes Haushaltsvolumen 21.729,533.958,27 in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Die Gebärung 1993 konnte somit im Rahmen der vom Kärntner Landtag vorgegebenen Beschlußfassungen ausgeglichen abgeschlossen werden.

Die Abweichung des Rechnungsergebnisses 1993 vom Gesamtpräliminar mit 2.326,266.958,27 ergab sich durch zahlreiche Mehr- und Minderausgaben sowie Mehr- und Mindereinnahmen in sämtlichen Voranschlagsätzen der ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsgebärung.

Die wesentlichen Unterschiedsbeträge weisen jedoch die Haushaltsabschnitte 9.1 "Kapitalvermögen", 9.8 "Haushaltsausgleich" und 9.9 "Abwicklung der Vorjahre" auf. Sie sind durch haushaltsrechtlich bedingte und vom Kärntner Landtag beschlossene Kreditübertragungen, Kreditaufnahmen, Abschreibungsvorgänge etc. begründet und werden bei den in Frage kommenden Haushaltsansätzen erläutert. So bedingen allein die Kreditübertragungen 1992/1993 einnahmenseitig mit einem Betrag von rund 1,78 Milliarden und die Kreditübertragungen 1993/1994 ausgabenseitig mit einem Betrag von rund 1,07 Milliarden Abweichungen gegenüber den präliminierten Dotierungen.

Zum Schuldenstand 1993: Zur Bedeckung der Abgänge der ordentlichen und außerordentlichen Gebärung 1993 wurden seitens des Kärntner Landtages mit der Beschlußfassung über den Landesvoranschlag 1993, über die beiden Nachtragsvoranschläge zum Landesvoranschlag 1993 sowie über die Finanzierung der Durchführung des Landesausstellung 1995 in Hüttenberg Ermächtigungen zur Darlehensaufnahme von insgesamt 1.867,886.000 erteilt. Dieser Ermächtigungsrahmen mußte im Betrachtungszeitraum nicht zur Gänze ausgeschöpft werden, so daß

mit tatsächlich realisierten Darlehensaufnahmen in Höhe von 1.727,000.000 das Auslangen gefunden werden konnte.

Bedingt durch einen straffen Budgetvollzug, wofür dem damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy als Finanzreferent zu danken ist, in sämtlichen Bewirtschaftungsbereichen konnte somit von einer weiteren Fremdfinanzierung am Kapitalmarkt in Höhe von 140,886.000 Abstand genommen werden.

Der Schuldenstand des Landes zum 31.12.1993 beträgt nach Berücksichtigung der Tilgungsquote 1993 somit rund 6,62 Milliarden. Der Vergleichswert zum 31.12.1992 ist mit rund 5,42 Milliarden zu beziffern.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ergibt sich somit für 1993 eine Verschuldungsquote von 5,88 % gegenüber 4,91 % im Jahre 1992.

Die sogenannte Nettodefizitquote, Neuverschuldung abzüglich Tilgung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahre 1992 0,76 % und ist Ende 1993 mit 1,06 % zu beziffern. Auf Basis dieses Wertes wurden seitens des Landesfinanzreferenten bereits im Herbst 1993 entsprechende Maßnahmen zur Stabilisierung der Verschuldung des Landes dem Regierungskollegium vorgeschlagen und in der am 15. 10. 1993 abgehaltenen Budgetklausur bereits für die Budgetierung 1994 in Angriff genommen. Die nähere Darstellung des Schuldenstandes sowie des Schuldendienstes des Landes ist ziffernmäßig aufbereitet und im ersten Teil des Rechnungsabschlusses 1993 sowie den Erläuterungen zum Rechnungsabschluß zu entnehmen.

Nun zu den Bürgschaften des Landes: Mit der Beschlußfassung über den Landesvoranschlag 1993 wurde seitens des Kärntner Landtages im Rahmen der Vollmachten und Zustimmungen der Landesregierung unter anderem Ermächtigungen zu Haftungsübernahmen gemäß Art. 55 Abs. 1 der Landesverfassung für das Land Kärnten erteilt. Mit 31. Dezember 1992 betrug der Stand an übernommenen Bürgschaften insgesamt 2.511,984.920 und weist mit 31. 12. 1993 einen Betrag von 3.035,549.810,06 Schilling aus. Die detaillierte ziffernmäßige Darstellung ist im Nachweis über den Stand an Bürgschaften im ersten Teil des

Schiller

Rechnungsabschlusses 1993 sowie den Erläuterungen desselben zu entnehmen.

Zur Einnahmenentwicklung 1993: Im Rahmen der Vollmachten und Zustimmungen des Kärntner Landtages wurde die Landesregierung unter anderem ermächtigt, in den Durchführungsbestimmungen zum Landesvoranschlag 1993 Sperren auf die Präliminare von zu bestimmenden Haushaltsbereichen so lange zu verfügen, bis die Zuweisung der veranschlagten Einnahmen des ordentlichen Haushaltes sichergestellt ist.

Die Kärntner Landesregierung hat in ihrer 79. Sitzung am 12. 1. 1993 im Rahmen dieser Durchführungsbestimmungen beschlossen, eine 10%ige Kreditsperre über die Gebarungsgruppen des sogenannten Ermessensbereiches zu verfügen, wodurch ein Budgetvolumen von rund 151 Millionen der Ausgabenbewirtschaftung vorerst entzogen wurde.

Die Entwicklung der Haupteinnahmen des Landes, nämlich die Anteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben gestaltete sich wieder der zum Zeitpunkt der Budgeterstellung 1993 sowohl von den einschlägigen Wirtschaftsforschungsinstituten als auch von den zuständigen Bundesstellen sowie der Verbindungsstelle der Bundesländer hochgerechneten Prognosen derart degressiv, daß bereits zum ersten aussagekräftigen Datum der diesbezüglichen Einnahmenentwicklung, nämlich April 1993, ein Zurückbleiben der Einnahmen um rund 134 Millionen gegenüber der präliminierten Quartalstangente festgestellt werden mußte. Parallel dazu sahen sich die Wirtschaftsforschungsinstitute des Landes gezwungen, ihre Ertragsforschung und für 1993 erstmals massiv nach unten zu revidieren. Die weitere, insgesamt feststellbare konjunkturelle Entwicklung bedingte schließlich nachfolgende Revidierungen der Wirtschaftsprognosen bis in den Spätherbst 1993. Wurde im Sommer noch ein Wirtschaftswachstum von rund 2 % für 1993 als erzielbar erachtet, so mußten im Laufe der Wirtschaftsentwicklung 1993 die diesbezüglichen Erwartungen sogar auf ein Null- bzw. Minuswachstum revidiert werden. Der diesbezügliche Trend wurde auch nach den ersten Quartalerhebungen 1993 beim Anteil der gemeinschaftlichen Bundesabgaben des Landes Kärnten festgestellt, so daß seitens des

Landesfinanzreferenten eine allfällige Aufhebung der eingangs erwähnten 10%igen Kreditsperre auf Ermessenskredite, trotz mehrfacher Antragstellung aus sämtlichen Referatsbereichen, nicht ins Auge gefaßt werden konnte. Vielmehr verfügte der Finanzreferent, mit gutem Beispiel vorangehend, darüber hinaus noch eine weitere Kreditsperre im eigenen Referatsbereich in Höhe von 50 Millionen Schilling, um geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen zum sich abzeichnenden Einnahmeentfall zu setzen.

Der gegenüber der Budgetierung der Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben 1993 eingetretene Einnahmenentfall ist mit rund 300 Millionen Schilling zu beziffern und konnte durch die oben erwähnten Kreditsperren sowie weitere Ausgabeneinsparungen abgefangen werden.

Strukturelle Veränderungen, im Rechnungsabschluß 1993 festgelegt: Maßgebliche strukturelle Veränderungen des Landesbudgets waren im abgelaufenen Rechnungszeitraum insbesondere durch die mit 16. 4. vollzogene Ausgliederung der Wirtschaftsförderung des Landes, mit der Schaffung des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds sowie mit der mit 1. 6. 1993 realisierten Ausgliederung der Kärntner Landeskrankenanstalten im Rahmen der Beschlußfassung des Krankenanstaltenbetriebsgesetzes bedingt. Den Intentionen des Landesgesetzgebers folgend, soll in diesen, nunmehr nach privatwirtschaftlichen Aspekten geführten Wirtschaftsbereichen insbesondere der Kostendynamisierung entgegengewirkt werden. Eine Ausgliederung aus der Landesverwaltung konnte im Bereich der Landeskrankenanstalten im Hinblick auf verrechnungstechnische Abläufe nicht zur Gänze realisiert werden, zumal in Ermangelung eigener Organisationsstrukturen mit Beschluß der Kärntner Landesregierung die Ermächtigung erteilt wurde, die Krankenanstaltengebarungen für das auslaufende Rechnungsjahr 1993 noch im Rahmen des Landesbudgets zu vollziehen.

Die Gebarung der Kärntner Landeskrankenanstalten wird deshalb im Rechnungsabschluß 1993 in gleicher Form dargestellt, wie dies in den Vorjahren der Fall war. Die näheren Erklärungen dazu sind den Erläuterungen zum Rechnungsabschluß 1993 zu entnehmen.

Schiller

Ungeachtet dessen hat die Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft gemäß § 41 Abs. 7 des Krankenanstalten-Betriebsgesetzes, LGBl. Nr. 44/1993, bis zum 31. Mai des Folgejahres für das abgelaufene Kalenderjahr den von einem Wirtschaftsprüfer geprüften Rechnungsabschluß der Landesanstalt und der Landeskrankenanstalten sowie den Lagebericht der Landesregierung vorzulegen.

Nun zum Personalaufwand: Der Vollzug der vom Kärntner Landtag für 1993 beschlossenen Stellenpläne mußte hinsichtlich seiner kreditmäßigen Bedeckung durch Zusatzdotierungen im Rahmen des ersten und zweiten Nachtragsvoranschlags zum Landesvoranschlag 1993 sichergestellt werden, wobei im Bereich der Landesverwaltung seitens des Kärntner Landtages eine Aufstockung um 20,4 Millionen und im Bereich der Landeskrankenanstalten eine Aufstockung um 57,5 Millionen Schilling vorgenommen wurde.

Die einzelnen Personalsammelnachweise stellen sich gegenüber der Veranschlagung im Betrachtungszeitraum wie folgt dar: Sammelnachweis 01, Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung, ein Unterschied von plus 148.609,81 Schilling; Sammelnachweis 02, Betriebe und sonstige Anstalten, ein Unterschied zwischen Landesvoranschlag 1993 und Landesrechnungsabschluß 1993 von 9.657.331,11 Schilling; Sammelnachweis 03, Refundierungen, ein Unterschied von minus 4.840.797,10 Schilling; Sammelnachweis 04, Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, unter a) Ausbildungszentren Klagenfurt und Villach ein Unterschied von plus 2.542.882 und b) Krankenanstalt-Betriebsgesellschaft ein Minus von 27.191.131,14 Schilling sowie c) Gesamtunterschied minus 24.648.249,14 Schilling; Sammelnachweis 05, Landeslehrer mit Finanzausgleich, Unterschied minus 40.651.780,47 Schilling; Sammelnachweis 06, Musiklehrer, Unterschied minus 1.200.226,10 Schilling; Sammelnachweis 09, sonstige Personalaufwendungen, Unterschied minus 154.751,54 Schilling.

Die Unterschiedsbeträge in den einzelnen Personalsammelnachweisen werden in den beiliegenden Erläuterungen zum Rechnungsabschluß näher dokumentiert; ebenso die Kreditumschichtungen, die in einem Beiblatt zusammengefaßt sind.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß trotz schwierigster wirtschaftlicher Rahmenbedingungen die Gebarung des Rechnungsjahres 1993 ausgeglichen abgeschlossen und im Rahmen der vom Kärntner Landtag vorgegebenen Beschlußfassungen vollzogen wurde. Durch zum Teil einschneidende Maßnahmen im Budgetvollzug des Landesvoranschlag 1993 wurde den Erfordernissen einer notwendigerweise restriktiven Budgetpolitik Rechnung getragen, wodurch darüber hinaus auch die vom Kärntner Landtag erteilten Ermächtigungen zu Darlehensaufnahmen nicht ausgeschöpft werden mußten und hier mögliche weitere Darlehensaufnahmen am Kapitalmarkt in Höhe von rund 141 Millionen Schilling vermieden werden konnten. Ebenso konnten die hohen Einnahmeausfälle bei den Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben durch entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen aufgefangen werden, ohne daß vom Kärntner Landtag weitere Ermächtigungen eingeholt werden mußten. Dafür ist dem damals zuständigen Landeshauptmann-Stellvertreter, Dr. Peter Ambrozy, als Finanzreferent herzlichst zu danken.

Schließlich ist auch zu erwähnen, daß, einer Empfehlung des Landeskontrollamtes folgend, auch die Größenordnung der Kreditübertragungen gegenüber den Vorjahren maßgeblich reduziert werden konnte.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Die Generaldebatte zu den Punkten 4 und 5 ist eröffnet. Bevor ich dem ersten Debattenredner das Wort erteile, darf ich zum Ablauf der heutigen Sitzung feststellen:

Wir haben vereinbart, daß wir nach den Debattenbeiträgen der jeweiligen Klubobmänner eine Mittagspause von eineinhalb Stunden halten und daß es spätestens um 18 Uhr zur Unterbrechung der Sitzung - wenn sie nicht vorher fertig sein sollte - kommen wird.

Als erster hat sich Herr Klubobmann Dr. Strutz zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Der Rechnungsabschluß gibt alljährlich die Möglichkeit, einerseits das abgelaufene Rechnungsjahr sowohl im Überblick als auch in den einzelnen Teilbereichen zu beurteilen. Er gibt neben dem Budgetvoranschlag jedoch auch die Möglichkeit, die finanzielle Gebarung, die Finanzpolitik der Koalition im Zusammenhang mit den Landesfinanzen zu betrachten. Da stellt sich für mich eingangs die Frage, wo der zuständige Finanzreferent heute bei der Behandlung des Rechnungsabschlusses ist. *(Soeben betritt Landeshauptmann Dr. Zernatto das Plenum: Hier!)* Ah, er ist gerade eingetroffen. Das freut mich. Denn gerade dieses Budget 1993 hat Entscheidungen, die sich auf das Jahr 1994, vor allem aber auf die Folgebudgets dramatisch auswirken werden.

Hoher Landtag! Wir haben auch die Möglichkeit, Versprechungen, die uns besonders der Finanzreferent und der Landeshauptmann im Jahr 1993 gegeben haben, auf ihre Einhaltung zu überprüfen.

Ich möchte auf all diese drei Punkte kurz eingehen, zunächst aber eine Feststellung im Zusammenhang mit dem Beschluß über den Rechnungsabschluß treffen. Der Rechnungsabschluß 1993 stellt für uns eine Entlastung des Finanzreferenten dar. Wir teilen die rechtliche Auffassung der Verfassungsabteilung, daß er als Gesamtpaket in einem zu behandeln ist und nicht die Rechtsmeinung der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion, die hier die Meinung vertreten, man müßte über den Vollzug der einzelnen Referate bzw. der Referenten diskutieren oder abstimmen. Es ist ja so, Hoher Landtag *(Zwischenruf des Abg. Koncilia)* - Kollege Koncilia, passen Sie ein bißchen auf! -, daß die Personal- und die Budgethoheit ja beim Finanzreferenten liegt und nicht bei den einzelnen Referenten sowie auch der Budgetvollzug ausschließlich über den Finanzreferenten erfolgt. Jeder einzelne Akt muß ihm zur Genehmigung vorgelegt werden und trägt auch seine Unterschrift. Deshalb ist auch der heutige Beschluß über den Rechnungsabschluß ein Beschluß über den Finanzreferenten. Wir Freiheitlichen würden uns freuen, wenn wir in Zukunft zu jener

Vorgangsweise finden würden, die wir mit einer Forderung nach der Schaffung von Budgetcenters verbunden haben. Wir sind der Meinung, daß mehr Verantwortung in den Bereich der Referenten übertragen werden soll. Das heißt, geben wir den Referenten die Budgethoheit; geben wir ihnen die Finanz- und Personalhoheit, dann können wir auch über ihre Arbeit am Ende des Rechnungsjahres abstimmen lassen. So, allerdings, müssen wir hauptsächlich über die Finanzpolitik der Regierung in Summe und der Finanzpolitik, insbesondere des Finanzreferenten Max Rauscher und seines Nachfolgers im Jahre 1993 heute hier urteilen.

Die Freiheitliche Partei, Hoher Landtag, hat das Budget 1993 abgelehnt und hat in der Begründung schwerpunktmäßig drei Gründe dafür angeführt. Zunächst die falschen Wirtschaftsprognosen, mit denen man jährlich und in schöner Regelmäßigkeit von seiten der Wirtschaftsabteilung hantiert hat. Wir haben im Herbst 1992 bereits darauf hingewiesen, daß diese Wirtschaftsprognosen und die Einnahmen zu hoch veranschlagt sind und nicht halten werden. Wir haben vollinhaltlich recht bekommen. Wurde im Herbst 1992 von Rauscher noch ein Wirtschaftswachstum von rund 2 % für das Jahr 1993 prognostiziert, so mußten im Laufe der Entwicklung des Wirtschaftsjahres 1993 die diesbezüglichen Erwartungen sogar auf ein Null- bzw. auf ein Minuswachstum revidiert werden. Das gleiche galt auch für die Ertragsanteile. Ich kann mich noch gut erinnern, als ich in meiner Budgetrede von einem sogenannten Schwindelbudget gesprochen habe, das uns Max Rauscher hier vorgelegt hat. Jetzt haben wir Überschreitungen und Korrekturen in der Höhe von 1,8 Milliarden Schilling. Jeder von Ihnen kann sich hier selbst ein Bild bilden, ob dieses Budget, das uns Max Rauscher vorgelegt hat, korrekt war, richtig war oder ob es - so wie wir Freiheitlichen es gesagt haben - ein Schwindelbudget war. In Wirklichkeit war es ein Abschiedsbudget, das uns der Finanzreferent hier vorgelegt hat, in dem er viele Versprechungen getätigt hat; viele Versprechungen, die ihn im nachhinein als "feiner Max" erscheinen ließen, die uns aber verpflichten werden, all diese Versprechungen auch zu erfüllen. Und hier besteht auch eine Gefahr für die kommenden Budgets bzw. vor allem auch für

Dr. Strutz

die Erfüllung jener Versprechungen, die gegeben worden sind.

Zweitens: In vielen Budgetansätzen wurden unserer Meinung nach - und das war mit ein Grund für die Ablehnung dieses Budgets - die Ansätze falsch gewählt. Ich nenne beispielsweise den Bereich der Wirtschaftsförderung, der bereits nach wenigen Monaten korrigiert werden mußte. Auch in diesem Punkt haben wir recht bekommen.

Drittens: Die Schuldenexplosion. Ich habe in meiner Budgetrede davor gewarnt, daß mit dem vorliegenden Budget die Entwicklung der Schulden des Landes einen rasanten Anstieg nehmen werden, der rückblickend jene Dynamisierung brachte, die den späteren Finanzreferenten dazu zwang, drastische Sparmaßnahmen einzuleiten und parallel zum Budget 1994 bereits Vorgriffe auf die Jahre 1995, 1996 und 1997 zu machen.

Weitere Gründe für die Ablehnung waren, daß keine strukturellen Veränderungen im Budget vorgenommen wurden, sondern daß das Budget im großen und ganzen linear fortgeschrieben wurde. Bereits im Herbst 1992 warnten wir Freiheitlichen davor, daß vor allem die außerbudgetären Finanzierungen uns auf den Kopf fallen werden und der Spielraum folgender Budgets eingengt werden wird. Auch in diesem Punkt sind wir vollinhaltlich bestätigt worden. Die finanzwissenschaftliche Analyse des Kärntner Landesbudgets vom Oktober 1993 bestätigt dies. Es ist deshalb nur allzu klar, wenn wir in konsequenter Weise jetzt, wo der Rechnungsabschluß vorliegt, diesen in der vorgelegten Form nicht zur Kenntnis nehmen können. Die für das Rechnungsjahr 1993 veranschlagten Beträge lagen um 1,8 Milliarden Schilling über jenen des Vorjahres. Dies ist eine einmalige Überschreitung, die in dieser Form von uns so nicht akzeptiert werden kann. Gegenüber dem Budget des Vorjahres ist eine Steigerung um 11 % eingetreten.

Ein besonderes Augenmerk, Hoher Landtag, ist aber der Entwicklung des Schuldenstandes des Landes zu schenken. Der Schuldenstand des Landes Kärnten erhöhte sich von 5,4 Milliarden Schilling Ende des Jahres 1992 auf insgesamt 6,6 Milliarden Schilling. Das entspricht rund

30,5 % der im Jahr 1993 getätigten Gesamtausgaben des Landes.

Die Nettoneuverschuldung des Landes belief sich auf 1,2 Milliarden Schilling. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang vor allem die rasche Entwicklung, mit der die Schulden ansteigen. Belief sich der Schuldenstand 1990 noch auf 3,8 Milliarden Schilling und einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent, so ist er 1993 auf 6,6 Milliarden angewachsen, das sind um 1,2 Milliarden oder 22,2 Prozent gegenüber dem Prozentsatz von 1,9 im 90er Jahr mehr. Gerechnet vom Beginn des Jahres 1991 bis zum Endes des Jahres 1993 betrug die Nettoneuzunahme 2,7 Milliarden Schilling oder 70,3 Prozent. Überträgt man diese gigantische Zahl auf die Bevölkerung, hat jedes Kind, das in Kärnten auf die Welt kommt, bereits am 1. Tag seines Lebens über 12.000 Schilling Schulden, nächstes Jahr werden es weit über 25 Prozent mehr sein, wenn wir mit dieser Art der Politik, Hoher Landtag, fortfahren. Das Kontrollamt bemängelt in dieser Hinsicht, daß die Schulden ungleich mehr zugenommen haben als das Haushaltsvolumen. Der Schuldendienst, also die Rückzahlung und die Tilgung der Zinsen belastet den Landeshaushalt in diesem Berichtsjahr um insgesamt 993 Millionen Schilling und auch hier ist eine sprunghafte Erhöhung festzustellen. Der Schuldendienst oder Schuldendienstkosten sind abhängig vom vereinbarten Zinsniveau und trotz des derzeit günstigen Zinssatzes oder des Zinsniveaus des Rechnungsjahres 1993 für die aufgenommenen Darlehen wird der Landeshaushalt in den nächsten 15 Jahren mit rund 2,6 Milliarden Schilling belastet werden. Zurecht kritisiert daher das Landeskontrollamt in seinem Bericht, und das habe ich im Bericht des Berichterstatters hier vermißt, deshalb führe ich ein Zitat an: "Insgesamt wird jedoch bemerkt, daß der Schuldenstand und der Schuldendienst des Landes in den letzten Jahren überproportional angestiegen sind, sodaß der bereits relativ geringe Finanzierungsspielraum des Landeshaushaltes bei Fortführung dieser progressiven Entwicklung in wenigen Jahren nicht mehr gegeben sein wird." Das ist ein sehr schlechtes Zeugnis, das das Kontrollamt dem Finanzreferenten und der

Dr. Strutz

Landesregierung mit seinem Bericht hier ausstellt.

Der Anregung einer Installierung eines Schuldenmanagements oder Schuldenstelle in der Landesregierung, die eine professionelle Möglichkeit sucht, auch zusätzlich Mittel für das Landesbudget zu rekrutieren, wie beispielsweise auch der freiheitliche Antrag eines Beteiligungsfinanzierungs- und Managementgesetzes vorliegt, ist deshalb unbedingt Rechnung zu tragen. Auch im Hinblick, weil wir der Meinung sind, daß ein professionelles Schuldenmanagement bessere Einsparungsmöglichkeiten erkennen und nutzen wird können. Der Finanzspielraum wird in den nächsten Jahren ohnedies durch die Beitragszahlungen infolge des EU-Beitritts in noch nicht feststehender Höhe verschärft werden, wobei hier insbesondere die ohnedies finanziell sehr geprüften und belasteten Gemeinden die Leidtragenden sein werden. Eine weitere Einschränkung ergibt sich durch die bereits eingegangenen Verpflichtungen aus Leasingfinanzierungen. Auch hier korrigiert der Bericht des Kontrollamtes den Finanzreferenten, der anlässlich seiner Budgetdebatte uns weismachen wollte, daß Leasingfinanzierungen oder Leasingschulden keine Belastungen für das Landesbudget sind.

Hoher Landtag, die Frage, die sich bei der Betrachtung dieser Schuldenpolitik ist jene, wo eigentlich das Limit liegt. Wo liegt die echte Grenze der höchstmöglichen Verschuldung? Es läßt sich wohl sagen, daß das absolute Verschuldungslimit dort eintritt, wo der Plafond des technisch überhaupt finanzierbaren erreicht ist. Wenn aber unter einem anderen Aspekt die Verschuldungsgrenze überschritten wird, dann kann es keinen ausgewogenen Konsens der Generationen mehr geben. Was verstehe ich darunter? Wir beschließen hier Dinge, die nachfolgende Generationen erst finanzieren und abzahlen werden müssen. Was ist das für ein Vater, was ist das für eine Familie, die den Kindern nichts anderes überläßt als einen großen Berg Schulden, aus denen man sich nicht mehr herausieht. Durch die Schuldenpolitik, die in den vergangenen Jahren in unserem Bundesland gepflogen wurden, entsteht eine Situation, die im zunehmenden Maße die nachfolgenden Generationen verpflichtet. Sie bedroht

zukünftige politische Entscheidungen durch einen schweren Strukturfehler, der sich inzwischen fest im Budget etabliert hat und sich möglicherweise noch verstärken wird. Man operiert über einen kreditfinanzierten Haushalt in beachtlichem Ausmaß in einer Volkswirtschaft durch Wechselbäder konjunktureller Überhitzung und Rezession in Zeiträumen, die maximale eine Generation überdauern ohne die Gegenposition differenzieren zu können. Aus diesem Grund ist die initiierte Vorgangsweise drastischer Einsparungen im Ermessensbereich vorzunehmen dringend notwendig. Wir werden jedoch bei der Gestaltung künftiger Budgets nicht umhin kommen, auch den Pflichtbereich einer strengen Durchforstung zukommen zu lassen, insbesondere die Kosten der öffentlichen Verwaltung, insbesondere auch die Kosten, die Personalkosten, die hier explodieren, müssen einer Überprüfung zugeführt werden. Es kann nicht so sein, daß die Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung von Jahr zu Jahr immer mehr zu Lasten der Sachausgaben, wie wir es in diesem Rechnungsabschluß wieder einmal mehr bestätigt bekommen, sich ausdehnen. Die außerordentlich hohe Überschreitung, einmalig in der Geschichte der Budgetgestaltung und der Rekord der Neuverschuldung waren durch die beiden Nachtragsvoranschläge bedingt, wobei der eine unter Vorspiegelung falscher Tatsachen als 500 Millionen Wirtschaftsspritze verkauft wurde. Wohl aus dem Grund, um besser rechtfertigen zu können, daß die Abdeckung dieser angeblichen Wirtschaftsspritze schließlich aus Fremdkapital, also einer Neuverschuldung erfolgte.

Damit wären wir, Hoher Landtag, auch schon bei den nicht erfüllten Versprechungen der Koalitionsregierung. Der Landeshauptmann kündigte mit der sogenannten Wirtschaftsspritze hunderte zusätzliche Arbeitsplätze in Kärnten schaffen zu wollen und davon ist nichts eingetreten. Die Statistik der Arbeitsmarktverwaltung zeigt lediglich, daß wir nach wie vor das Schlußlicht Österreichs sind und nach wie vor Arbeitsplätze in Kärnten verloren gehen. Dies bestätigt auch die Insolvenzstatistik des Alpenländischen Kreditorenverbandes. Die Wirtschaftsspritze dürfte also nicht ganz gewirkt haben. Wen wundert es, war

Dr. Strutz

doch nur ein minimaler Betrag als reine Wirtschaftsförderung vorgesehen. 100 Millionen waren an Sonderbedarfszuweisungen, also für Versprechungen vor der Wahl vorgesehen, 53 Millionen Schilling für die Verwaltung für das Personal. Allein die Schuldentrückzahlungen und die Zinsen betragen 20 Millionen Schilling. Der Kärntner Steuerzahler, vor allem aber die heimische Wirtschaft, Hoher Landtag, wurde mit dem Nachtragsvoranschlag an der Nase herum geführt. In Wahrheit war es nämlich so, wie es der nachfolgende Finanzreferent formulierte. Die Budgetzahlen von Landesrat Max Rauscher stimmten nicht mehr. Zum Beispiel auch die bereits erwähnten Ertragsanteile des Bundes waren absolut falsch. Genauso ist es auch eingetroffen. Aber Landesrat Max Rauscher hat es weder mit den Budgetzahlen noch mit seinen Versprechungen sehr ernst genommen. 1993 bis 1995 sollten je 300 Millionen Schilling für Kanalbau, Kompostierung und Recycling aufgrund der neuen Umweltgesetze im Budget vorgesehen sein. Eingetroffen ist, daß weder im Budget noch beim Nachtragsvoranschlag zusätzlich Mittel vorgesehen wurden. In der Land- und Forstwirtschaft, und, Hoher Landtag, ich habe mir zur Grundlage meiner Rede die Budgetrede die ausgeschiedenen Finanzreferenten zugrunde gelegt. In der Land- und Forstwirtschaft, meine Damen und Herren, wird der Nachtragsvoranschlag insbesondere die Dürreschädensituation abgelenken können, versprach der Landesrat vollmundig. Hoher Landtag, fragen Sie einmal die Bauern im Lande, wieviel tatsächlich abgegolten wurde und wieviel in der Bürokratie versickert ist. Die meisten Bauern haben bis heute ihr Geld noch nicht bekommen. Der Auszahlungsmodus wurde bewußt so gewählt, daß viele Betroffene resigniert haben oder auf der Strecke geblieben sind. Daß ich für die Landwirte signalisieren kann, daß sie mit ihrem Geld noch rechnen können, heuer in den Genuß dieser Unterstützung zu kommen, versprach Rauscher. Aber das ist wohl, wie bei den Opfern der Umweltkatastrophe im vergangenen Jahr, so. Der Landeshauptmann und der Bundeskanzler waren schnell mit Versprechungen zur Seite, wenn es aber dann tatsächlich darum geht, das Geld dem betroffenen Bürger zu überweisen, verläßt sie der Eifer. Die betroffenen Bürgermeister können ein Lied davon singen.

Ähnlich verhält es sich mit den zahlreichen Versprechungen im Rahmen der Bedarfszuweisungen, die noch vor den Wahlen getätigt wurden. Da flattert allen Bürgermeister ein Brief der Gemeindeabteilung ins Haus, wenige Wochen nach der Wahl, an alle Gemeinden. Der zuständige Referent teilt hier mit, lapidar, aufgrund der Tatsache, daß im Jahr 1993 entgegen den ursprünglich berechtigten Erwartungen und Ertragsanteilen der Gemeinden um 3,17 Prozent unter den veranschlagten Beträgen liegen, sieht sich das Gemeindereferat gezwungen, die bisherige Finanzplanung zu ändern. Was heißt das? Dies hat zur Folge, schreibt man den Bürgermeistern, daß die an die Gemeinden für das Jahr 1994 und die Folgejahre bereits ergangenen schriftlichen Zusicherungen außer Kraft treten, mit einem Brief, mit einem Strich hat man all jene Versprechungen, auf die sich die Bürgermeister in den Gemeinden verlassen haben, zunichte gemacht und man steht nicht mehr zu jenen Versprechungen, die vor der Wahl abgegeben wurden und die Gemeinden und Bürgermeister können nun sehen, wie sie jene Projekte finanzieren und abwirtschaften, die sie vielfach in Kärnten bereits in Angriff genommen haben. 120 Millionen Schilling fehlen, warnt Landeshauptmann-Stellvertreter Ausserwinkler. Als Gesundheitsreferent hat er bereits eine sehr glückliche Lösung parat, wie man die fehlenden Millionen aufbringen werde. Als Gesundheitsreferent und zuständig für die Krankenanstalten hat er tatsächlich den Vorschlag gemacht, daß man Abschläge von 500 Millionen Schilling für das Landeskrankenhaus Klagenfurt sich vorstellen kann und Einsparungen im Gesundheitsbereich wird vornehmen müssen. Das ist nicht die Art und Weise, wie wir uns Budgetpolitik vorstellen. (*Abg.Koncilia: Aber die Ärzte wollen 400 Prozent!*) Was die Ärzte zur Haltung des Landeshauptmann-Stellvertreters und ehemaligen Gesundheitsministers sagen, Herr Kollege, würde ich Ihnen empfehlen, einmal ins LKH Klagenfurt zu gehen und umzuhören, mit welcher Begeisterung dort der neue Landeshauptmann-Stellvertreter aufgenommen wird.

Auch im Bereich der Arbeitnehmerförderung versprach uns Rauscher mit dem vorgelegten Budget einen Schwerpunkt im Bereich der Ar-

Dr. Strutz

beitsstiftung vorzunehmen. Ich frage Sie, wo sind diese Schwerpunktprogramme im Jahr 1993 realisiert worden? Die Arbeitnehmerförderung ist, wie in den Vorjahren, über die Arbeiterkammer im Gieskannensystem verteilt worden, nur, daß zwar die Gießkanne gegossen hat, die Pflanzen des Erfolges aber leider nicht sprießen konnten. Die Lehrwerkstättenförderung hätte als Einrichtung für alle, auch für die privaten gelten sollen, nach wie vor haben private Unternehmungen die größten Schwierigkeiten, für die Ausbildung ihrer Lehrlinge öffentlich Mittel zu erhalten und ich wäre dankbar, könnte mir der Finanzreferent mitteilen, welche privaten Firmen im Jahr 1993 aus dieser Zusage tatsächlich Förderung erhalten haben. (Abg.Dkfm. Scheucher: Viele!) Im Fremdenverkehr und Tourismus, ich freue mich, Kollege Scheucher, daß Du die sozialistische Politik jetzt so vehement verteidigst, im Fremdenverkehr und im Tourismus versprach uns beim Beschluß zum Budget 1993 die rot-schwarze Koalition Strukturveränderungen vorzunehmen. Diese strukturellen Veränderungen, Hoher Landtag, sind eingetroffen! Doch leider mit einem noch nie dagewesenen Pleiterekord bei Tourismusunternehmungen, der schlechtesten Sommer- und Wintersaison, die wir in Kärnten je gehabt haben und einem Preis-Leistungs-Verfall, den wir noch jahrelang nicht aufholen werden können. Die Rolle des traditionellen Urlaubslandes in Österreich hat Kärnten durch die dilettantische Vorgangsweise der Kärntner Tourismusgesellschaft, die zwar durch das Budget 1992 kräftig bereichert wurde und letztendlich durch die Untätigkeit des Tourismusreferenten verspielt.

Wie regelmäßig vor Wahlen, wurde auch der Sport und der Kulturbereich im Budget 1993 kräftig angehoben. Im Sportbereich warten wir nach wie vor auf die Umsetzung jenes Prioritätenkataloges für den Sportstättenbau, der den einzelnen Gemeinden und Städten zugesagt wurde. Beispielgebend sei die Eishalle in Klagenfurt hier erwähnt. Die großzügige Anhebung der Subventionen für das Stadttheater Klagenfurt wurden nicht eingehalten, sondern, wie uns der Rechnungsabschluß verdeutlicht, wieder einmal überschritten. Ich bekenne mich zu einem geregelten Kulturbetrieb und ich bekenne mich auch zum Stadttheater Klagenfurt.

Wir wissen aber auch, daß Kultur, Hoher Landtag, nicht in Zahlen ausgedrückt werden kann. Ich glaube, es geht in dieser Diskussion darum, den Einsatz der Mittel richtig zustande zu bringen. Eine automatische Abgangsdeckung für das Stadttheater Klagenfurt halte ich aus diesen Überlegungen nicht für zielführend. Vor allem aus dem Grund, da wir auch andere Kulturträger in Kärnten haben, die aus dem ohnedies begrenzten Budget finanziert werden sollen und wo wir auch einen Auftrag haben, entgegen dem Stadttheater Klagenfurt, junge Kärntner Künstler, junge Kärntner Projekte zu fördern. Ich denke da beispielgebend auch an die Studiobühnen in unserem Land.

Der gesamte Gesundheitsbereich bedarf noch einer eingehenden Erörterung, zu der ich mich noch zu Wort melden werde, wenn der Gesundheitsreferent anwesend ist. Zusammenfassend, Hoher Landtag, kann gesagt werden, daß im Finanzjahr 1993 die Neuverschuldung, die mit diesem Budget vorgenommen wurde, den Rahmen der Vertretbarkeit überschritten hat. Das Budget 1993, das bestätigen uns der Rechnungsabschluß und der Kontrollamtsbericht, war ein Wahlbudget. Es war ein Wahlbudget, das den Koalitionsparteien jedoch nur im bedingten Dienste erwiesen hat. Für den neuen Finanzreferenten und die neu gewählte Regierung bringt es jedoch die Verpflichtung, all jene Versprechungen auch einzulösen. Ich hoffe jedoch, daß mit einem Brief an die Bürgermeister alle Versprechungen und alle Zusagen einfach zunichte gemacht werden und daß ein Vertrag und ein Wort in der Öffentlichkeit nichts mehr gelten. Das Budget 1993 hat den Ermessensspielraum der künftigen Budgets auf ein Minimum beschränkt und macht drastische Sparmaßnahmen und neue Wege in der Budgetgestaltung notwendig. Über diese neuen Wege werden wir, Hoher Landtag, uns noch eingehend zu unterhalten haben. Der bereits jetzt zum wiederholten Male eingeschlagene Weg, den Referenten lineare Kürzungen in ihren Bereichen vorzuschreiben und ihre Wünsche anmelden zu lassen, ist sicherlich der falsche Weg, um zum Ziel einer Budgetkonsolidierung zu gelangen. Wir müssen uns klar werden, da der Bereich, in dem wir für die Bevölkerung Kärntens in korrigierender politischen Entscheidungen auf die Situation Einfluß nehmen kön-

Dr. Strutz

nen, nur sehr beschränkt ist. Dieser Weg muß im Einklang mit allen Parteien gefunden werden.

Das Budget 1993 war auch nicht, wie versprochen, ein Konjunkturausgleichsbudget, da wir sehen, vom konjunkturellen Ausgleich weit und breit nichts verspürt zu haben. Aus diesen genannten Gründen, Hoher Landtag, wird die Freiheitliche Fraktion diesen Rechnungsabschluß 1993 nicht zur Kenntnis nehmen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Wenn wir auf das Jahr 1993 zurückblicken und den Rechnungsabschluß heute betrachten, dann muß man zweifellos sagen, daß es ein schwieriges Jahr gewesen ist. Ich darf aber gleichzeitig feststellen, daß es uns gelungen ist, die Probleme im Interesse der Menschen in diesem Lande auch weitgehend zu meistern. Wenn wir auf dieses Jahr 1993 zurückblicken, müssen wir auch festhalten, daß es ein Jahr ganz wichtiger Reformen gewesen ist.

Natürlich ist es heute, wenn wir den Rechnungsabschluß behandeln, auch wichtig, daß wir einen Blick zurückwerfen auf die Zeit, als das Budget für das Jahr 1993 gemacht worden ist. Meine Damen und Herren! Bei der Erstellung des Budgets im Dezember 1992 wurde befürchtet, daß das Überschwappen der Rezessionserscheinungen damit auch auf Kärnten stattfinden wird. Das ist eingetreten. Es gab damals aber bereits Hoffnungen, daß es im Sommer oder spätestens im Herbst 1993 eine positive wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung geben könnte. Meine Damen und Herren, das ist nicht eingetreten. Die Wirtschaftsforschungsinstitute mußten ihre Prognose nach unten revidieren.

Wenn wir auf diese Budgeterstellung für das Jahr 1993 zurückblicken, muß man auch sagen, daß der Kärntner Landtag damals etwas gemacht hat, was er bisher noch nie gemacht hat. Er hat nämlich nicht nur den ordentlichen und den außerordentlichen Haushalt beschlossen, sondern er hat damals auch mit einem Prioritätenkatalog beschlossen; einen Prioritätenkatalog im Ausmaß von 257.000 Schilling, der den Sportstättenbau, der die

Alternativenergieförderung, die Landwirtschaftsförderung, Entstaubungsmaßnahmen im Straßenbereich, Investitionen im Alten- und Pflegeheimbereich und im Bereich der Kärntner Krankenanstalten vorgesehen hat. Das heißt, der Landtag wollte damals ganz bewußt ein konjunkturwirksames Budget erstellen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man jetzt gehört hat, wie Kollege Strutz diese Situation beurteilt hat, dann darf ich auch an etwas zurückerinnern. Die einvernehmliche Zustimmung zu diesem Voranschlag im Ausmaß von 18,6 Milliarden Schilling ist damals an 0,005 % gescheitert. Das heißt, rund 100.000 Schilling haben die FPÖ abgehalten, dem seinerzeitigen Voranschlag - nachzulesen in der seinerzeitigen Rede des Klubobmannes Strutz - zuzustimmen. Wenn Sie dieses Gezeter vom Kollegen Strutz hier gehört haben (*Abg. Dr. Strutz: Was heißt Gezeter?*) und wenn Sie das zu jenem Betrag in Relation stellen, der seinerzeit eine Rolle gespielt hat, meine Damen und Herren, dann muß man wohl sagen, daß hier die Glaubwürdigkeit dieser Ausführungen nicht stimmen kann. Aber im wesentlichen, meine Damen und Herren, wenn Klubobmann Strutz früher gemeint hat, es gibt Strukturfehler: Ja, wir hatten einen großen Strukturfehler zu bekämpfen. Und der war die Weltwirtschaftskrise, mit der wir uns auseinandersetzen mußten. In Wahrheit gab es damals für die Kärntner Landespolitik zwei Alternativen: Eine Politik des Lei-loßn's, das heißt des Nichtstuns. Für diese Politik hätte uns gerade, und ich meine, zu recht, die Freiheitliche Partei politisch peitschen können. Ich meine, zu recht. Für diesen Weg haben wir uns nicht entschieden, sondern wir haben uns für einen anderen Weg entschieden. Wir wollen das Steuer fest in die Hand nehmen und dieser internationalen Entwicklung, diesem internationalen Konjunkturabschwung gegensteuern. Diese Politik des Gegensteuerns ist gleichzeitig eine Politik der Konjunkturimpulse gewesen. Wir haben uns mehr Handlungsspielraum verschafft. Meine Damen und Herren! Es stimmt natürlich, daß dies auf Kosten einer größeren Verschuldung des Landes Kärnten geschehen ist. Wir meinen aber, daß der Weg grundsätzlich richtig gewesen ist: Wir mußten gegensteuern.

Dr. Hofer

Erinnern Sie sich noch, meine Damen und Herren, vor allem Sie, die noch im früheren Landtag gegessen sind, wie auch die FPÖ immer wieder Anträge gestellt und von Konjunkturspritzen gesprochen hat. Genau das haben wir gemacht. Genau das haben wir im Zuge des Nachtragsvoranschlages gemacht, in dessen Rahmen ein umfangreiches Wirtschaftsbelebungsprogramm beschlossen wurde.

Meine Damen und Herren! Man darf aber auch die positive Seite, bitte, nicht vergessen! Mitten in der Weltwirtschaftskrise verzeichnete Kärnten einen Beschäftigungsrekord. Das verschweigt Herr Strutz. Mitten in diesem internationalen Konjunkturabschwung, ist auch die Abnahme bei den Arbeitslosen zurückgegangen. Auch das verschweigt Herr Strutz. Mitten in dieser Krise haben wir eine Hochkonjunktur im Hochbaubereich erlebt; dank einer einmaligen Kraftanstrengung im Bereich der Wohnbauförderungspolitik des Landes. Auch das verschweigt Herr Strutz.

Meine Damen und Herren, wir haben im Jahr 1993 so viele Wohnungen gebaut und begonnen, wie in vielen, vielen Jahren vorher nicht. Und das war etwas ganz, ganz Wichtiges. Das hat kolossale Beschäftigungsimpulse im Bereiche des produzierenden Gewerbes ausgelöst. Meine Damen und Herren, das produzierende Gewerbe, das Gewerbe hat einen internationalen Konjunkturabschwung nie gespürt; dank dieser Initiativen des Landes Kärnten. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)* Darüber hinaus ist natürlich etwas ganz, ganz Nützliches geschehen: Es wurden zusätzliche Wohnungen gebaut. All das negiert Herr Strutz bei der Beurteilung dieser Situation. *(Abg. Dr. Strutz: Der Kollege Dr. Hofer lebt in einer Scheinwelt!)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, die FPÖ hat auch einigen Punkten des seinerzeitigen Nachtragsvoranschlages zugestimmt - einigen wesentlichen hat sie nicht zugestimmt. Sie hat zum Beispiel nicht den 10 Millionen Schilling für den Völkermarkter Industriepark zugestimmt. Sie hat dem Geozentrum in Hüttenberg oder dem Tourismusprojekt in diesem Bereich nicht zugestimmt. Sie hat also einer Reihe von wesentlichen Anliegen dieses Landes die Zustimmung nicht gewährt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf der

anderen Seite muß man festhalten, daß wesentliche Bereiche, für die die FPÖ eingetreten ist, Alternativenergie, zusätzliche Fördermittel für das Entstaubungsprogramm, sehr wohl berücksichtigt worden sind. Wenn man heute im Rechnungsabschluß nachschaut, muß man feststellen, daß hier gerade diese Mittel im wesentlichen Ausmaß nicht ausgenützt worden bzw. einer anderen Verwendung zugeführt worden sind. Daher steht heute auch der Budgetvollzug auf dem Prüfstand.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe bereits erwähnt, daß das Jahr 1993 ein Jahr ganz entscheidender und wichtiger Reformen gewesen ist. Denken Sie zum Beispiel an die Ausgliederung der Kärntner Wirtschaftsförderung; an die Schaffung des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds; an die Kraftanstrengung, die unternommen worden ist, nach dem April 1993, wo dieser Fonds zu arbeiten begonnen hat und nachträglich 141 Millionen Schilling des Fonds zugeführt worden sind. Das war ein ganz wesentlicher Teil. Wenn man das Jahr 1993 beurteilt, muß man das ganz besonders, glaube ich, berücksichtigen, weil damit ein lang angepeiltes Ziel, die Entpolititisierung der Wirtschaftsförderung, erreicht werden konnte.

Im Jahr 1993 sind aber noch andere wesentliche Bereiche vonstatten gegangen. Denken Sie nur an das Krankenanstaltenbetriebsgesetz; eine ganz wesentliche Maßnahme! Oder denken Sie an die Errichtung der Sozial- oder Gesundheitssprengel! Das sind Maßnahmen, die zutiefst die Organisation der Verwaltung berühren. Rechnungsabschlüsse haben es in sich, nicht nur das Vergangene zu betrachten - ein bisserl soll man dabei auch in die Zukunft schauen, um von den Ansätzen der Vergangenen hin in die Zukunft die richtigen Leitlinien zu legen. Wir meinen daher, daß Verwaltungsreform etwas ganz, ganz Entscheidendes ist. Diese Verwaltungsreform, bittschön, muß in der Gesetzgebung beginnen. Die Gesetzgebung muß den Grundstein dafür legen, daß überhaupt ein einfacher Verwaltungsvollzug möglich erscheint. Daher wird die Verwaltungsreform etwas ganz Wesentliches sein. Ich meine, daß die Bauordnung hier auf dem Prüfstand stehen wird, wie ernst man es mit dieser Verwal-

Dr. Hofer

tungsreform meint: Ob das ein echtes Anliegen des Hauses ist oder ob es sich dabei nur um ein Lippenbekenntnis handelt. Halbherzigkeiten sind jedenfalls dabei nicht gefragt.

Verwaltungsvereinfachung heißt auch Kostenentlastung; heißt auch raschere Investitionsmöglichkeit und heißt damit auch Wirtschaftsbelebung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, aber auch andere Schwerpunkte sollte man bei der Behandlung dieses Rechnungsabschlusses 1993 nicht vergessen! Denken Sie daran, daß wir immerhin 125 Millionen Schilling für die Kindergartenförderung ausgegeben haben! Was das Land Kärnten in diesen Jahren für die Kindergartenförderung gemacht hat, ist beachtenswert. Im Jahr 1989 waren es noch 23,5 Millionen Schilling. Wir hatten damals die schlechteste Kindergartenförderung aller Bundesländer. Wir haben das sukzessive erhöht. Im Jahre 1993 waren es 125 Millionen, und in diesem Budget sind es 145 Millionen. Das heißt, wir gehen in dieser Richtung weiter. Ich sage das auch deshalb, weil es auch im vergangenen Jahr und in diesem Jahr eine massive Diskussion - auch auf Bundesebene - über die Kindergartenförderung gegeben hat und weil man dabei die Länder an die Kandarre nehmen wollte. Ich meine, das Land Kärnten hat einen Aufholbedarf gehabt. Wir haben uns angestrengt, den zu bereinigen und werden in dieser Richtung entsprechend weiterfahren.

Wir dürfen auch nicht die Anstrengungen vergessen, die für Notsituationen gemacht wurden. Denken Sie an die Ausgaben im Bereich des Kärntner Nothilfswerkes, wo im Voranschlag 10 Millionen Schilling vorgesehen gewesen sind! Verbraucht haben wir tatsächlich 88 Millionen für Dürreschäden, für Umweltkatastrophen und für die Borkenkäferschädlingsbekämpfung. Meine Damen und Herren, auch das muß heute hier erwähnt werden, daß in dieser Richtung viel passiert ist. Wir haben im Jahr 1993 kolossale Unwetter gehabt, wo viele, viele Menschen geschädigt worden sind und wo das Land Kärnten hier hilfreich eingesprungen ist.

Ich meine aber auch, daß dieser Rechnungsabschluß zeigt, daß die Kärntner Politik eine sehr

starke soziale Dimension gehabt hat; wenn Sie zum Beispiel an die Ausgaben im Bereich des Pflegegeldes denken, wo statt vorgeschlagener 30 Millionen immerhin 95 Millionen Schilling verbraucht worden sind.

Meine Damen und Herren! Wenn man auf das Jahr 1993 zurückblickt, muß man auch festhalten, daß es die Affäre im Bereich der BH Spittal gegeben hat und daraus dem Land Kärnten Aufwendungen entstanden ist. Wichtig ist aber - und darüber werden wir vielleicht noch bei Gelegenheit zu reden haben -, daß daraus auch die entsprechenden Konsequenzen im Bereich der Kontrolle, im Bereich der Koordination der Landesverwaltung gezogen worden sind. Ich darf nur festhalten, daß der endgültige Bericht über die Maßnahmen noch ausständig ist und noch dem Haus zugeleitet werden wird.

Meine Damen und Herren! Wenn wir von der Verwaltung reden, möchte ich aber an einem Problem nicht vorbeigehen: Das ist das Problem der Süduferstraße. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, was im Bereich der Süduferstraße des Wörther Sees passiert, das ist den Menschen nicht mehr zumutbar. Das ist ein eklatantes Beispiel, wie Verwaltung versagen kann. Stellen Sie sich vor, viele Betriebe in diesem Bereich leben in Wahrheit von den Einnahmen in vier Monaten im Jahr. Im wesentlichen sind es der Juni, Juli, August und der September. Ausgerechnet in dieser Zeit wird dort die Straße aufgerissen, wird dort gebaut; werden Urlauber durch den Baulärm verschreckt; sind Zufahrten nicht möglich etc. (*Abg. Dr. Strutz: Das wollte ja der Bürgermeister!*) Natürlich, meine Damen und Herren, reden sich die Bürgermeister auf das Land aus, und das Land redet sich auf die Bürgermeister aus. Aber für die Koordination zuständig, meine Damen und Herren, ist wohl die Landesstraßenverwaltung. Daher meine ich, daß das ein typisches Beispiel ist, wie hier - und der frühere politische Referent, Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold, ist ja der politische Verantwortliche - problematisch agiert wurde. Rücksichtslos gegenüber den Betroffenen! Meine Damen und Herren! Natürlich kann es Koordinationsschwierigkeiten geben. Dann hat eben diese Baumaßnahme nicht stattzufinden. Oder dann hat nur ein Teil dieser Baumaßnahme stattzufinden. Hier zeigt sich das

Dr. Hofer

Versagen des politischen Referenten Reichhold in eklatanter Weise. Denn so etwas, was hier passiert ist, meine Damen und Herren, das ist den Menschen nicht zumutbar. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Das ist in Wahrheit eine aufgelegte Schweinerei - verursacht durch das Versagen der Verwaltung und durch die mangelnde Koordination zwischen den Gemeinden und der Landesverwaltung. Ich glaube, daß das auch hier gesagt werden muß.

Meine Damen und Herren! Ein Problem der Vergangenheit, auch des Jahres 1993 und auch als Problem bis heute geblieben, ist der Kauf des Stiftes Ossiach. Meine Damen und Herren! Dieses Problem muß gelöst werden! Der Carinthische Sommer ist das einzige international relevante Kulturereignis, das Kärnten zu bieten hat. Der Carinthische Sommer ist ein Werbeträger für unser Land. Der Carinthische Sommer ist von Ossiach nicht wegzudenken. Daher meinen wir, das dieses Problem, das wir im Jahre 1993 gehabt haben, das heute weiterbesteht, gelöst werden muß; unter der Voraussetzung, daß es gelingt, den Bestandsvertrag zu lösen.

Weil wir beim Kulturbereich sind, darf ich auch festhalten, daß die Volkspartei auch dafür eintritt, daß die Renovierung des Stadttheaters, das in Wahrheit ein Landestheater ist, vor sich gehen muß - sofern es eine Kostenteilung, eine Dreiteilung (Bund, Land und Gemeinde) geben kann. Auch dieses Problem muß einer Lösung zugeführt werden.

Ich darf also zusammenfassen und sagen: Das Jahr 1993 war ein schwieriges Jahr. Wir haben es gemeistert. Ich darf feststellen, daß diese Maßnahmen, die in Richtung Budgetkonsolidierung bereits eingeleitet worden sind, weiterhin durchgezogen werden müssen. Ich darf nur festhalten, daß man bereits im Herbst 1993 im Rahmen einer Budgetklausur über die Stabilisierung der Verschuldung gesprochen hat und daß man in der Regierungssitzung vom 9. 11. 1993 die Vorgangsweise hinsichtlich der geplanten Stabilisierung der Nettodefizitquote ebenfalls beschlossen hat.

Ich gebe dem Kontrollamt recht, wenn es meint, daß diese Festlegungen, die damals erfolgt sind, auch durchzuführen sind. Die Budgetstabilisie-

rung ist zweifellos eine Schwerpunktaufgabe in diesem Jahr 1994, aber natürlich auch in den anderen Jahren.

Die FPÖ lehnt den Rechnungshofabschluß ab. Ich darf nur festhalten, daß die FPÖ hier offenbar doppelzünftig vorgeht, weil dem Rechnungsabschluß in Form des Kontrollamtes hat sie sehr wohl die Zustimmung erteilt. Wir meinen, daß ein Rechnungsabschluß grundsätzlich anders zu sehen ist als ein Voranschlag. Das Kontrollamt hat bestätigt, daß die Gesetzmäßigkeit und die ziffernmäßige Richtigkeit des Rechnungsabschlusses sehr wohl gegeben sind. Wir sind hinsichtlich der politischen Durchführung, hinsichtlich des Vollzuges, was die Freiheitlichen Regierungsmitglieder anlangt, skeptisch, weil vieles anders gelaufen ist, als es im Budget ursprünglich vorgesehen war. Daher haben wir auch diesen Referatsbereichen keine Zustimmung erteilt.

Meine Damen und Herren, die Landespolitik hatte im Jahr 1993 letzten Endes keine andere Wahl, es mußte zu den Mitteln gegriffen werden, die Konjunktur anzuheizen, anzuregen, um hier den internationalen Konjunkturabschwung entgegenzusteuern. Die Maßnahmen, die natürlich in der Zukunft notwendig sein werden, liegen auf der Hand. Die Budgetkonsolidierung ist sicher eine Schwerpunktmaßnahme. Danke. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion und der SPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich stehe heute vor der angenehmen oder etwas eigenartigen Aufgabe, als Klubobmann der SPÖ einen Rechnungsabschluß zu dokumentieren, der von mir selbst vorgelegt wurde. Ich möchte dazusagen, daß aufgrund der Wortmeldungen meiner beiden Vorredner, sieht man von den notwendigen Pflichtübungen der Freiheitlichen Partei ab, im wesentlichen dieser Rechnungsabschluß positiv beurteilt wurde und wenn wir eine etwas weniger verkrampte Situation hätten, wohl hier im Hohen Hause einstimmig verabschiedet werden könnte. Das dem nicht so ist, entspricht der derzeitigen politischen Konstellation. Sie ist zur Kenntnis zu nehmen. Ich werde

Dr. Ambrozy

mich nur bemühen, in einigen Punkten noch einmal auf die Wirtschaftssituation des Jahres 1993 Bezug zu nehmen, um klar zu machen, und hier möchte ich ganz bewußt alle Referenten der Kärntner Landesregierung mit einnehmen, daß es uns gemeinsam gelungen ist, trotz schwieriger politischer Situation eine schwierige wirtschaftliche Situation tatsächlich positiv zu meistern. Ich möchte dies in Erinnerung rufen, weil von einem Schwindelbudget gesprochen wurde, das für das Jahr 1993 vorgelegt wurde.

Ich stimme nichts, niemanden oder keiner Vorlage zu, wenn ich sie nicht gelesen habe, wie das bei Abgeordneten anderer Fraktionen im Nationalrat passiert, sondern ich weiß, wozu ich meine Zustimmung gebe. Daher, meine sehr geschätzten Damen und Herren, sind wir bei der Erstellung des Budgets 1993 von einer damals gültigen Wachstumsprognose real von 2 Prozent ausgegangen. Ich erinnere mich schon sehr gut, daß schon anlässlich der Budgetdebatte 1992 die ersten Korrekturen dieser Wachstumsprognosen bekanntgeworden sind. Daß damals schon seitens des damaligen Finanzreferenten gesagt wurde, daß natürlich aufgrund dieser geänderten Situation beim Budgetvollzug Maßnahmen notwendig sein werden und wir wissen jetzt am Ende, daß aus den zwei Prozent realen Wachstum etwa 0,2 Prozent unter dem Nullpunkt geworden sind. Meine Damen und Herren, mit der Weisheit des Tages danach Dinge zu beurteilen, ist überhaupt keine Kunst, sondern wir müssen in Wahrheit vorausblicken können, und, wenn Dinge eintreten, die wir nicht erfassen oder voraussehen konnten, die richtigen Maßnahmen setzen. Und die sind gesetzt worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann mir einen kleinen Seitenhieb nicht verkneifen. Nachdem der Kollege Strutz davon gesprochen hat, daß das Budget 1993 ein Schwindelbudget gewesen sei, habe ich mir seine Rede anlässlich des Budgets 1994 durchgelesen und dort heißt es: "Ambrozy legt mit Budget 1994 ein Schwindelbudget vor." (*Abg.Dr.Strutz: Das war die falsche Rede, das ist die Rede vom 94er Jahr!*) Ja, und im 94er Jahr haben Sie abgeschrieben vom 93er Jahr, weil da haben Sie wieder gesagt, "Ambrozy legt mit Budget 1994 ein Schwindelbudget vor. Er geht auf der Einnahmenseite von falschen Wachstumsprognosen aus und rechnet für das

Bundesland Kärnten ein Wirtschaftswachstum von 2 Prozent. Also, es wird alles nicht halten, wir werden schon in der ersten Hälfte des Jahres 1994 einen Voranschlag vorlegen müssen, oder es wird dies der Finanzreferent tun müssen, weil die Einnahmenseite nicht hält." Meine Damen und Herren, wer sich über das Wirtschafts-geschehen einigermaßen ordentlich informiert, weiß, daß wir derzeit bei einem Realwachstum in Österreich von 2,5 Prozent halten und daher das, was von mir im Budget 1994 Grundlage genommen wurde, nämlich in Wahrheit 1,5 Prozent reales Wachstum, für Österreich eine äußerst vorsichtige Prognose war, wie sich herausgestellt hat. Der Hohe Landtag wird die Möglichkeit haben, aufgrund dieser Prognose auch ein wenig Phantasie in die Politik einzubringen durch Beschluß eines Nachtragsvoranschlages. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Aber, wie gesagt, mit der Weisheit des Tages danach ist leicht umzugehen. Ich denke doch, daß wir die realen objektiven Umstände bei einer Budgeterstellung entsprechend berücksichtigen müssen. Es war jedoch notwendig, die geänderten Umstände zu berücksichtigen und ein schwieriges Jahr 1993 zu bewältigen. Wir haben Wirtschaftsankurbelung betrieben, restriktiven Budgetvollzug gemacht und gleichzeitig auch im Personalbereich eine restriktive Politik vollzogen, die letztlich dazu geführt haben, daß wir rund 44 Dienstposten weniger auszuweisen haben, als sie vorgesehen waren. Das heißt, daß wir mit diesen Budgetmaßnahmen, die gesetzt worden sind, immerhin einiges erreicht haben. Zum ersten, das ist heute schon gesagt worden, mußte die Regierung den Rahmen für Darlehensaufnahmen, den der Kärntner Landtag beschlossen hat, nicht ausschöpfen. 140 Millionen Schilling sind durch diese Maßnahme nicht durch Darlehen aufgenommen worden und damit eine Verschuldensverringering im vergangenen Jahr begonnen worden, einzuleiten.

Zweitens ist es uns mit diesen Maßnahmen gelungen, einen Minderertrag im Bereich der Ertragsanteile, und Sie wissen, daß das die Hauptanteile der Einnahmen sind, von 350 Millionen Schilling rund insgesamt aufzufangen, und damit diesen Rechnungsabschluß, den wir

Dr. Ambrozy

nunmehr vorliegen haben, auch tatsächlich vorzulegen. Ich möchte heute auch noch einmal ein Dankeschön allen Referenten in der Kärntner Landesregierung sagen, die in letzter Konsequenz Verständnis für diesen harten Budgetvollzugskurs gehabt haben. Denn ich kann Ihnen nur eines versichern, es ist nicht leicht, von Anfang bis Ende eine 10-Prozent-Sperre im Ermessensbereich durchzuziehen. Daß es gelungen ist, ist letztlich der Einsicht aller Referenten, auch der Freiheitlichen sage ich hier dazu, zuzuschreiben gewesen, denn so haben wir insgesamt im Vollzug dieses Kunststück zustande gebracht. Ich möchte doch auch erwähnen, daß wir trotz Rezession im Jahre 1993 gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik gewaltige Impulse setzen konnten. Wir haben den Wirtschaftsförderungsfonds ordnungsgemäß dotiert, wir haben eine Konjunkturspritze in der Mitte des Jahres beschlossen, die zu einem Boom in der Bauwirtschaft geführt hat, die sich in allen relevanten bauwirtschaftlichen Eckdaten niederschlägt, von der Beschäftigung bis zum Umsatz und hin zum Ertrag. Wir haben in Wahrheit im Bereich der Arbeitsstiftung einen wirklichen Schwerpunkt gesetzt und wenn das jemanden wirklich entgangen ist, dann bitte ich ihn, die Dinge genauer zu beobachten. Wir haben mit der Metallstiftung in Kärnten für immerhin mehr als 100 Arbeitnehmern neue Perspektiven eröffnet und die Erfolge können hier laufend berichtet werden. Es liegt bereits ein Konzept für Regionalstiftungen vor, wobei ich heute sage, ich wünsche mir und ich hoffe, das wünschen wir uns alle, daß wir das Instrument der Arbeitsstiftung in Kärnten so wenig wie möglich, wenn es geht, nie gebrauchen, sondern daß wir eher in eine Phase der Prosperität und zunehmenden Betriebe als Betriebsschließungen hineingehen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Wir haben natürlich auch im Bereich der Arbeitnehmerförderung in vielen Bereichen Schwerpunkte setzen können. Jetzt muß ich sagen, Herr Kollege Strutz, Sie haben den Finanzreferenten aufgefordert, zumindest ein Beispiel einer privaten Lehrwerkstättenförderung vorzulegen. Sie haben zu wenig Kontakt zu den Betrieben in Kärnten. Ich werde Ihnen jetzt eine Liste vorlegen, wo alle Arbeitnehmerförderungen, Lehrwerkstättenförderungen aufgelistet sind, es sind,

ich kann es nicht zählen, aber rund 20 Betriebe *(Abg.Sablatnig: 25 plus 1!)*, 25 plus 1, das Mitglied des Arbeitnehmerförderungsbeirates Sablatnig weiß es genauer. Von der ARA bis zu Wild sind alle Betriebe, die sich nach den Richtlinien halten, gefördert worden. Also ich würde doch feststellen, daß die Versprechungen und Vorhaben, die wir gemeinsam formuliert haben, auch tatsächlich umgesetzt worden sind. Nur eines sage ich jetzt gleich. Wir Sozialdemokraten werden gerade für den Bereich der Arbeitnehmerförderung für die nächsten Monate und Jahre Schwerpunkte für dieses Land Kärnten verlangen. Denn eines wird nicht gehen, daß wir in diesem Bereich ständig den Sparstift ansetzen und jede Ausgabe zuviel ist und gleichzeitig von denselben, die den Sparstift ansetzen wollen, ständig das niedrige Lohnniveau in Kärnten beklagt bekommen, wobei ich hier auch einen Seitenhieb anbringen muß. Es war gestern schon erbauend für einen Teil der Bevölkerung mitzuerleben, wie die Schloßherrschaften zu Moosburg das neue Schloß samt Pächtern vor den Kameras der Seitenblicke-Teams der Bestimmung übergeben haben. Wenn ich mir den neuen Schloßpächter ansehe und gleichzeitig die Diskussion um die Löhne der Arbeiter bei der Firma Hirsch ansehe, orte ich hier eine große Diskrepanz. Unser Schwerpunkt wird nicht auf diesem Gebiet liegen, sondern auf den besseren Löhnen für die Arbeitnehmer im Bundesland Kärnten und hier sollten wir etwas tun. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im selben Zeitraum gewaltige Leistungen im Bereich der Sozialpolitik erbracht. Wir mußten den großen Brocken, der im Bereich des Pflegegeldes auf das Land Kärnten zugekommen ist, finanzieren und es ist uns gelungen. Auch dank der kräftigen Anstrengungen unserer engagierten Sozialreferentin, die es auch in der neuen Periode sein wird. Die Kindergartenförderung ist vom Kollegen Hofer hier genannt worden. Ich möchte wohl auch anführen, daß in der vergangenen Periode die ersten Raten für die Sonderwohnbaufinanzierung entsprechend im Budget untergebracht werden konnten und ich möchte sagen, daß wir sehr wohl von 92 auf 93 als auch vom Landesvoranschlag zum Rechnungsabschluß 93 eine gewaltige

Dr. Ambrozy

Steigerung der Wohnbauleistung in Kärnten zustande gebracht haben. Auch ein Verdienst einer Investitionspolitik in einer Rezessionsphase, die uns nicht nur im Wohnen sondern auch in der Wirtschaft darübergelassen hat. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß es uns gelungen ist, im Bereich größerer Bauvorhaben insgesamt mehr als eine Milliarde Schilling an Bauvolumen in Kärnten zu aktivieren oder den Beginn dafür zu setzen. Ich spreche von Bauten im Bereich der Landesausstellung, des Landesarchives, der Hotelfachschule in Villach, der Berufsschule in Villach, der Berufsschule in Völkermarkt und letztlich auch der Aufstockung des Konzerthauses, um nur die wesentlichsten Bauten im Lande Kärnten zu sagen. Auch mit diesem Volumen, das mehr als eine Milliarde Schilling ausmacht, ist ein gewaltiger Impuls für die Wirtschaft dieses Landes gesetzt worden und die ersten Raten dafür sind im Budget 1993 untergebracht worden.

Es hat darüberhinaus auch eine gewaltige strukturelle Änderung im Budget gegeben, man sollte das nicht verschweigen: Ausgliederung der Krankenanstalten und des Wirtschaftsförderungsfonds, was im Budgetvollzug auch gewaltige Schwierigkeiten nach sich gebracht hat. Letztlich, meine Damen und Herren, haben wir auch in anderen Bereichen, was die Gemeinden betrifft, durch immerhin 133 Millionen Schilling Sonderzahlungen regionale Impulse mit diesem Landesbudget gesetzt. In den Gemeinden hat sich das sehr wohl niedergeschlagen und wird auch positiv beurteilt, aber auch andere Bereiche, wie die Landwirtschaft, die Kultur, der Sport in diesem Budget ordentlich dotiert gewesen und es ist einiges geschehen in diesem Lande. Hier möchte ich auch als ehemaliger Sportreferent schon einen Wunsch zu den heute hier polemisch gemachten Äußerungen über die Sportpolitik des Landes sagen. Ich habe schon einmal gesagt, ich bitte, nein, ich fordere die Freiheitlichen auf, ihre ständige Politisierung des Sports zu unterlassen. Wir haben in Kärnten eine Situation, in der der Sport losgelöst vom parteipolitischen Hickhack wirklich autonom seine Entscheidungen treffen kann. Sowohl, was die Förderungspolitik betrifft als auch, was den Sportstättenbau betrifft als auch, was die Schwerpunkte der Sportpolitik betrifft. Wir

haben ein gutes Einvernehmen im Landessportrat über Jahrzehnte gehabt und ich sehe nicht ein, daß nur aufgrund von unnötigen Profilierungen ein Bereich, der in Kärnten besser funktioniert als in anderen Bundesländern, politisiert werden sollte und damit Intentionen für die Jugend dieses Landes untergraben werden sollen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ein Wort noch zur Budgetkonsolidierung. Es ist hier der Ausspruch gefallen, was ist das für ein Vater oder für eine Familie, die den Nachfahren nichts anderes hinterläßt, als einen Berg Schulden. Nun, ich möchte hier schon die Gegenfrage stellen. Was ist das für eine Familie, die ihren Nachfahren keine Wohnungen hinterläßt, keine Infrastruktur für Wirtschaftsentwicklungen hinterläßt, keine entsprechenden Schulen hinterläßt, keine entsprechenden Kultureinrichtungen hinterläßt, sondern vielleicht ein ausgeglichenes Budget, aber alle Aufgaben auf die nachfolgenden Generationen überführt. Meine Damen und Herren, ich bin für Zukunftsvorsorge. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.- Abg. Dr. Strutz: Er kann sich das Haus selbst kaufen!)* Daher haben wir zur richtigen Zeit die richtigen Maßnahmen gesetzt und jetzt wissen wir, daß wir Schritte setzen müssen, weil die Entwicklung so nicht weitergehen kann. Das ist glasklar erkannt worden. Da sind Maßnahmen gesetzt worden und Grundlagen geschaffen worden. Wenn das nicht erkannt worden wäre und nicht die wissenschaftlichen Grundlagen entsprechend aufbereitet worden wären, wären Redeunterlagen für den heutigen Tag zum Teil nicht vorhanden gewesen. Denn es war meine Initiative, gemeinsam mit der Finanzabteilung das Institut für Höhere Studien mit einer entsprechenden Studie zu beauftragen, eine Unterlage für die künftigen Schuldenszenarien des Landes zu entwickeln. Weil wir wußten, daß wir eine schwierige wirtschaftliche Phase überwunden haben, aber jetzt die nun beginnende Aufschwungphase dazu nutzen müssen, neue Spielräume für das Budget zu schaffen. Ich will keine Prognose stellen, aber das Budget 1995 wird natürlich das schwierigste sein, das derzeit zu erstellen ist und es wird großer Anstrengungen bedürfen. Aber wir müssen uns dazu bekennen, diesen Weg der

Dr. Ambrozy

Schuldenszenarien, den wir gemeinsam beschlossen haben, zu gehen, um für nächste Krisenphasen neue Spielräume für den Landtag und das Land zu öffnen. Das sollten wir tun. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich war sehr froh, daß alle Parteien diesen Weg mitgegangen sind, nur sollten wir uns heute letztlich dazu bekennen. Unsere Fraktion wird das in vollstem Umfange unterstützen.

Ich möchte nur noch zu einigen Dingen hier kurz Stellung nehmen, die gesagt worden sind. Auch unsere Fraktion bekennt sich zum Ankauf des Stiftes Ossiach auf Grundlage getroffener Vorabsprachen. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß wir diese Stätte als Heimstätte des Carinthischen Sommers und dem Lande Kärnten erhalten müssen und wir werden alle Initiativen der Regierung in diese Richtung hin voll und ganz unterstützen als SPÖ. Darüberhinaus werden wir auch dafür eintreten, daß die Sanierung des Stadttheaters durchgeführt wird. In einem entsprechenden Vertrag mit dem Bund ist die Drittfinanzierung festgelegt, meines Wissens nach ist der Bund zu 100 Prozent bereit, das auf Punkt und Beistrich einzuhalten. Wir sollten in einer gemeinsamen Initiative hier in diesem Haus auch diese wichtige Kultureinrichtung saniert erhalten. Denn immerhin ist sie eine der wesentlichsten Kultureinrichtungen dieses Landes. Darüberhinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten aus meiner Sicht, und das wiederhole ich, ein Schwerpunkt der Politik in diesem Lande Vorrang haben. Wir sind aufgerufen, die Wirtschaftssituation und damit die Einkommenssituation für die Kärntner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für alle anderen Berufsgruppen in diesem Lande zu verbessern.

Es wird dies die wesentlichste und wichtigste Aufgabe sein, denn wir müssen von dieser Schlußlichtdiskussion wegkommen. Wir werden jene Maßnahmen, die jetzt vorbereitet werden - und ich erlaube mir, bescheiden hinzuzufügen, daß sie auch von mir eingeleitet worden sind -, welche die Strukturveränderung im Bereich der Wirtschaftsförderung betreffen, die die Verbesserungen der Voraussetzungen für unsere Wirtschaft betreffen, voll und ganz unterstützen, denn das wird die Grundlage auch der

Spielräume für zukünftige Budgets in diesem Lande sein.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Rechnungsabschluß 1993 ist für mich und für unsere Fraktion ein Beweis dafür, daß die Politik in diesem Lande Kärnten - trotz vieler Querschüsse; trotz vieler unnötiger Reibereien und trotz vieler unnötiger Verhinderungsversuche - in der Lage war, eine sehr, schwierige Situation zu meistern. Das heißt, es ist uns gelungen, auch der Kärntner Bevölkerung vor Augen zu führen, daß die Politik in diesem Lande mit schwierigsten Situationen fertig wird. Wir sollten uns das für die Zukunft vornehmen, denn das ist die vornehmste Aufgabe, die wir in der Politik haben. Ich danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(*Unterbrechung der Sitzung um 13.41 Uhr. - Fortsetzung der Sitzung um 14.36 Uhr.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Mitterer** (FPÖ):

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und befinden uns in der Generaldebatte der Tagesordnungspunkte 4 und 5 zum Rechnungsabschluß 1993.

Zu Wort gemeldet ist als nächster Redner der Herr Abgeordnete Franz Schwager. Ich darf ihn ersuchen, zu sprechen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Vor der Mittagspause hat der Klubobmann der SPÖ, Dr. Ambrozy, eingangs in seiner Rede zum Jahreshaushalt 1993 gemeint, daß die politische Konstellation in diesem Lande auch die Debatte prägt. Es hatten ja die drei Klubobmänner bereits dazu gesprochen. Dem kann ich insofern beipflichten, daß nach der Abwahl des

Schwager

Dr. Jörg Haider als Landeshauptmann die SPÖ und die ÖVP sich immer mehr zusammenschließen und versuchen, die Freiheitlichen aus dem politischen Mitwirken in diesem Lande auszuschließen. (*Abg. Koncilia: Und das tut euch weh!*) Diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, wird von Wien von Vranitzky und Busek vorgegeben und im Land Kärnten von SPÖ und ÖVP vollzogen. (*Abg. Koncilia: Tut ihr nicht von Wien reden. Ihr habt ja da gar nichts zu melden!*) So ist es. Das ist nur die Bestätigung des von mir eingangs Gesagten, daß ein Drittel der Kärntner Wähler permanent ausgegrenzt wird. Dieser Pakt hat sich schon so verfestigt - das möchte ich Ihnen auch noch sagen -, daß man bei aufmerksamem Zuhören der beiden Klubobmänner Dr. Hofer und Dr. Ambrozy nicht unterscheiden kann, wer welcher Partei angehört. Man weiß nicht: Wer ist der Rote, wer ist der Schwarze? So eng verschränkt ist schon der Pakt und die Politik der SPÖ und der ÖVP in diesem Lande. Man kann keinen Unterschied mehr erkennen. (*Abg. Koncilia: Ihr habt nicht einmal alle zusammengebracht. Ihr habt Unabhängige nehmen müssen, weil ihr keine Leute mehr habt!*) Bei der Budgeterstellung 1993 haben wir Freiheitliche - damit das auch nicht vergessen wird - eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, die alle gemeinsam von SPÖ und ÖVP niedergestimmt wurden. Ich möchte nur ein paar Beispiele anführen. Im Bereich der landwirtschaftlichen Förderungen, wo wir Forderungen von der ÖVP in unsere Abänderungsanträge mit-hineingenommen haben, daß die Mittel aufgestockt werden sollen, in der Hoffnung, daß dann die ÖVP das, was sie selber immer fordert, wohl mitstimmen wird. Das war nicht der Fall. Sie waren schon der SPÖ soviel im Wort, daß Sie gar keine eigenständige Budgetpolitik in diesem Land mehr in der Lage sind, zu machen. (*Abg. Koncilia: Das hat der Rainer-Mente auch gesagt! - Heiterkeit im Hause.*) Na, das sind so Wortbrocken, Herr Abgeordneter Koncilia, die du da hineinschmeißt, in Ermangelung der Sachthematik. (*Abg. Koncilia: Jaja!*) Würden wir über alle ausgetretenen SPÖler in diesem Lande reden - das waren in den letzten paar Jahren über 10.000, habe ich in einer Zeitung gelesen, dann könnten wir ja tagelang da die Namen aufzählen. (*Abg. Koncilia: Wißt ihr überhaupt, wieviel*

10.000 Mitglieder sind? - Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion. - Abg. Dr. Ambrozy: Ist das in den "Kärntner Nachrichten" gestanden?)

Diese ganzen Anträge der Freiheitlichen wurden legiert und wir sehen uns außerstande, 1993 dieses Budget mitzutragen und auch außerstande sehen, der Jahresrechnung 1993 die Zustimmung inhaltlich zu geben. Das hat nichts damit zu tun, daß wir den Kontrollbericht die Zustimmung geben, weil das in Ordnung ist. Es haben die SPÖ und ÖVP den Referenten der Freiheitlichen Partei im Kontrollausschußbericht die Zustimmung gegeben, aber dann inhaltlich nicht. Ich möchte noch bei den Förderungen weiterfahren, wir haben Abänderungsanträge zur Alternativenergie eingebracht, weil damals waren viel zu wenig Mittel vorgesehen, um diese Solarheizungen, Hackschnitzelheizungen und Fernwärmeprojekte zu unterstützen. Es wurde das in einem Nachtragsvoranschlag etwas angehoben, aber bei weitem nicht auf das notwendige Maß. Dasselbe war bei der Familienförderung, um nur ein paar Punkte hier aufzuzählen. Trotzdem versuchen die Freiheitlichen Regierungsmitglieder aus dieser Situation das Beste zu machen, obwohl ihnen die Referate von SPÖ und ÖVP zugewiesen wurden und eigentlich als sogenannte Strafreferate zu sehen sind, weil sie dann auch wieder nicht mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden. Ich möchte auch hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, einige Beispiele anführen und muß rückverweisen, als Dr. Haider als Landeshauptmann das Agrarreferat führte, wurde, sobald er dort erfolgreich tätig war, nach eineinhalb Jahren ihm das Referat zwangsweise unter der Periode von ÖVP und SPÖ weggenommen. (*Abg. Ramsbacher: Einstimmig!*) Das selbe ist jetzt kürzlich beim Energiereferat passiert. Der Dipl.-Ing. Freunschlag hat dieses, zuerst wurde er belächelt über seine Förderungsmaßnahmen für die alternativen Energien und man ist dann hergegangen, sobald das erfolgreich war, wo das Referat jetzt mit Mitteln ordnungsgemäß ausgestattet ist, hat man dieses Referat ihm abgenommen. Als negatives Beispiel möchte ich auch noch anführen, daß, seit Freiheitliche für den Straßenbau zuständig sind, auch dieses Referat unzureichend mit Mitteln ausgestattet wird. (*Abg. Dr. Ambrozy: Mehr Mittel als je zuvor!*)

Schwager

Für den Abgang im Stadttheater Klagenfurt wird mehr Geld ausgezahlt als zur Erhaltung der 1.500 Kilometer Landesstraßen, sodaß die Substanz der Landesstraßen, und das wurde in einem Gutachten festgestellt, nicht mehr aufrecht erhalten bleiben kann. Ich möchte da auch in die Zukunft weisen, daß man solche Fehler im nächsten Jahreshaushalt 1995 nicht wieder machen sollte. Wir haben schon hingewiesen, auch 1994 wurde dort nichts mehr vorgesehen. Es wird im Gutachten sogar vorgeschlagen, daß da jährlich bis zu 500 Millionen Schilling vorgesehen werden müßten, um die Straßenerhaltung, den Bedarf, der da ist, abzudecken. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch dem Klubobmann Dr. Hofer, er hat Kritik geübt bezüglich des Ausbaus der Süduferstraße, daß das in den Sommermonaten durchgeführt wird, Antwort geben. Ich habe vor einer Woche mit dem dortigen Bürgermeister Lanner gesprochen, der lange Zeit hier im Straßenbau- und Verkehrsausschuß gesessen ist. Es ist sein Wunsch, daß im Sommer durchgebaut wird und er war der Meinung, daß die Urlauber und Fremdenverkehrsbetriebe dies wohl aushalten werden. *(Abg.Dr. Hofer: Mir geht es um die Bürger und nicht um die Bürgermeister!)* Deshalb verstehe ich hier Deine massive Kritik an den Referenten nicht, Du hättest doch mit dem Bürgermeister, der Deiner Partei angehört, ein Wort sprechen sollen. *(Abg.Dr.Hofer: Er ist für die Koordination nicht verantwortlich!)* Aber es ist sein Wunsch. Er hat bei der Landesregierung deponiert und gesagt, baut weiter und macht weiter. Ich habe vor einer Woche geredet mit ihm und es gibt mehr Sachen, warum der Lanner die ÖVP nicht mehr versteht, hat er mir erzählt. *(Heiterkeit im Hause.)*

Das nächste, was mir besondere Sorgen macht, ist die Entwicklung in den Kärntner Gemeinden. *(Abg.Koncilia: Dir darf man nichts sagen, Du erzählst das im Landtag weiter!)* Meine Damen und Herren, und das ist auch eine längere Entwicklung schon, daß die Politik im Lande da hinausläuft, daß immer mehr die Gemeinden übernehmen müssen, aber bei den Gemeinden immer zurückgehen. Es hat heute unser Klubobmann schon darauf hingewiesen auf das Schreiben bezüglich der Bedarfszuweisungen und daß eben um über 3 Prozent die Ertragsanteile zurückgegangen sind, auf der anderen Seite

werden die Ausgaben der Gemeinden immer angekurbelt und auch das Land trägt da ein großes Maß an Schuld. Wenn man nur hernimmt, daß der Abgang der Krankenanstalten für das heurige Jahr die Gemeinden plus 60 Prozent zahlen müssen, Beiträge zu den Sozialhilfeverbänden und alle Maßnahmen, die wir hier im Lande beschließen, wo auch die Gemeinden zur Zahlung herangezogen werden, bringt das so weit, daß ein Drittel der Gemeinden, das sind meist kleinere Randgemeinden schon zur Zeit Zuschußgemeinden sind. Wenn man das betrachtet, bleibt von der Gemeindeautonomie nichts mehr übrig. Denn Autonomie heißt, wenn man Geld hat, das zu tun, was man selbst will oder der Gemeinderat in einer Gemeinde machen will und nicht, wenn man zum Land pilgern muß und dann gnadenhalber das eine oder andere zugestanden bekommt. In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch darauf hinweisen, das ist äußerst positiv zu betrachten, wir haben es heute beschlossen und endgültig, wie ich meine, abgesegnet, die Bürgermeisterdirektwahl. Ich kann mich noch erinnern an frühere Zeiten, wo es keine absoluten Mehrheiten einer Partei gab, gefeilscht wurde um den Bürgermeisterposten so wie in letzter Zeit um den Posten des Kärntner Landeshauptmannes. Deshalb mein Appell an den Kärntner Landtag, aber auch an das Bundesparlament, man möge sich ein Beispiel nehmen und auch den Landeshauptmann direkt von den Landesbürgern wählen lassen. Eine Mehrheit der Kärntner hat dann den Landeshauptmann, den sie haben wollen, wer immer das dann ist und der ganze Hickhack und Parteienhader wird hintan gehalten.

Ein Beispiel möchte ich auch noch anreißen und das ist, wir haben vor wenigen Jahren das Wohnbauförderungsgesetz novelliert, zum positiven wie ich meine, nur eines ist dabei untergegangen, obwohl wir Freiheitliche schon damals darauf hingewiesen haben, wir haben eine bessere Ausstattung für die Altbausanierung vorsehen wollen, es war aber eher das Geld nicht vorhanden oder man wollte es nicht machen, sodaß es jetzt unzureichend ist. Die Förderungsmittel für die Altbausanierung ist äußerst unzureichend und ich muß feststellen, daß im städtischen Bereich und in größeren Ortschaften die sanierungsbedürftigen Altbauten stehengelassen

Schwager

werden, die Besitzer außerhalb sich Gründe ankaufen oder selbst haben und dort Neubauten errichten. Das ist nicht Sinn und Zweck und deshalb soll man sich das noch einmal überdenken und versuchen, in einer Gesetzesnovellierung eine besseres Altbausanierungsgesetz zustande zu bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe schon hingewiesen in meiner Rede, daß der Kontrollamtsbericht einstimmig auch von den Freiheitlichen angenommen wurde, jedoch der Jahreshaushalt unsere Zustimmung nicht finden kann, aus den vorher erwähnten Gründen, aus den inhaltlichen Gründen und wegen der Ausgrenzung der Freiheitlichen, daß nicht der geringste Ansatz, nicht einmal 500.000 Schilling und nicht eine Million sind SPÖ und ÖVP auf unsere Ansichten eingegangen. Noch dazu wollen wir nicht mitverantworten, daß von 1945 bis einschließlich 1991 das Land Kärnten mit rund 4 Milliarden Schilling verschuldet. Wenn man das heurige Jahr dazu nimmt, haben sich in dieser kurzen Zeit, von 1991 bis einschließlich 1994 der Schuldenstand, was vorher 45 Jahre aufgebaut wurde, in diesen drei Jahren der Schuldenstand verdoppelt. So etwas wollen wir nicht mitverantworten. Wir haben rechtzeitig darauf hingewiesen auf diese Entwicklung, jedoch gehört wurden wir leider nicht. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Abgeordnete **Kreutzer** (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich heute im Hohen Haus zum ersten Mal zu Kunst, Kultur und Bildung im Rahmen des Rechnungsabschlusses 1993 das Wort ergreife, so deshalb, weil ich der Meinung bin, daß im sensiblen Gebiet der Kunst und Kultur zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wie ist es möglich, daß gerade hier, ausgenommen beim Personal, fast in allen Bereichen die lineare 10 prozentige Kreditsperre wirksam wurde und andererseits durch die ungleichgewichtige Ausgabenpolitik so mancher Teilbereich für Kunst und Kultur auf der Strecke blieb? Hohes Haus, in einigen Bereichen der Kunst und Kultur wurde sogar weniger budgetiert und aufgewendet als 1992. Obwohl es seit 1991 ein Kulturförderungsgesetz

gibt, beklagen sich Künstler noch immer über politischen Einfluß. Künstler wollen schaffen und nicht als Bittsteller vor den Türen der Politiker stehen. Hohes Haus, meine Damen und Herren, für die Kulturausgabenpolitik 1993 zwei Beispiele: einerseits macht der Abgang des Stadttheaters, der durch das Land und die Stadt Klagenfurt abzudecken ist, bereits fast 130 Millionen Schilling jährlich aus. Hier wurde überproportional gefördert und das Kontrollamt muß tätig werden, während andererseits für die Brauchtums- und Heimatpflege, wo tausende Kärntner und Kärntnerinnen freiwillig und unentgeltlich in ihrer Freizeit tätig sind, Kürzungen durchgeführt wurden. Als Beispiel erwähne ich das Kärntner Bildungswerk, das 1991, als Dr. Haider Landeshauptmann war, 1,1 Millionen bekommen hat und 1993 mit 900.000 Schilling abgespeist wurde. Kärnten als ein uraltes Kulturland und die kreative und initiative Kärntner Bevölkerung verdienen es, daß ihre Bemühungen, kulturell tätig zu sein, mehr vom Land unterstützt und gefördert werden.

Nun ein paar Worte zur Bildung. Hohes Haus, wir wissen, daß der wirtschaftliche Erfolg eines Landes im starken Maße vom Ausbildungsniveau der Bevölkerung abhängt. Auch im Bereich Bildung wurden 1993 in vielen Bereichen der Rotstift angesetzt. Ich glaube, hier wurde an der falschen Stelle gespart. Viel wurde darüber geredet, was das Land Kärnten tun kann, um seine Stellung als wirtschaftliches Schlußlicht in Österreich abzulegen. Von Firmenförderungen und Investitionen ist die Rede, von Millionen, die in Anlagen und Gebäuden investiert werden müssen. Wo bleibt der Mensch? Betrachten wir die derzeitige Situation in Kärnten, so kommen wir zur Erkenntnis, daß dem wichtigsten Potential unseres Landes den Kärntnerinnen und Kärntnern unter Förderung ihrer weitreichenden Begabungen sehr wenig Beachtung geschenkt wird. Wie ist es sonst möglich, daß 1993 mehr als 2,7 Millionen Schilling für Empfänge der Landesregierung, aber nur 1,2 Millionen Schilling für die Erwachsenenbildung ausgegeben wurden. 1,2 Millionen ist gleich wenig als 10 Arbeitslose im Jahr kosten. Diese Einstellung scheint uns Freiheitliche mit ein Grund für unsere derzeit mißliche wirtschaftliche Situation zu sein. Es ist wichtig,

Kreutzer

die in Kärnten vorhandenen Begabungsreserven unserer Jugend und unserer Erwachsenen durch gebündelte Aus- und Weiterbildungskonzepte zu erschließen und auszubauen. Aus- und Weiterbildung kann nicht verordnet werden. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen und motivieren. Bildung muß als persönliche Wertsteigerung und als Wirtschaftsfaktor erkannt und vom Land gezielt gefördert werden. BFI, WIFI und andere Organisationen arbeiten intensiv an der Aus- und Weiterbildung unserer Bevölkerung. In vielen anderen Fällen gibt es aber Probleme mit der Raumbeschaffung. Schaffen wir ein Gesetz, daß die Nutzung von vorhandenen Schulräumen auch für die Erwachsenenbildung regelt, damit in Kärnten das Angebot an Bildung für Erwachsene flächendeckend werden kann und ich bringe auch gleich den dementsprechenden Antrag dazu ein. Bieten wir unserer Bevölkerung die Voraussetzung, lebenslang zu lernen und zur Weiterbildung. Aus- und Weiterbildung mit Elementen der Persönlichkeitsbildung und der erweiterten Allgemeinbildung steigert die Qualifikation unserer Bürger in allen Bereichen.

Hohes Haus, es ist paradox, daß man zwecks Minderqualifikation arbeitslos werden muß, um dann alle Förderungen für Aus- und Weiterbildung kostenlos in Anspruch nehmen zu können. Ich sage Ihnen hier und heute, daß wir Freiheitlichen im Bildungsbereich besondere Initiativen starten werden und bei der Erstellung des Budgets 1995 größtes Augenmerk auf die Zurverfügungstellung der notwendigen Mittel legen werden. Hohes Haus, meine Damen und Herren, starten wir gemeinsam eine Qualifizierungsoffensive, die unserer Kärntner Bevölkerung im europäischen Wettbewerb nicht nur bestehen, sondern Vorbild sein läßt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich werde mich mit einigen Schwerpunkten des Rechnungsabschlusses befassen, habe aber nicht vor, Zahlen aufzugliedern, sondern nur versuchen, die Intention des vorjährigen Budgets mit den Möglichkeiten zu koppeln, die wir in Zukunft haben werden. Es ist heute wiederholt die

Frage der Qualifikation, der Aus- und Weiterbildung angesprochen worden und gerade hier glaube ich, daß wir die Landespolitik anlegen müssen, in erster Linie Sicherheit schaffen für die Bürger, die Sicherheit am Arbeitsplatz, die Sicherheit im Gesundheits- und Sozialbereich und die allgemeine Sicherheit, für die wir mitverantwortlich sind. Die Weiterbildung ist natürlich nur dann sinnvoll und wertvoll in der Ausbildung des Berufes, wenn es zunächst einmal eine qualitativ hochwertige Ausbildung gibt. Ich glaube, daß die vielen Kärntner Betriebe in der Lage sind, unseren Nachwuchs in der Wirtschaft hervorragend auszubilden und verweise darauf, daß 53 Prozent der Unternehmer aus Lehrberufen kommen. Daher glaube ich, daß die duale Berufsausbildung sicher für Kärnten und Österreich etwas optimales ist. Wenn man sich die Arbeitslosenstatistik der 16 bis 20jährigen europaweit ansieht, stellt man fest, daß wir in Österreich auf diesem Gebiet eine hervorragende Bilanz aufzuweisen haben, weil es die Form der dualen Ausbildung gibt, die unsere Jugend auch entsprechend annimmt. Hier ist es wichtig, von Verbesserungen zu reden und es ist wichtig, Verbesserungen auch entsprechend zu unterstützen. Wir sind jedenfalls dazu gerne bereit und haben in der letzten Funktionsperiode gezeigt, daß wir gerade auf diesem Gebiet, das heute angesprochen wurde, einiges und sehr wesentliches geleistet haben.

Ich möchte nur ein paar Schwerpunkte herausnehmen, daß wir im Bereich der Arbeitnehmerförderung dazu beigetragen haben, daß es eine berufliche Besserqualifizierung in der Form des Bildungsschecks gibt. Das war ein Modell, das von uns entwickelt wurde und wir haben uns vom Land bereit erklärt, über die Arbeitnehmerförderung ein Drittel dieser Ausbildungskosten der Arbeitnehmer über das Arbeitnehmerförderungsbudget zu erstatten und es ist im letzten Jahr nach der Ziffer, die mir vorliegt, ein Bildungskapital im Bereich der berufstätigen Menschen in Kärnten von 10 Millionen Schilling freigesetzt worden, weil dieses Drittel, das wir über die Arbeitnehmerförderung beisteuern konnten, etwa 3 Millionen Schilling betragen hat. Hier wird die Information der Arbeitnehmer zunehmen müssen, damit sie von den Ausbildungsmöglichkeiten künftighin stärker als bisher Gebrauch machen können.

Sablatnig

Ganz allgemein möchte ich sagen, daß ich stolz bin, daß wir im Bereich der Arbeitnehmerförderung 1993 insgesamt 133 Millionen Schilling aufgewendet haben. Diese 133 Millionen Schilling im wesentlichen zur Überwindung der Fahrtstrecke Wohnort zum Arbeitsplatz getragen haben. Hier sind insgesamt 39,6 Millionen Schilling an Erleichterungen für unsere Arbeitnehmer bezahlt worden, ich möchte erwähnen der Mautkostenersatz hat 300.000 Schilling im Verhältnis dazu betragen.

Für mich ist auch wichtig, daß wir für die Lehrlingsausbildung an 26 Betriebe einen Betrag von insgesamt 34,9 Millionen Schilling ausbezahlt haben. Das sind jene Betriebe in Kärnten, die über Lehrwerkstätten unsere Jugend ausbilden. Es sind zirka 1.000 Lehrlinge in Lehrwerkstätten im Ausbildungsbereich. Hier wurden diese von mir genannten 34,9 Millionen Schilling aufgewendet. Unser Ziel ist es, daß man über die Lehrwerkstättenausbildung auch jenen Betriebe, die Lehrlinge über ihren Bedarf ausbilden, eine Verbesserung der materiellen Situation ermöglicht. Daher wird die nächste Funktionsperiode sich schwerpunktmäßig nicht mit den Grundbedürfnissen der Arbeitnehmer auseinandersetzen haben, sondern mit Zukunftsperspektiven, die im Bereich der Ausbildung und der Weiterbildung reichen.

Ich möchte aber nicht verabsäumen, den Mitarbeitern, die sich mit der Abwicklung der Arbeitnehmerförderung beschäftigen, einen Dank zu sagen. Es sind insgesamt 1993 25.157 Anträge abgewickelt worden. Ich möchte aber nicht nur Dank und Lob aussprechen, sondern auch Kritik. Die Abwicklung dieser Arbeitnehmerförderung hat um etwa eine Million Schilling mehr gekostet als im Jahr zuvor. Daher wird es notwendig sein, auch dort sparsamst mit den Steuermitteln unserer Kärntner Bürger umzugehen.

Der nächste Bereich, mit dem ich mich kurz beschäftigen möchte, ist der Bereich der Gesundheit, der Krankenanstalten und der Sozialpolitik. Hier glaube ich, daß es notwendig ist, einige positive Bemerkungen zu machen. Andererseits wird es notwendig sein, Druck zu machen, daß die Reformen noch schneller umgesetzt werden: dort, wo wir glauben, daß man mit

neuen Ideen bessere Leistungen anbieten kann, ohne daß die besseren Leistungen mehr kosten.

Ich werde dann im Detail noch einige Dinge sagen, aber ganz allgemein möchte ich darauf hinweisen, daß die Verdienste der gewachsenen, organisierten und auch beschäftigungsbezogenen Absicherung des Sozial- und Gesundheitswesens unbestritten sind. Wir liegen hier weltweit sicher im Spitzenfeld. Das Spitzenfeld hat aber auch seinen Preis. Die Spitalskosten sind in Österreich seit 1986 um 100 % auf 76 Milliarden Schilling angestiegen. Im Vergleich dazu ist in diesem Zeitraum der Index um 21,9 % angestiegen. Da merken wir, daß es hier eine Kostenexplosion gegeben hat, der wir mit Vorsicht entgegensteuern müssen, das heißt, den medizinisch-technischen Fortschritt dem Patienten angedeihen zu lassen, aber zu versuchen, daß man Leistungen eher konzentriert anbietet und die Zentralisierung aus Kostengründen einfach notwendig sein wird. Ich meine nicht Konzentration auf ein Krankenhaus, sondern schwerpunktmäßige Versorgung in den einzelnen Krankenanstalten.

In einer leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung kann nicht unbedingt das Allheilmittel gefunden werden, da 62 % der Spitalskosten auf Personal entfallen. Das heißt, ich kann die Leistungen orientiert nach einem Schema abrechnen - aber die 62 % der Personalkosten werden uns immer erhalten bleiben. Signifikant dabei ist ein hohes Maß der Desintegration der bestehenden Einrichtungen. Ich verweise darauf, daß diese Desintegration auch oft bei der Kostenstruktur nicht nachvollziehbar ist. Das ist der Bereich der ambulanten Versorgung, der stationären Versorgung, die Überlegung der Prävention, die Frage der Sozialeinrichtungen, der Altenbetreuung und der Behindertenbetreuung. Daher geht unsere Forderung in diese Richtung, daß wir in diesem Land sehr bald ein Gesundheits- und Sozialmanagement brauchen, wo organisatorische Leerläufe ausgeschlossen werden.

Die wohl wichtigste Herausforderung für unsere gesamte Gesellschaft in den nächsten Jahren wird aber aus meiner Beurteilung sein, daß wir uns im Gesundheits- und Sozialbereich der steigenden Aufgaben der öffentlichen Hand bewußt werden. Durch das Älterwerden der

Sablatnig

Bürger aufgrund des medizinischen Fortschritts, aufgrund der Lebensweise, werden wir auch in diesem Bereich mit größeren Aufwendungen zu rechnen haben. Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt, Gott sei Dank, zu. Hier muß sich die Politik sehr früh Gedanken machen, wie sie mit den Kosten, die dadurch erwachsen, fertig wird.

Durch die Einführung der Gesundheits- und Sozialsprenkel sind wir mit unserer Überlegung, eine humanitäre Möglichkeit dem Bürger vor Ort eine Hilfe angedeihen zu lassen, wesentlich näher gekommen. Ich möchte trotzdem meinen, daß wir im Bereich der extramorale Versorgung noch lange nicht das Ziel erreicht haben, das wir uns gemeinsam gesteckt haben. Die extramurale Versorgung ist humaner; die extramurale Versorgung ist auch ökonomisch besser vertretbar: weil wir wissen, daß die Familien durch die geänderte Struktur nicht mehr in der Lage sind, alle diese Aufgaben, die mit der Sozialbetreuung zusammenhängen, zu erfüllen.

Wir haben alle gemeinsam die Aufgabe, uns darüber Gedanken zu machen, wie wir Leerläufe oder organisatorische Kosten mindern. Ich habe einige Beispiele, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Es ist wichtig, uns auch mit dem Thema der AVS (der Arbeitsvereinigung der Sozialhilfverbände) zu beschäftigen. Denn es ist nicht richtig, wenn eine Organisation sozusagen das Monopol im Lande Kärnten hat. Und dieses Monopol wird dazu mit Steuermittel in der Weise ausgestattet, wie die Steuermittel beim Steuerverwalter, beim Land Kärnten, angemeldet werden. Ich möchte nur einige Beispiele nennen, die für mich ganz signifikant sind. Wir haben zum Beispiel eine Jugendorganisation, die für mich sehr wichtig und außer Streit gestellt ist. Aber wenn ich lese, daß 500 junge Leute an dieser Jugenderholungsaktion teilnehmen und diese Jugenderholungsaktion in Bibione 4,568.000 Schilling kostet, so muß ich sagen: Das ist ein Nobelhotel für diese 500 Leute. Ich würde die jungen Leute gerne in so einem Hotel unterbringen - nicht unbedingt in einem Heim, weil dieses Heim ist zu teuer.

Der nächste Bereich ist der Bereich des Dienstschlosses in Villach. Hier gibt es neun Beschäf-

tigte; ganz wenige Lehrlinge die untergebracht sind. Ich kann Ihnen die Zahl sagen wieviele Lehrlinge untergebracht sind. Der Kostenpunkt sind 6,661.000 Schilling. Ich könnte diese wenigen Lehrlinge im Nobelhotel in Villach unterbringen. Das würde keine 6 Millionen Schilling kosten. (*Abg. Kollmann: 2 Millionen und noch etwas sind der Abgang. Es sind auch die Elternbeiträge und die Beiträge die die Lehrlinge selbst entrichten!*) Ich wollte, Herr Kollege, nur erwähnen, daß die Ausgaben 6,661.000 Schilling betragen. Die Führung eines Lehrlingsheimes, das wenige Lehrlinge unterbringt, mit 6 Millionen, ist einfach zu viel, bitte. Darüber sollten wir nachdenken! (*Abg. Dr. Ambrozy: Gibt es in einem Hotel Erzieher auch?!*) Es sind neun Mitarbeiter beschäftigt. Offensichtlich sind nicht viel mehr Lehrlinge dort als Erzieher. (*Abg. Dr. Ambrozy: 9 mal 5 ist 45. Das sind allein 4 Millionen Personalkosten! Ihr müßt ein bißchen in Dimensionen denken!*) Ich habe in Dimensionen gedacht - sonst hätte ich das hier nicht gesagt. Ich möchte nicht unbedingt wunde Punkte angreifen. (*Abg. Dr. Ambrozy: Ich möchte nicht haben, daß du ein falsches Bild zeichnest! - Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Ich möchte aber dafür eintreten, daß wir bei der Arbeitsvereinigung der Sozialhilfverbände gemeinsam an eine Reform herangehen, wo die Leistungen genauso erbracht werden, aber um weniger Geld. Hier gibt es aus meiner Beurteilung Einsparungspotentiale, die wir im Sinne der Kärntner Bevölkerung nutzen sollten.

Dann gibt es noch einen Bereich, den ich auch erwähnen muß: die "Aktion Tagesmütter". 123 beschäftigte Tagesmütter, Ausgaben 31,927.000 Schilling. 293 Kinder wurden betreut. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Aktion ist teurer als die Kindergärten. Ich spreche mich dafür aus, daß wir diese Aktionen über die Kindergärten abwickeln, weil wir dadurch in der Lage sind - das, was ich vorher gemeint habe -, kontrollierbar Geld auszugeben. Mir geht es bei dieser gesamten Diskussion darum, daß wir nicht politisch versuchen, einer den anderen anzuschwärzen, sondern versuchen nachzudenken, was wir für unsere Kärntner Bevölkerung für einen Auftrag übernommen haben. Dankeschön! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Naturgemäß sieht man als Auchbürgermeister die Situation etwas anders, obwohl Parallelen absolut festzustellen sind.

Für den Rechnungsabschluß 1993 zeichnet der seinerzeitige Finanzreferent, Ambrozy, verantwortlich. Ich möchte aber betonen, daß verantwortlich für den Rechnungsabschluß 1993 sicher sein Vorgänger ist. Wenn im Jahre 1990 noch 141 Millionen Schilling Überschuß festzustellen waren, 1991 ein Abgang von 220 Millionen Schilling, 1992 503 Millionen, 1993 734 Millionen geplant und auf 965 Millionen Schilling tatsächlich, und wenn man den Wahrnehmungsbericht für 1997 liest, kommt man auf geplante 2.264 Millionen Schilling. Das ist schon eine beachtliche Zahl, nur glaube ich, daß diese, wenn man die Jahreszahl für 1993 liest, eine Unterschätzung ist. Der Schuldenstand 1990 mit 3,8 Milliarden, 1991 mit 4,5 Milliarden, 1992 mit 5,4, 1993 mit 6,6 und die Schätzung vom Wahrnehmungsbericht für 1997 mit 13 Milliarden - Leasingfinanzierung ist nicht dabei -, machen mir persönlich ehrlich etwas bange. Zu recht spricht Herr Klubobmann Ambrozy vom Jahr 1995 als schwieriges Budgetjahr.

Investitionen: Als Investitionsspritze selbstverständlich. Man hat bei Schulden immer zwischen rentierlichen und nicht mehr einbringlichen Schulden zu unterscheiden. Nur, eine Konjunkturspritze - und ich nehme gerne einmal Nachhilfeunterricht über Sportbudget, Kulturbudget - kann ich mir mit einer nachhaltigen Wirkung schlecht vorstellen. Hier wird es eher wohl im Wirtschaftsinnovationsbereich besser angelegt sein. (*Abg. Dr. Ambrozy: So ist es!*) Wir alle wollen für unsere Bürger, auch wir selbst, ein Vollbad im Wohlstand nehmen. Ich muß oft feststellen, auch in der Gemeinde, daß viele sehr bemüht sind, in die Badewanne Löcher zu bohren und nicht Wasser hineinzugießen. Dergestalt ist es auch mit manchen Anträgen. Wenn wir aber wissen, daß wir letztendlich - nicht einmal wir, sondern die Bürger - das alles finanzieren, so glaube ich, wird es wohl auch ein Beitrag zur Konsolidierung sein müssen, in Zukunft sorgsam mit neuen Anträgen umzugehen. Ich

halte nicht an, diese Worte hier offen auszusprechen.

Welcher Wirtschaftsaufschwung wird in Gemeinden eingeleitet, wenn man ein AKZ baut? Als Bürgermeister von Kötschach-Mauthen darf ich von einer leidvollen Vergangenheit, Betroffenheit berichten, wo man auf 700 Höhenmeter einen Lift fordert, mit vielen Millionen. Dafür dankeschön! Nur eines, wenn dann Abgänge produziert werden, so ist das nur ein momentaner Investitionsschub - ein nachhaltiger Wirtschaftsimpuls resultiert daraus nicht, sondern aus dem Betrieb solcher Investitionen Abgänge, die den Spielraum der Gemeinden, den Spielraum des ordentlichen Haushaltes einengen, die Gemeinden bewegungsunfähig und letztlich zu einer Zuschußgemeinde machen. Und der gutgemeinte Wirtschaftsimpuls wird so zum Mühlstein. Daher sage ich: Auch der Landtag, der solche Förderung mitbeschließt, trägt mit die Verantwortung. Auch danach. Man kann sich eines ungeliebten Kindes auch im nachhinein, wenn sich herausstellt, daß es nicht der gerade richtige Weg war, nicht entledigen.

Wir haben heuer beim Budgetgespräch, und das alle Bürgermeister, fast annähernd bis zu 50 % Streichungen der Bedarfszuweisungsmittel hinnehmen müssen. Ich hoffe, daß es in einem Nachtragsvoranschlag noch Mittel zur Bewilligung gibt, denn die Gemeinden stehen vor schier unlösbaren Problemen. Ich glaube, es wäre nicht korrekt, in einem Referat 50 % an Kürzungen hinzunehmen und woanders neue Forderungen zu stellen. Eine lineare Kürzung ist nicht vernünftig und, glaube ich, auch nicht so gedacht. Denn wenn man ein Sparbudget macht, kommt es eher auf die Gewichtung an, wo zu sparen und wo mehr auszugeben ist. Ich frage mich, ob diese 50 % Kürzungen, die die Gemeinden hinnehmen müssen, das Resultat der Verschuldungspolitik oder Wirtschaftsrezession ist - oder ob das schon eine Voranzahlung für den EU-Beitritt ist. Eine Kürzung der Ertragsanteile der EU wird uns selbstverständlich auch noch ins Haus stehen. Das wissen wir ja. Und daß Kärnten einen Beitrag zahlt und das Land nicht alleine: auch das dürfte kein Geheimnis mehr sein. Auch hier im Landtag nicht.

Stangl

Die Steuerreform 1993 hat ihr übriges für die betroffenen Gemeinden bewirkt. Wenn ich denke, daß manche Gemeinden, so auch Kötschach-Mauthen, annähernd 4 Millionen Schilling Steuereinbußen hat, und das andauernd, so bedarf es gewaltiger Anstrengungen, diese Schwierigkeiten zu meistern. Ich habe trotzdem und gerade deshalb Verständnis, daß eine Kürzung der Bedarfszuweisung und auch die Gemeinden einen Beitrag zur Konsolidierung leisten, denn sie waren ja auch sehr glücklich und sehr dankbar, als sie gut beteiligt wurden. Nur eines bitte, hier sollte man - es tut mir leid, daß der Gemeindeferent jetzt nicht anwesend ist - bei Bedarfszuweisungen nicht nur die Kriterien heranziehen, ob eine Gemeinde ausgleichen kann, ob sie freiwillige Aufgaben unnötigerweise oder notwendigerweise durchführen, sondern daß sie auch angehalten wird, im Rahmen der Ortsentwicklung Ordnung zu schaffen. Hiefür bitte ich, in Zukunft Mittel vorzusehen. Ich sehe eines mit Bedauern - das ist in fast ganz Kärnten, auch Kötschach ist keine Ausnahme -: Viele Mandatäre verstehen den Flächenwidmungsplan als ein Schenkungsinstrument und nicht als ein Lenkungsinstrument. Diese Feststellung sei mir gestattet. *(Abg. Dr. Ambrozy: Beispiele, bitte! - Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Es gibt auch sehr viele. Ich garantiere Ihnen, Herr Klubobmann: Wenn Sie durch Kärnten fahren, 70 % der Gemeindefraktäre wissen nicht, wie alt ihr Flächenwidmungsplan ist; sie wissen nicht, wie groß die Baulandreserven sind. Im Schnitt reichen sie für 100 Jahre. Viele wissen nicht, was ein Bebauungsplan ist. Ich behaupte, daß 80 % der Gemeindefraktäre *(Aus der ÖVP-Fraktion: In Kötschach? - Heiterkeit im Hause.)* - nein, bei mir haben sie schon viel gelernt - von der Planungsseite her noch nicht die Platzreife besitzen. *(Abg. Dr. Ambrozy: Du hast ja einen guten Vize oben. Der kennt sich gut aus!)* Wir haben 100 Hektar Baulandreserven, das sind 200 Jahre, zurückgenommen und in Bauaufschließung erklärt. Einstimmig! Es gibt nicht viele Gemeinden, die diesen Mut haben. *(Abg. Dr. Ambrozy: Ich sage ja, du hast einen guten Vize!)* Nun, warum ziehe ich das an? Ich ersehe die Raumordnung als eines der wichtigsten Instrumente für die Kommunen. Die Gelder aber werden nur zaghaft für diese Arbeit verge-

ben, weil Planung ist etwas, was ein Gemeinderat nicht einsieht. Er hat lieber ein Projekt und nicht rentierliche Wirtschaftsdenkmäler.

Die Ursachen eines gewissen Wohlstandes, aber auch einer gewissen Armut liegt in der Zersiedelung oder der Urbanität eines Ortes. Das kleine Beispiel: Stadt Kanalanschluß 16.000 Schilling, Land 48.000 und noch mehr, sagt genug. Ein Laufmeter Straße mit Infrastruktur 12.000 Schilling. Daher glaube ich, sollte man bei den Bedarfszuweisungsmitteln und den Zuteilungen vor allem darauf Acht geben und darauf wirken, daß Gemeinden raumordnerisch verstärkt tätig werden. Ich glaube, dadurch könnte man so manche Gemeinde aus der mißlichen Situation der Zersiedelung, die noch andere Nachteile mit sich bringt, heraushelfen. Eurofit heißt es, europareif. Wir sagen, die Landwirtschaft soll es sein, sie ist es schon, die Gewerbetreibenden sollen es sein, sie sind es schon. Ich frage mich, sind unsere Gesetze und Verordnungen eurofit, wenn ich feststelle, daß in Kärnten, in Österreich bei einer Gewerberechtsverhandlung 30 Behördengänge notwendig sind und in Bayern 5, wenn ich feststelle, daß wir den Bürger selbstverständlich zu einer Volksbefragung und Volksabstimmung auffordern, bei welcher er abstimmt, ob er ein Atomkraftwerk will oder ob er zur EU will? Wir trauen dem selben mündigen Bürger aber nicht zu, daß er nach der Kärntner Bauordnung ohne Kommission auf seinem Grund und Boden ein einfaches Gartenhäuschen aufstellt. Da gibt es viele Dinge, eine Heizung zum Beispiel. Eine Baukommission muß anrücken, wo ist die Verantwortlichkeit des Installateurs? So könnten wir eine Menge und eine Fülle von Gesetzen umändern, die Verantwortlichkeit dorthin geben, wo sie hingehört und es würden gewaltige Einsparungen stattfinden. Ich bin hier mit Herrn Abgeordneten Koschitz wahrscheinlich einer Meinung. Er hat in der letzten Sitzung in dieselbe Kerbe geschlagen. Ich glaube, wir könnten hier etwas in Bewegung bringen, was sehr viel Verwaltungskosten und Vereinfachung bringt. Am Gewerbesektor und am Bausektor.

Ich glaube, dann wären wir auch einen kleinen Schritt von der Gesetzesmaterie in Richtung eurofit. Was ich noch bedaure, und ich weiß,

Stangl

auch meine Kollegen haben mitgestimmt, es dürfte nicht durchgerechnet worden sein in ganz Kärnten, daß das Schlammasbringungsverbot, unbelasteter bitte, ohne industrielle Vermengung oder Belastung den Gemeinden, nein, pro Kubikmeter Abwasser den Bürger mit 10 Schilling belastet. *(Abg.Dr.Ambrozy: Wir haben einen Antrag eingebracht!)* Ja, ich hoffe, wir werden Partner. Ich zähle hier Belastungen auf, die beschlossen wurden und die man überlegen sollte. Ich will nicht nur Kritik bei der Jahresrechnung 1993 üben, sondern auch Vorschläge und Ideen einbringen, so meine Meinungen. Das wird doch hoffentlich gestattet sein. *(Abg.Dr.Ambrozy: Unterstütze unseren Antrag!)*

Nun zur Post 78217 "Sonderförderung Nahversorgung", hier waren 6 Millionen geplant und 240.000 in Anspruch genommen. Es stellt sich die Frage, entweder haben die Nahversorger diese 6 Millionen nicht gebraucht, war der Bürokratismus zu groß oder hat die Nahversorger bereits die Resignation erfaßt und sie geben auf. Ich fürchte nur, es werden mehrere folgen. *(Abg.Dr.Ambrozy: Wieso weißt Du das?)* Man liest das in den Zeitungen, 35 Prozent sind sehr stark verschuldet. Wenn man die Erkenntnis gewonnen hat, und das ist auch nichts neues, daß die personenbezogenen Steuern, und das ist in Österreich so, arbeitsplatzfeindlich sind, daß man versuchen sollte, zur Rohstoff- und Ressourcenbesteuerung zu kommen, so frage ich, wer hindert uns daran, diesen Weg zu beschreiten? Ich bedaure aber, daß im gleichen Atemzug die Kammer ihre Mitgliedsbeiträge in dieselbe Richtung arbeitsplatzfeindliche Besteuerung oder Mitgliedseinhebung hereinholt. Wir müßten hier im Sinne der Arbeiter umdenken. Ein wichtiger Beitrag, auch für das vergangene und das neue, denn nur, wenn eine Energieform das Referat gehalten hat, ist sie nicht schlechter, ist die erneuerbare Energie. Energieimport ist Vermögensexport und die Sonne nehmen wir Kenntnis, Bio und Wasser schicken keine Ölrechnung. Ich bitte den neuen Referenten, hier verstärktes Augenmaß zu legen. Ich habe mir ausgerechnet, 1.000 Haushalte mit einer verstärkten Förderung von zusätzlichen 55 Millionen Zusatzförderung würden in 10 Jahren komplett ausgerüstet sein und jährlich 3 Millionen Energieeinsparung schaffen, ohne Ressourcenverbrauch. Die Wert-

schöpfung würde vor Ort geschehen und das glaube ich, ist wohl der Sinn, Wohlstand und Mittel der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Ich stehe nicht an, auch positive Dinge anzuziehen. Der KWF ist ein Silberstreif am Wirtschaftsförderungssektor, beim LKH-Sektor sage ich offen, mir tut der verantwortliche Dr. Westphal leid, der politische Handlungsbedarf wäre gegeben, die Kompetenz der Verantwortung anzugleichen, denn manchmal habe ich den Eindruck, daß hier alle an einen Strick ziehen, nur in verschiedene Richtungen. So ein Beispiel in den Erläuterungen gelesen, Einsparungen an Reagenzien und Diagnostik in der Höhe von 1,4 Millionen, im Rechnungsabschluß aber als Mehrausgabe angeführt. In einem anderen Krankenhaus die Belegtage sehr stark zurückgegangen, im Gegenzug aber die Reinigungsmittel um 25 Prozent gestiegen. Ich frage mich, 20 Prozent weniger Patienten und 25 Prozent mehr Reinigungsmittel, war das eine Beschäftigungstherapie? *(LH-Stv.Ing.Reichhold: Die Reinigungsmittel sind teurer geworden!)* Teurer? Wenn man qualitativ hochwertigere hat, braucht man dafür weniger, so kenne ich mich aus.

Zum Straßenbaureferat hat mein Vorredner schon gesprochen. Ein Problem, das mich sehr berührt und das auch den Landtag voriges Jahr, daher auch den Rechnungshof 1993 beschäftigt hat, ist die Straße Aigen. Ich sage, hier hat ein Bürger einen Vorschlag eingebracht mit 13 Millionen, der wäre 55 Prozent billiger gewesen als der dann beschlossene. Ich finde die Vorgangsweise nicht gerade verantwortungsvoll, daß man im Rechnungsbericht lesen muß, die Unterlagen waren nicht vollständig. Mag wohl stimmen, aber der Landtag hätte sie zu überprüfen, ob die Unterlagen zahlenmäßig korrekt sind. Eines muß ich feststellen, die Ursache, daß das teurere Projekt mit seinerzeitigen 23 Millionen beschlossen wurde, rührt wohl aus einem Teil politischer Überheblichkeit und Intoleranz hervor. Auch deshalb, weil man die Unterlagen nicht einmal einer Prüfung unterzogen hat. Ja, wenn jeder Bürger in Kärnten einen Abänderungsvorschlag bringen würde, der 50 Prozent Kostenreduktion beinhaltet, dann wäre Kärnten reich, wenn wir diesen folgen würden. *(Abg.Sablatnig: Wenn die*

Stangl

Hausnummern stimmen würden, dann schon!) So kostet das Projekt statt 23 Millionen, laut Wahrnehmungsbericht 27 Millionen, ich habe gehört 30 Millionen. Und 30 Millionen hat meine kühnsten Befürchtungen voriges Jahr übertroffen. Nicht geklärt ist die Seilbahn, die wird es trotzdem brauchen, das garantiere ich. Wir befinden uns dort im höchsten Niederschlagsgebiet von Kärnten. In einem Tag 400 Millimeter, das muß man wissen. Man hat mit 17 Millionen Mehrkosten 4,2 Hektar Schutzwald mit der Type 311 vernichtet. Mit 17 Millionen diesem Land eine neue Altlast mit Folgekosten beschert. (*Abg.Sablatnig: So wie wir in Kötschach-Mauthen schon mehrere haben!*) Du trägst mit die Verantwortung, du kannst Dich nicht davonschleichen, wenn man Gemeinderäte animiert, tut es nur. Denn ich habe oft vor Ausgaben gewarnt und bin dafür geprügel worden. Ich stehe zu meinem Wort, wenn ich sage, es ist nicht rentabel, auch wenn es die Bevölkerung momentan nicht einsieht. Man hat mit 17 Millionen tiefste Wunden in das naturbelassenste Tal Europas geschlagen, in die naturbelassenste Schlucht der Gail und ich frage mich, wo die Zeitungen sind. (*Abg.Ramsbacher: Naturbelassene Wege bei den Bauernhöfen!*) Ich streite nicht um den Weg, hier sind wir d'accord, daß die Bauern einen Weg brauchen. Wir haben eine bessere Variante, nur billiger, besser und kürzere Bauzeit war sie, das ist der Unterschied. Die Folge dieses Straßenbaus wird diesen Landtag, so bin ich überzeugt, noch länger beschäftigen und ich befürchte, daß die Kosten der Straßenerhaltung die Bauern in die Armutsgrenze drängt und zur Abwanderung zwingt. So hat man mit 30 Millionen eine Straße zur Abwanderung gebaut, das unterschreibe ich Ihnen. Schauen Sie in 20 Jahren nach, was passiert ist. Mit dieser Differenz hätte man Besitzfestigung betreiben können, mit dieser Differenz hätte man sehr viel notwendige Investitionen auch für andere Bauern im Lesachtal und im Gailtal tun können. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Ironisch, doch eines muß ich zu dieser Straße positiv bemerken. Sie trägt zum Bildungstourismus bei. Die BOKU, Entschuldigung Bodenkultur aus Wien und aus Deutschland kommt regelmäßig mit Studenten und verwendet es als Lehrbeispiel, wie man Landwirtschaft und Forststras-

sen nicht anlegt. Der Vorteil ist gegeben. (*Abg. Sablatnig: Dafür bessern sich die Nächtigungskosten in Kötschach-Mauthen!*) Nur eines, ich empfehle in ganz Kärnten jedem Forstwirt, er braucht sich um keine Behörde kümmern, er kann in jeden Forst eine Straße hineinlegen, denn es kann nicht schlimmer sein als dort. Die Agrarbehörden oder besser einige Beamte haben wohl ihre Reputation, Kompetenz und Glaubwürdigkeit verspielt. Für diese Fehlinvestition trägt Rechnungsjahr 1993, auch dieses Haus, die Mitverantwortung. Die Umweltzerstörung und die nachhaltigen Umweltschäden des Gailtalzubringers, meine Damen und Herren, sind im Verhältnis dazu, mit Verlaub, ich sage es salopp, ein Fliegenschieß im Verhältnis, was dort oben (Aigen) passiert ist. Ich hoffe, bei aller Kritik, die ich heute hier geübt habe, doch einige positive Lösungsansätze gebracht zu haben. Die Gesetze dergestalt zu ändern, daß sie letztendlich in eine Entlastung der Bevölkerung resultieren. Es geht nicht darum, den Gürtel enger zu schnallen, sondern überflüssige Kosten, wie Abgeordneter Sablatnig auch erwähnt hat, zu vermeiden. Sparen dort, wo es möglich ist, klare Prioritäten zu setzen, zuerst das Notwendige, dann das Wünschenswerte und zum Schluß das Angenehme.

Zum Rechnungsabschluß 1993 noch kurz, rechnerisch, beschlußmäßig, gesetzmäßig natürlich richtig, inhaltlich meiner Meinung nach nicht einmal genügend. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Abgeordneter **Hinterleitner** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages! Es fällt mir ein wenig schwer, auf ein paar Punkte Bezug zu nehmen, nachdem jener, der die Angriffe gestartet hat in Bezug auf den Tourismusreferenten, den vergangenen Tourismusreferenten, von Pleitenrekorden gesprochen hat, von der Untätigkeit des Tourismusreferenten gesprochen hat, heute nicht mehr hier ist, weil er anscheinend, wenn es um die wichtigen Diskussionen geht, doch andere Termine vorzieht, ich meine den Klubobmann der Freiheitlichen Partei, Kollegen Strutz. Wie soll ich hier ihm antworten auf Vorwürfe, die er getätigt hat, wenn er nicht hier ist. Es geht mir

Hinterleitner

doch darum, wenn man allgemein die touristische Problematik in Kärnten angeschnitten hat, zu sagen, daß es Entwicklungen gibt, die über Kärnten hinaus zu Maßnahmen und Situationen geführt haben, die insgesamt schlechtere Situation Österreichs im gesamttouristischen Image. Die Randlage Kärntens zum Beispiel im besonderen, wenn es darum geht, die Situation der Randlage zu dem jetzigen Slowenien und dem ehemaligen Jugoslawien zu sehen, das immer noch nachhaltig seine Wirkung im touristischen Wirkungsbereich des deutschen Urlaubsgastes hat, der für uns ein sehr wesentlicher Gast ist. Darüberhinaus natürlich auch die neuen Ostmärkte, die zu betrachten sind und ist somit auch hier ein verändertes touristisches Verhalten unserer Gäste aus den Herkunftsmärkten nach sich zieht. Darüberhinaus natürlich auch noch die Billigflugreisen, die Günstigflugdestinationen, die dazu beitragen, in einer wirtschaftlich rezessiven Situation auch hier Veränderungen einzusetzen. Das sollte gesagt werden, wenn man hier die rezessive Situation der touristischen Entwicklung in Kärnten hernimmt.

Wer die europäische Marktstudie hernimmt und feststellen muß, daß die Ausgaben des Europäers auf Reisen insgesamt um 6 Prozent zurückgegangen sind und daß die Auslandsreisen um mindestens 4 Prozent abgenommen hat, dann deckt sich das auch mit den Entwicklungen, die wir hier im Kärntner Tourismus feststellen müssen. Darüberhinaus ist es mir auch ein Anliegen, festzustellen, daß es nicht nur die Nächtigungszahlen sind, sondern auch eine Frage der Wertschöpfung. Wenn man hier ein Abnehmen der kategoriemäßig schwächeren Betriebsstrukturen hernimmt zu der Zunahme der Nächtigungssteigerung in den Kategorie A-Bereichen mit ihren hochwertigen qualitativen Bereichen, so können wir sagen, daß gerade die Maßnahmen des Tourismusreferenten dazu geführt haben, daß die Infrastrukturmaßnahmen aufgrund der Förderungssituation und aufgrund der Infrastrukturmaßnahmen, die in den letzten Jahren geschaffen worden sind, dazu beigetragen haben, daß die Betriebe eine qualitative Verbesserung vornehmen konnten, was nicht ausschließt, daß natürlich gerade in diesem Bereich einiges mehr zu tun ist und wo

natürlich auch aufbereitend jene Maßnahmen gesetzt worden sind, die eine Infrastrukturentwicklung der Regionen mitgebracht hat. Einerseits die Maßnahmen, die zu setzen sind und wo Ansatzpunkte da waren, wenn es um die Saisonverlängerung geht, um die saisonale Verlängerung, wo wir eigentlich die Zielrichtung in den letzten Jahren gehabt haben, in Richtung einer Jahressaisonalität zu gehen und darüberhinaus die Maßnahmen, die gesetzt werden, wenn es um die Infrastruktureinrichtungen in Winterregionen geht, die noch notwendig sind, damit auch hier eine Schwer- oder Kopflastigkeit der Einsaisonalität in Richtung der Zweisaisonalität der Wertschöpfung hin zu sehen sind.

Darüberhinaus, meine Damen und Herren, jener, die im touristischen Bereich tätig sind, ist sicherlich nicht nur ein politisches Problem, das ist sicher ein Problem, das in den Regionen zu sehen sein wird. Wenn ich denke, daß im Sommerentwicklungskonzept auch die Frage der Regionseinteilungen diskutiert worden sind und bereits am 11.10.1988 elf Regionen vorgeschlagen worden sind und es dann aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen jener, die in den Regionen das sagen haben, eine Regionsentwicklung für die Marketingsituation im Marketingbeirat der Kärntner Tourismusgesellschaft sich auf 14 Regionen aufgepauscht hat, kann man den Referenten dazu keinen Vorwurf machen.

Es geht darum, jene Maßnahmen zu setzen, und ich, als Tourismusvertreter und Verantwortlicher auch in diesem Bereich bekenne mich dazu, daß sich möglicherweise mit drei Marketing-Regionen das Auslangen finden läßt - nur ist derzeit, aufgrund des Regionsdenkens auch jener Bereich, der mit dem Tourismus zu tun hat, noch nicht aufgeschlossen genug, um jene Entscheidungen mitzutragen. Es wird aber das mindeste, was wir anzustreben haben, um effizienter auch Marketing in Kärnten zu betreiben, die Überlegung anstehen, sich auf acht Regionen zu konzentrieren, das heißt, eine Abnahme der Regionen durchzuführen und zehn Einheiten zu schaffen, dieses Gemeindegrenzendenken im Tourismus abzuschaffen und flächendeckendes, seenmäßiges und vermarktungsmäßiges Durchziehen

Hinterleitner

ermöglichen. Das sind jene Ansichten, die wir zu überlegen haben, die anzustellen und schrittweise zu vollziehen sind.

Darüber hinaus wird es notwendig sein - und das ist eine Frage, der man sich permanent zu unterziehen hat -, wieweit die Wechselbeziehungen jener Organisationen, die aus dem politischen Tagesstreit ausgeklammert wurden, in Eigenständigkeit entlassen worden sind wie die Kärntner Tourismusgesellschaft, wie der KWF, wieweit man auch in der Zukunft aufgrund von sachlicher Arbeit auch hier konstruktive Rahmenbedingungen weiterhin schafft, um erfolgreich agieren zu können. Das wird auch zukünftig die Kernfrage sein, wenn es darauf ankommt, auch in diesem touristischen wirtschaftlichen Bereich weiterzukommen.

Eines ist Ihnen allen klar: Die Wechselbeziehung zwischen der touristischen Auswirkung und somit auch der Wertschöpfung dieser touristischen Auswirkung hin zu allen anderen Wirtschaftszweigen ist unbestritten und verdoppelt das wirtschaftliche touristische Aufkommen. Damit ist auch hier die allgemeine Argumentation, was die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus anbelangt, in einem anderen Licht zu sehen. Ich werde aber bei einer anderen Gelegenheit auf weitere Überlegungen und Strategien gerne eingehen - auch dann, wenn der freiheitliche Klubobmann auch hier in unserem Hause ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Abgeordnete **Steinkellner** (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechnungsabschluß 1993 gibt Anlaß zu folgenden Feststellungen: Die Sozialkosten steigen; die finanziellen Belastungen nehmen zu, was eigentlich sehr logisch ist. Wenn wir bedenken, daß die Lebenserwartungen deutlich höher sind, was uns ja alle erfreuen muß, dann ist eigentlich die Antwort auf die steigenden Kosten gegeben. Da müssen wir sagen, daß das ganze Kapitel "Sozialpolitik" nicht im Griff liegt. Es ist also höchste Zeit zum Umdenken. Und das noch dazu im "Jahr der Familie".

Was ist also geschehen? Der Abschluß zeigt deutlich, daß trotz öffentlicher Bemühungen, siehe Gesundheits- und Sozialsprengel, die ich hier besonders hervorheben möchte, keine wesentlichen Veränderungen den Bürgern zugute kommen. Man sieht es ganz deutlich am Beispiel des Ärztebereitschaftsdienstes; ebenso an den noch längst nicht in den Griff bekommenen Kostensteigerungen unserer Krankenanstalten. Das ist also noch ein Faß ohne Boden und wird es wahrscheinlich auch in Zukunft bleiben. *(Abg. Koncilia: Die Ärzte sind ein Faß ohne Boden!)*

Auch die Steuerreform 1994 hat in ganz krasser Form den alleinverdienenden Familienerhaltern gewaltige Nachteile gebracht. Dr. Jörg Haider hat als Landeshauptmann von Kärnten Prioritäten gesetzt und den einkommensschwachen, kinderreichen Familien pro Kind monatlich S 2.500 aufgrund des Familienförderungsgesetzes zukommen lassen. *(Abg. Dr. Ambrozy: Das war nicht der Haider!)* Da sind Sie nicht informiert, Herr Landeshauptmann. Der Familienlastenausgleichsfonds, den der Bund zur Zeit mit 5 Milliarden Schilling Defizit verwaltet, klappt nicht. Ursprünglich war er, seinem Namen entsprechend, dafür vorgesehen, wie er benannt wird. Tatsache ist aber, daß dieser Fonds, um nur ein Beispiel zu nennen, unter anderem der Schulbuchverlagssponsoring dient. Dies hat auch kürzlich die Frau Familienminister festgestellt, weshalb sie Veränderungen durchführen will. Jetzt kommt noch eine Gesetzesänderung des Schulgesetzes 1991, das uns eine ganztägige Schulform verordnet, und nicht nur dem Bund, sondern auch dem Land und den Gemeinden viel Geld kosten wird.

Geschätzte Damen und Herren! Die älteren Menschen betreffend muß gesagt werden, daß gerade durch die glücklicherweise hohe Lebenserwartung an uns die Aufgabe herangetragen wird, mit diesen Menschen gemeinsam ihre Sorgen und Nöte zu lösen. Alter ist keine Krankheit. Aber der alternde Mensch braucht spürbare Fürsorge und Pflege. Hier meine ich, daß die Ausbildung von Ärzten und Pflegepersonal gerade in diese Richtung hin forciert werden und

Steinkellner

auch die so wichtige und notwendige Soforthilfe funktionieren muß.

Zum Schluß kommend, Hohes Haus, darf ich sagen, daß es notwendig ist, erstens Alleinverdiener bzw. Alleinfamilienerhalter steuerlich zu berücksichtigen: in Form einer Novelle zur Steuerreform 1994. Zweitens sind Tagesheimstätten für ältere Menschen zu schaffen, wodurch eine spürbare Entlastung den LKH die Folge sein wird und die alten Menschen des nachts wieder in ihre gewohnte Umgebung zurückkehren können. Drittens sind Altenhelfer entsprechend auszubilden und die Berufsbezeichnung "Altenhelfer" zu schaffen, wie dies in Deutschland bereits der Fall ist.

Sozialpolitik und Sozialarbeit erfolgreich zu betreiben, bedarf des Einsatzes engagierter Bürger, Organisationen und Vereine. Wir haben solche in Kärnten - aber noch immer zu wenig. Gerade das ist auch eines unserer Probleme. An dieser Stelle möchte ich mich bei all diesen Organisationen und Vereinen, die schon so gute Arbeit geleistet haben, herzlich bedanken. Das Land soll zeitgemäße Rahmenbedingungen schaffen, um schon bestehende, aber auch neu hinzukommende Organisationen und Vereine entsprechend zu unterstützen, damit Sozialhilfe aller Art zum Wohle der Bürger betrieben werden kann. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Einige Wortmeldungen, die im Kärntner Landtag waren, veranlassen auch mich zu einigen Bemerkungen. Ich möchte mit den Feststellungen, die der Abgeordnete Sablatnik getroffen hat, beginnen, dann aber auch grundsätzliche Punkte aus sozialdemokratischer Sicht beleuchten und heute im Rahmen der Jahresabrechnung 1993 erwähnen.

Der Abgeordnete Sablatnik hat gemeint, daß im Dienstschloß in Villach, das eine Pflichtaufgabe des Landes ist, das mittels Vertrag die Arbeitsvereinigung der Sozialhilfeverbände für das Land Kärnten verwaltet, das Kärntner Schulgesetz ganz eindeutig regelt und nicht 9,5 Beschäftigte, wie es im Dienstpostenplan vorgesehen ist, 6 Millionen Schilling kosten

verursachen. Das Kärntner Schulgesetz regelt vielmehr ganz eindeutig, daß in Internatsberufsschulen der Schulerhalter, sprich das Land Kärnten, für die Kosten aufzukommen hat. Es sind in Kärnten auch zwei weitere Internatsberufsschulen: Oberwollanig und Völkermarkt. Da werden die gleichen Verpflegskosten berechnet und wird die gleiche Entlohnung ausbezahlt, wie das auch in den anderen Internatsberufsschulen stattfindet. Der Abgang im Dienstschloß sind 2,5 Millionen Schilling, die durch die Abteilung 6, Schulabteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung, der Arbeitsvereinigung der Sozialhilfeverbände, wie es der Vertrag vorschreibt, auch abgerechnet wird.

Es ist nicht Aufgabe der Arbeitsvereinigung der Sozialhilfeverbände, für das Land oder für den Schulerhalter hier Lehrlinge unterzubringen. Nur, das Gesetz ist im Kärntner Landtag so beschlossen worden, und auch die Verpflegskosten pro Tag von 115 Schilling werden dort eingehoben. Die kann man nicht anders sehen, weil sonst die Lehrlinge zu stark belastet werden. Wenn sie zwei Monate diese Internatsberufsschule besuchen, würde das wahrscheinlich das finanzielle Leistungsvermögen der Lehrlinge bei weitem übersteigen. Die Personalkosten machen im Jahr 1993 für diese Beschäftigten genau 3,070.000 Schilling aus. Das sollte hier im Landtag auch Erwähnung finden.

Ein zweiter Bereich, der nicht Kritik hervorgerufen hat, sondern wozu Feststellungen getroffen worden sind, war die "Aktion Tagesmütter". Ich glaube, daß gerade die "Aktion Tagesmütter" für berufstätige Frauen eine Aktion ist, die in Österreich ihresgleichen sucht. Gerade im heurigen Jahr hat die "Aktion Tagesmütter" ihren 20jährigen Bestand gefeiert. Es hat die "Aktion Tagesmütter" in Kärnten Vorreiterrolle für ganz Österreich gespielt, was den Mindestlohntarif und auch die soziale Sicherstellung der Tagesmütter anlangt. Wenn hier festgestellt worden ist, daß die Tagesmütter mehr Kosten verursachen als ein Kindergartenkind, so ist dem nicht ganz so. Man muß wissen, daß eine Tagesmutter flexibel ist; daß eine Tagesmutter eine Kind um 7 Uhr früh in Empfang nimmt und oft erst kum 8 Uhr abends von der Mutter oder

Kollmann

von den Eltern abgeholt wird. Das ist auch mit flexiblen Öffnungszeiten in einem Kindergartenbetrieb nicht mit diesen Kosten möglich. Wir wissen, daß heute ein Kindergartenkind im Kindergartenbereich Kosten in etwa zwischen 30.000 und 45.000 Schilling im Jahr verursacht. Das sind Zahlen, die aufliegen: 443.000 Betreuungsstunden vorliegen und 317 Kinder, die zu betreuen sind, mit Stichtag 31. 12. 1993. Es sind im Laufe des Jahres rund 700 Kinder in Betreuung, bei einem Betreuungsstundenausmaß von 443.000 Stunden. Man weiß, daß gerade viele berufstätige Mütter, weil ja auch dort das Kinderbetreuungsgeld der Arbeitsmarktverwaltung mit eine Rolle spielt, etwa 50 % der Eltern, die die Betreuung der Kinder einer Tagesmütter überantworten, auch von der Arbeitsmarktförderung ein Betreuungsgeld in Anspruch nehmen können. Diese Aktion im Lande Kärnten ist daher bei den Kinderbetreuungseinrichtungen sicherlich ein Bestandteil, welcher der guten Kindergartenpolitik, wie es in der Vergangenheit war, auch in Zukunft Rechnung tragen wird. Ein weiterer Punkt ist sicherlich, daß wir, glaube ich, alle darangehen sollten, daß bei diesen Kinderbetreuungseinrichtungen, sei es jetzt der Kindergartenbetrieb oder seien es auch sonstige Kinderbetreuungseinrichtungen, unter anderem auch die Tagesmütter, das soziale Gefälle im Lande Kärnten auch untersucht werden soll und daß wir im Kärntner Landtag im Sozial- und Familienausschuß darüber reden werden, wie wir Möglichkeiten schaffen können, daß dieses soziale Gefälle hintangehalten wird. Wir wissen, daß heute die Kindergartenbeiträge in reicheren Gemeinden für Kinder kostenlos sind, aber in ärmeren Gemeinden die vollen Kosten auch auf den sozial Schwachen abgewälzt werden. Ich glaube, das ist nicht die Sozialpolitik, die wir als Sozialdemokraten verstehen.

Wenn insgesamt gemeint worden ist, daß hier viel Leerlauf und dergleichen mehr vorhanden ist, so möchte ich doch auch zu bedenken geben: Die Arbeitsvereinigung der Sozialhilfverbände besteht nahezu 45 Jahre und hat einen Verwaltungskostenaufwand von sage und schreibe - bitte, das ist vom Rechnungshof und vom Kärntner Landeskontrollamt nachgeprüft - 8 %. Ich glaube, man muß auch andere soziale Organisa-

tionen nennen, die genauso gute Arbeit leisten, wie die Mitarbeiter der Arbeitsvereinigung der Sozialhilfverbände, daß auch diese Verwaltungskosten in einem Maß sind, die sicherlich in der Öffentlichkeit jederzeit gesagt werden können und hier nicht von Leerläufen gesprochen werden kann. Wenn man die Subventionen im gesamten anschaut, ist das so dargestellt worden, als ob die Arbeitsvereinigung der Sozialhilfverbände eine Monopolstellung einnehmen würde. Ich glaube, daß gerade die Sozialpolitik im Lande Kärnten in den vergangenen Jahren - seit 1945 herauf tragen ja die Sozialdemokraten in dieser Richtung auch die politische Verantwortung - wirklich ihresgleichen sucht. Es ist die Sozialpolitik auf viele Organisationen aufgebaut worden. Es ist auch die Caritas mit dabei; es ist die Lebenshilfe mit dabei; es ist Proment infirmis dabei; es ist das Evangelische Diakoniewerk mit dabei. Ich glaube, so sollte auch die Sozialpolitik auf viele Organisationen aufgebaut sein. Es sind auch viele andere kleinere Projekte, die auch durch das Land Kärnten, durch die Gemeinden und die Arbeitsmarktverwaltung gefördert worden. Wenn man die Zahlen anschaut, was an Subventionen ausgegeben wurde, so schaut das nämlich auch so aus: Daß die Arbeitsvereinigung der Sozialhilfverbände rund 82 Millionen Schilling an Subventionen vom Land Kärnten, wo ja auch die Gemeinden zu 60 % dazuzahlen, das man das auch dazusagt, die Caritas rund 70 Millionen Schilling erhalten hat, Proment infirmis rund 34 Millionen Schilling, das Evangelische Diakoniewerk Waiern 50 Millionen Schilling, Treffen 33 Millionen Schilling, die Lebenshilfe rund 42 Millionen Schilling, das Josefinum ... Man könnte, viele, viele aufzählen, so daß man nicht von einer Monopolstellung und von einer Bevorzugung von einem einzigen Bereich sprechen kann.

Aber das veranlaßt mich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn ich das so formulieren darf, wirklich auch grundsätzlich zu einigen Punkten aus sozialdemokratischer Sicht Stellung zu beziehen, was heute hier im Kärntner Landtag und auch in der Vergangenheit durch viele Medien gegangen ist. Ich glaube, wir dürfen in der Sozialdemokratie nicht dem das Wort reden, daß sich der Stärkere vielleicht durchsetzen soll und daß vielleicht die

Kollmann

Sozialpolitik im gesamten gesehen leistungshemmend und vielleicht obendrein noch sehr teuer ist. Weniger Staat heißt mehr Freiheit für den einzelnen. Das bedeutet schlechthin, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber soziale Sicherheit nur für jene, die sich das auch vielleicht finanziell leisten können. Ich glaube, das kann nicht die Sozialpolitik einer sozialdemokratischen Politik sein.

Der Kampf um den Wohlfahrtsstaat, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist sicherlich auch ein Kampf gegen den Egoismus der Ellenbogen-gesellschaft. Das muß man, glaube ich, auch im Kärntner Landtag aussprechen. Der Umbau und auch die Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates wird nämlich nur dann gelingen, wenn wir überall selbstkritisch den Rechenstift ansetzen und auch Rechenschaft ablegen in allen Bereichen, wo Entwicklungen zu Ungerechtfertigkeiten - wir sprechen das offen aus -, womöglich auch zu Bürokratisierung und womöglich auch zur Unüberschaubarkeit geführt hat und in Zukunft führt. Ich glaube, daß wir auch hier aus sozialdemokratischer Sicht bereit sind unsere Mitarbeit und unsere Vorschläge in diesem Bereich miteinzubringen. Wir treten nämlich auch - und das ist auch in der Vergangenheit immer so gewesen - für Rahmenbedingungen ein, die es den Menschen gestatten, in eigener Verantwortung und ohne Bevormundung durch die Gemeinden, durch das Land oder durch den Bund ihre Vorstellungen umsetzen und das Leben selbst gestalten zu können. Es sind die Voraussetzungen im Lande Kärnten in der Vergangenheit sehr stark geschaffen worden, mit vielen, vielen Projekten und Leistungen, die ihresgleichen suchen. Ich möchte diese Sorge um die Kinder und um die Familien und, wie heute speziell vom Abgeordneten Sablatnig zum Ausdruck gebracht worden ist, um die alten Menschen anführen. Ich glaube, es muß unsere zukünftige Arbeit sein, daß wir die älteren Menschen nicht verunsichern, sondern daß wir sicherstellen, daß die älteren Menschen nach ihren vollbrachten Leistungen in ihrem letzten Lebensabschnitt wirklich auch beruhigt sein können und nicht Gefahr laufen, sozial irgendwohin abzustürzen. Wir wissen, daß in absehbarer Zeit ein Drittel der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein wird und es sicherlich unserer

gemeinsamen Anstrengungen bedürfen wird, hier Maßnahmen zu setzen, die diese Absicherung für diese Personengruppe schafft. Wir wissen aber auch, daß in absehbarer Zeit auch die durchschnittliche Lebenserwartung durch die moderne Medizin, durch die medizinischen Leistungen zu einem Limit von 79 bis 80 Jahren kommen wird. Gerade die Vergrößerung des Anteils alter Menschen wird natürlich auch eine Zunahme von Pflegefällen nach sich ziehen. Ohne Änderung des Finanzierungs- und Versorgungssystems werden wir die Probleme in Zukunft sicherlich nicht lösen können. Wir wissen gerade auch aus der Statistik, meine sehr verehrten, daß die über 60jährigen eine größere Anzahl von Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Die Zahlen belegen das eindeutig. 68 % des Medikamentenverbrauches, bitte, kommen dieser Altersgruppe zu, den über 60jährigen. Dieser Personenkreis weist 35 Krankentage pro Jahr auf, für Arztbesuche und Krankschreibungen. Ich glaube, daß das mit eine Rolle spielt. Wir wissen, daß die über 60jährigen rund sechsmal im Durchschnitt pro Jahr einen Arzt aufsuchen. Gerade das sind Zahlen, die beweisen, daß wir in Zukunft auf diesem Gebiet noch sehr viel Leistungen zu erbringen haben werden. Ich glaube zusätzlich, daß wir deshalb aus sozialdemokratischer Sicht für die Aufrechterhaltung und auch für die Weiterentwicklung des Systems der öffentlichen Alterssicherung und für neue Modelle bei der Betreuung und Pflege alter Menschen auch in Zukunft eintreten werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auch ein Bekenntnis anführen, und das hat die Sozialdemokratie und vor allem die Landesrätin in der Vergangenheit immer wieder unter Beweis gestellt: Daß wir ein Bekenntnis für die behinderten Menschen ablegen. Unser Grundsatz muß nämlich sein, daß wir diesen Personenkreis, die behinderten Menschen, nicht fragen, was sie können, sondern daß wir fragen, was sie können und vielleicht sogar besser können als wir. *(Den Vorsitz hat um 15.55 Uhr Dritter Präsident Dkfm. Scheucher übernommen.)*

Auch einige Worte, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Gesundheitspolitik. Insgesamt muß die Gesundheitspolitik vorsorgend, patien-

Kollmann

tenorientiert sein und bedarf dies auch heute im Hohen Haus keiner besonderen Bedeutung. Wenn man so viel von der Spitalsreform redet, sollten wir nicht vergessen, daß nicht diese Reform womöglich zum Selbstzweck wird, sondern nur einem Ziel dienen soll, daß nämlich die optimale medizinische Versorgung der Patienten an unseren Spitälern auch weiterhin sichergestellt werden muß. Wenn ein Spitalsbett oder ein Patient ein Spitalsbett braucht, so haben wir die Verpflichtung, dieses Spitalsbett dem Patienten in Zukunft sicherzustellen. Andererseits sollten wir aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Patienten nicht länger in den Krankenanstalten liegen lassen und medizinische Behandlung angedeihen lassen, wenn die Möglichkeit besteht, auch im extramoralen Bereich Leistungen an Patienten zu verbringen, weil sie humaner sind. Das ist heute auch von dieser Stelle aus einmal betont worden.

In diesem Zusammenhang darf ich auch erwähnen, daß die Patientenrechte in Zukunft zu kurz kommen dürfen, das noch dazu. Wir müssen uns die Frage stellen, welchen Mindeststandard soll sich auch der leisten können, der keine Zusatzversicherung abschließen kann aus seinen Vermögensverhältnissen heraus. Ich glaube, daß das auch aus sozialdemokratischer Sicht diskutiert werden soll und daß wir auch hier im Hohen Haus diese Diskussion gemeinsam führen werden. Ich glaube aber auch, daß die Patienten in den Krankenanstalten so sein sollen, wie ein Konsument, auch wenn er Leistungen eines Gewerbebetriebes, eines Industriebetriebes oder eines Gastgewerbes in Anspruch nimmt, nämlich daß diese Gesundheitsbetriebe so geführt werden sollen, daß alle berechtigt sind, die Leistungen so in Anspruch zu nehmen.

Ich glaube, daß im Gesamten gesehen, wenn man die Freiheitliche Partei anhört, man den Eindruck hat, Kärnten sei das soziale Aschenbrödel der Republik Österreich. Ich glaube, daß Fakten eine ganz andere deutliche Sprache sprechen und es wäre vermessen von mir, heute hier Zahlen und Tätigkeiten, die im Sozialreferat geleistet wurden, womöglich aufzuzählen. Ich glaube, niemand von uns veranlaßt das, sich womöglich aufgrund der Leistungen, die in der Vergangenheit geleistet

wurden, von den Menschen, von den Beschäftigten, auch von der Politik auszuruhen und zu sagen, es ist alles gut, was gemacht wurde. Sondern ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren, es muß alles im Sozialbereich täglich auf das Neue erarbeitet werden. Soziale Erfolge können und müssen täglich neu bestätigt werden. Herzlichen Dank. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Pistotnig** (FPÖ):

Sehr verehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr verehrte Damen und Herren! Bevor ich auf mein eigentliches Thema eingehe, möchte ich schon einige Worte verlieren zu dem, was Herr Klubobmann Dr. Hofer vormittag gesagt hat, Landesrat Freunschlag hätte 20 Millionen Schilling von seinem Budget nicht verbraucht. Dem ist nicht so. Es sind ganze 178,73 Schilling übrig geblieben und wie ich den Herrn Landesrat Freunschlag kenne, wird er die letzten 178 Schilling noch richtig verwenden. Damit Herr Klubobmann Hofer da richtig informiert ist, möchte ich ihm die Abrechnung dazu schriftlich überreichen.

Hohes Haus, der Kernpunkt der nächsten Jahre muß die Wirtschaftspolitik sein. Der Erhaltung und Erschaffung von Arbeitsplätzen muß unbedingte Priorität eingeräumt werden. Die Klein- und Mittelbetriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Die Ausschöpfung der Bundesförderungsmittel, die in der Vergangenheit nur mangelhaft gelungen ist, muß vorangetrieben werden. Alle in Not und finanzielle Schwierigkeiten geratene Betriebe sind weiterhin zu fördern, wenn sie positive Zukunftsaussichten hätten. Dies waren im wesentlichen die Kernaussagen des Finanzreferenten Landeshauptmann Zernatto in seiner Regierungserklärung am 7. Juni 1994. Nur, wie sieht die Wirklichkeit eigentlich aus? Gibt es eine Gleichstellung der Klein- und Mittelbetriebe im Dienstleistungsbereich für jene, die hautnah mit den Wirtschaftszweigen, welche durch den EU-Beitritt in ihrer Existenz maßgeblich betroffen sind verbunden und damit ebenfalls in ihrer Existenz hochgradig gefährdet sind. Meine Damen und Herren, für Dienstleistungsbetriebe, welche vom

Pistotnig

Investitionsvolumen und der Ausstattung ihrer Firmen an Werkzeugen, Maschinen, Einrichtungsgegenständen und Gebäuden Produktionsbetrieben nichts nachstehen, gibt es fast, wenn man vom Kleingewerbebürgeskrediten absieht, keine Unterstützung der öffentlichen Hand.

Um eine Überprüfung nach § 57, dem sogenannten Pickerl, machen zu dürfen, muß der zuständige Unternehmer mindestens 800.000 Schilling investieren, um dann pro Pickerl 180 Schilling einnehmen zu dürfen. Durch das Verstärken der Bundesförderungen und dem Abbau des sogenannten Gieskannensystems erwarte ich bei den Förderungen wieder, daß 20 Prozent dieser Betriebe in Zukunft mehr durchfallen werden. Diese Betriebe haben in der Vergangenheit meist mit geringen oder ohne Beihilfen investiert und kommen jetzt unverschuldet in eine Zwangssituation. Durch das Billigerwerden von neuen, maßgeblich von gebrauchten, Autos zum Beispiel, Landmaschinen oder Traktoren, durch das wesentlich billigere Angebot aus dem EU-Raum wird nicht nur das vorhandene Lager bis zu 40 Prozent entwertet, sondern das gilt auch für das Ersatzteillager, sondern es fällt mir dem Umsatz auch der entsprechende Rohgewinn. Dazu kommt, daß natürlich die Zinsenbelastung steigt und tagtäglich sind durch die neuen Umweltverordnungen, die steigenden Strom- und Treibstoffkosten erhöhte Betriebskosten hinzuzunehmen. Diese lassen sich aber zum Unterschied eines Produktionsbetriebes von einem Dienstleistungsbetrieb nicht gleich weiterverrechnen, da ansonsten die Dienstleistung zu teuer wird und der Kunde aus bleibt. Viele dieser Betriebsinhaber werden sich überlegen müssen, wenn sie überhaupt eine Chance auf ein Überleben haben werden, den Betrieb zu verkleinern und damit Arbeitskräfte, die einen Betrieb am meisten belasten, zu reduzieren oder den Betrieb überhaupt aufzulassen.

Viele dieser Betriebe werden finanziell zum Aufgeben gezwungen werden, wenn wir nicht rechtzeitig gegensteuern, meine Damen und Herren. Ich fordere daher für unsere Klein- und Mittelbetriebe, egal ob Produktions- oder Dienstleistungsbetrieb, folgende Sofortmaßnahmen zur Erhaltung der Wirtschaft und vor allem

zur Sicherung der Arbeitsplätze: 1. eine Gleichbehandlung der Dienstleistungsbetriebe durch die Kärntner Wirtschaftsförderung. 2. längerfristig geförderte Betriebsmittelkredite zur Überbrückung und Umstellung auf eventuell andere Sparten. 3. Zuschüsse zu Investitionen wie zum Beispiel Kanal oder anderen Umweltauflagen. 4. Steuererleichterung für junge Unternehmer oder Übernehmer eines Gewerbebetriebes. 5. günstigere Steuersätze für Gewinne, die nachweislich im Betrieb gelassen werden und damit zur Stärkung des Eigenkapitals beitragen.

Geben wir unseren kleinen Betrieben die Möglichkeit, auch in Zukunft Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Lassen wir sie wachsen. Schrauben wir die Bürokratie im Interesse von aktiver Leistung auf das kleinste notwendigste Maß zurück. Es werden absolut notwendige Sanierungsarbeiten, wie z.B. Volksschule Liebenfels verhindert. Ein Neubau dieser Schule Liebenfels, die ca. 40 Jahre alt ist, wurde vom Schulbaufonds abgelehnt. Die Gemeinde Liebenfels als Schulerhalter ist jedoch außerstande, die Kosten der Renovierung, welche nach Sachverständigengutachten ca. 30 Millionen Schilling kosten wird, aus Mitteln der Bedarfszuweisung zu finanzieren. Ich fordere daher, daß die Generalsanierung von Schulen durch den Schulbaufonds in Hinkunft finanziert werden wird. Damit würde auch eine Nutzung alter Bausubstanzen stattfinden und es könnte eine Renovierung derselben auf mehrere Jahre sich erstrecken. Damit könnten auch kleinere Handwerker ebenfalls berücksichtigt werden und wir würden einen wesentlichen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum beitragen.

Ich darf Ihnen, Herr Präsident, einen entsprechenden Antrag hiemit auch übergeben. Hohes Haus, meine Damen und Herren, nachdem Herr Landesrat Haller meine Anfrage betreffend die Nichtberücksichtigung der Gemeinde Liebenfels in der nationalen Regionalförderungskulisse heute vormittag nicht beantworten konnte, habe ich mich erkundigt und darf hier feststellen. Betriebe, welche sich in einer Gemeinde, welche nicht im nationalen Regionalförderungsgebiet ist, ansiedeln oder investieren wollen, haben maximal auf die Mindestförderung Anspruch.

Pistotnig

Die Mindestförderung für Betriebe in so einer Gemeinde sind bis zu 50 Arbeitsplätze 15 Prozent des Investitionsvolumens und von 50 bis 200 Arbeitsplätzen ganze 7,5 Prozent. Es hat Herr Wurmitzer in Vertretung von Landeshauptmann Zernatto, ehemaliger Klubobmann Wurmitzer, und die SPÖ damals mit den Stimmen gegen die FPÖ die Gemeinden Liebenfels und St. Georgen aus besseren Förderungsmöglichkeiten, also aus dieser regionalen ausgeschlossen. Interessant jedoch ist, daß in der Regionalplanung in der Abteilung 20, Herr Landesrat, Liebenfels und St. Georgen als gewerbliches Entwicklungsgebiet ausgewiesen ist. Ich frage mich nur, wie man das machen soll, wenn sich ein Betrieb ansiedeln möchte, in Liebenfels oder St. Georgen und er hat dort nicht einmal 30 Prozent der Förderung, die er wo anders haben kann, wird er dort sicher nicht investieren. Daher fordere ich Sie, Herr Landesrat Haller dringlichst auf, alles zu unternehmen, um die Gemeinden St. Georgen und Liebenfels in das nationale Regionalförderungsgebiet aufzunehmen und diesen beiden Gemeinden das zu ermöglichen, das zu tun, was ihnen auch laut Raumplanung der Abteilung 20 zusteht, nämlich wirtschaftlich stärker zu werden und zu wachsen.

Schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen, wie der Herr Landeshauptmann gesagt hat, um das Rückgrat unseres Landes für die Klein- und Mittelbetriebe zu stärken. Das alles passiert nicht zum Wohl des Betriebes, sondern zum Wohle der Wirtschaft und zum Wohle des Arbeitnehmers, zum Wohle der Gemeinden und zum Wohle unseres ganzen Heimatlandes Kärnten. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich will in der heutigen Debatte nicht zu sehr in der Vergangenheit recherchieren. Für die Landwirtschaft und insbesondere für die Kärntner Bauern war das Jahr 1993 wiederum ein enormer Rückschlag. Die Einkommen in der Landwirtschaft sanken um 11 Prozent, eine Abwanderungsrate von 5,3 Prozent läßt an Dramatik nichts offen. Der Einkommensabstand zwischen einem Industriearbeiter und

einer in der Landwirtschaft tätigen Familienarbeitskraft vergrößerte sich von 38 auf 45 Prozent. Das Einkommen eines Industrieinkommens betrug somit 1993 23.758 Schilling, das einer landwirtschaftlichen Familienarbeitskraft 10.596 Schilling. Meine Damen und Herren, dieser Vergleich spricht für sich. Wer sich diese Zahlen genau ansieht, kann feststellen, daß zwei Drittel des Einkommensrückganges durch Einbußen auf der Ertragsseite und nur ein Drittel auf die Erhöhungen der Aufwendungen zurückzuführen sind. Daraus ist abzulenken, daß Kostensenkungen in der Landwirtschaft die drastischen Ertragseinbußen nicht kompensieren und sich somit die Spirale weiter nach unten dreht. Das Bauernsterben ist somit prolongiert. Betrachtet man den Rechnungsabschluß 1993 im Bereich Land- und Forstwirtschaft, so kann man wiederum feststellen, daß trotz dieser fatalen Einkommensentwicklung wesentliche Budgetansätze nicht erfüllt worden sind. Von einer einkommenssichernden und zukunftsweisenden Agrarpolitik kann hier wohl nicht die Rede sein. Bei diesem Punkt, Herr Landeshauptmann, sind auch Sie gefordert, wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung festgestellt haben, an Einsatz für die Erhaltung jedes Kärntner Bauernhofes wird es nicht fehlen. Das ist den Bauern zu wenig. Beendigung des Überlebenskampfes durch höhere Einkommen auf jeden Bauernhof. Der EU-Beitritt wird für die Landwirtschaft die einschneidendste Veränderung der letzten Jahrzehnte mit sich bringen. Die erste Niederlage mußten aber bereits die Kärntner Maisbauern hinnehmen. Die von der Landwirtschaftskammer im EU-Wahlkampf versprochenen Ausgleichszahlungen für Körnermais werden für die Ernte 1994 nicht eingehalten. Es liegt der Schluß nahe, daß bei den Nachverhandlungen im Finanzministerium nichts herauskommen wird. Deshalb, Herr Präsident, bringt die Freiheitliche Fraktion einen Dringlichkeitsantrag bezüglich Förderung der Getreidepreise ein, um einen Schaden für die Bauern zu verhindern.

Weiters sind wir für den bevorstehenden EU-Beitritt keinesfalls gerüstet und die Hausaufgaben sind bei weitem nicht erfüllt. Der Agrarreferent hat bis dato noch kein agrarpolitisches Konzept für Kärnten erarbeitet. Der Beitritt zum

Ing. Pfeifenberger

europäischen Wirtschaftsraum ist bereits in knapp sechs Monaten vollzogen. Es herrscht große Unsicherheit in der Bauernschaft, weil keine Vorbereitungen für diesen Beitritt getroffen wurden und keine in Sicht sind. Deshalb fordern wir Sie auf, Herr Landesrat, hier in folgenden Punkten unverzüglich tätig zu werden: Es müssen alle EU-Förderungen verfassungsrechtlich abgesichert werden, d.h. die Aufnahme in das Kärntner Landwirtschaftsförderungsgesetz. Ein diesbezüglicher Antrag wird heute eingebracht. Weiters Beschlußfassung über Höhe und Finanzierbarkeit der Förderungen des EU-Solidarpaktes Landwirtschaft. Diese Forderung ergeht an den Finanzreferenten. Eine für bereits gestern verlangte Finanzierungsentwurf für geschätzte 423 Millionen Schilling zusätzlich für 1994 vorzulegen. Weiters: Durchführung der Landwirtschaftskammerreform auf Grundlage der gesamten Isop-Studie. Zusammenlegung aller Förderungsmaßnahmen analog Wirtschaftsförderungsfonds, d.h. Errichtung eines Agrarförderungsfonds. Anträge hierfür wurden von unserer Seite bereits mehrmals eingebracht. Sanierung des Aufzuchtthofes Ossiacher Tauern unter der Voraussetzung, daß dieser Betrieb endlich in Zukunft Gewinne abwirft. Was denken sich Kärntens Bauern, wenn ein von der Interessensvertretung der Bauern geführter land- und forstwirtschaftlichem Betrieb mit einem respektablem Ausmaß an Hektarzahlen nur mit Substanzverkauf saniert werden kann? Ist hier die Bezeichnung "Beratung" noch gerechtfertigt? Erhaltung von lebensfähigen, den regionalen Produktions- und Marktgegebenheiten angepaßten Vermarktungseinrichtungen. Insbesondere fordern wir hier von Ihnen ein Lösungsvorschlag zur Beendigung des Preisgeflechtes zwischen UKM und OKM. Es ergibt wenig Sinn, wenn hier ein Krieg mit Milchflaschen um jedes Gasthaus in Kärnten geführt wird. Die jetzt noch vorhandenen Reserven sind letztendlich vorenthaltenes Bauerneinkommen und sind für gemeinsame Marketingaktivitäten und zum Aufbau regionaler Marken sicherlich besser eingesetzt. Bearbeitung und Belieferung des oberitalienischen Marktes ist eine Fleischrinderproduktion dringend vonnöten. Durch Kreuzung unserer Zweinutzungsrasse

Fleckvieh mit Chardonnay ergeben sich für die Rinderproduzenten neue Markt- und Einkommenschancen. Seit Jahren wird eine derartige Zuchtkonzeption gefordert. Nach Inkrafttreten der neuen Qualitätsklassenverordnung Europ bei Rindern im September dieses Jahres werden letztendlich die Bauern die Verlierer sein, da die derzeitige Produktion nur einen Anteil von insgesamt 20 Prozent in den Klassen E und U mit einigermaßen kostendeckenden Preisen ergeben wird. In der EU ist dieser Anteil über 50 Prozent. Hier ist auch absoluter Handlungsbedarf. Auf dem Gebiet der Mutterkuhhaltung und Einstellerproduktion werden Aufstockungsinvestitionen dringend erforderlich. Gerade Kärnten eignet sich für diese extensive Form der Rinderhaltung, begünstigt durch die Marktnähe zu Italien.

Am Schweine- und Geflügelsektor wird es zu Preiseinbußen bis zu 30 %, bei Ferkel bis zu 50 % kommen. Holländische Anbieter machen bereits Verträge mit österreichischen Abnehmern. Bereits jetzt kommen die Schlachtrinderpreise stark unter Druck, da sich die Händler und Exporteure unter dem Titel "EU-Anpassung" zusätzliche Gewinne erhoffen. Hier ist Handlungsbedarf vonnöten, Herr Landesrat. Weiters dürfen wir Sie auffordern, dafür Sorge zu tragen, daß die Unsicherheit während dieser Beitrittsphase in der Bauernschaft durch effiziente, ehrliche und vor allem verständliche Information gedämpft wird. Legen Sie klare Konzepte für eine mittelfristige Anpassung unserer Produktion unter der Prämisse der Erhaltung einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft auf den Tisch! Die Erhaltung von Arbeitsplätzen für die nächsten Generationen in der Landwirtschaft ist unser Gebot. Handeln Sie! Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Nachdem die Diskussion am heutigen Nachmittag jetzt schön langsam, aber sicher in die Schlußphase tritt, möchte ich doch ein paar Bemerkungen vor allem auch zu Wortmeldungen machen, die hier heute abgegeben wurden.

Grundsätzlich stelle ich fest, daß ohnehin offensichtlich nicht der Rechnungsabschluß für das Jahr 1993 Hauptthema der heutigen Debatte ist, sondern allgemeinpolitische Grundsatzklärungen zur künftigen Budgetgestaltung und damit zur künftigen Schwerpunktsetzung im politischen Bereich in Kärnten insgesamt. Ich halte das auch durchaus für legitim, wenn wann sonst als dann, wenn über Mittelverwendung die Rede ist, sollte man letztlich über Schwerpunkte der politischen Tätigkeit im Lande reden.

Ich möchte in dem Zusammenhang - nicht nur deshalb, weil ich selbst die Ressortverantwortung getragen habe, sondern weil es sich tatsächlich um ein Sonderproblem in Kärnten handelt - zur Frage der Agrarpolitik Stellung nehmen. Wenn hier gefordert wird, man möge den bäuerlichen Kärntnerinnen und Kärntnern die Sorge und die Unsicherheit nehmen, so ist die Richtung, aus der diese Aufforderung kommt, für mich nicht ganz nachvollziehbar - nachdem man gerade von seiten der FPÖ eigentlich alles unternimmt, um hier alles andere als Sicherheit zu geben, sondern eher Unsicherheit zu verbreiten. Wenn in dem Zusammenhang Forderungen an den neuen Ressortverantwortlichen gerichtet werden, vor allem dafür Sorge zu tragen, daß es in diesem Bereich entsprechende Konzepte geben soll, von denen offensichtlich dem Herrn Abgeordneten bis jetzt noch nichts bekannt ist, so möchte ich zumindest jene zu Zeugen nehmen, die schon länger in diesem Landtag sitzen und darauf hinweisen, daß die gesamte Agrarpolitik der letzten Legislaturperiode letztlich fast ausschließlich dazu genutzt wurde, die vorbereitenden Maßnahmen für einen allfälligen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union für die bäuerlichen Familienbetriebe in Kärnten sicherzustellen. Nicht nur durch eine ganz massive Verbesserung der finanziellen Grundlagen des Agrarbudgets in diesen Jahren,

meine Damen und Herren - und das dürfte manchem schon wieder entfallen sein -, war es möglich, das Agrarbudget letztendlich in Kärnten zu verdoppeln. Wir haben im Bereich der Infrastruktureinrichtungen viel erreicht. Gerade das ländliche Wegenetz ist in diesem Zusammenhang ein besonderes Thema - Aigen stellt hier einen Sonderfall dar, auf den ich dann auch noch kurz eingehen werde -, und hier war es sogar möglich, die Förderungsmittel in dieser Zeit zu verfünffachen.

Meine Damen und Herren! Wenn von Konzepten die Rede ist, die es den Bauern in unserem Land ermöglichen sollen, auch unter den neuen Rahmenbedingungen als Mitglied der Europäischen Union nicht nur zu überleben, sondern auch entsprechende Chancen, die sich daraus ergeben, zu nutzen, so möchte ich darauf hinweisen, daß mit dem Kärntner Kulturlandschaftsprogramm hier eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen werden konnte, die letztlich dazu führen wird, daß es uns möglich sein wird, die im Bereich der Förderungsmittel für ökologisch einwandfreie Landwirtschaft in Brüssel zur Verfügung stehenden Mittel mit diesem Modell auch tatsächlich zu lukrieren und sie zusätzlich auch noch durch entsprechende Mittel seitens des Bundes, seitens des Landwirtschaftsministeriums zu verstärken. Wenn das, meine Damen und Herren, keine Strukturpolitik im agrarpolitischen Bereich war, dann weiß ich nicht, wie sie ausschauen sollte.

Es gibt darüber hinaus, meine Damen und Herren, sehr wesentliche andere Bereiche. Ich habe immer von den drei Säulen des Einkommens im bäuerlichen Bereich gesprochen. Einerseits die von allen Seiten anerkannte Notwendigkeit, im Bereich von Direktförderungsmaßnahmen, allerdings als Gegenleistung klar erkennbare Leistungen für die Gesellschaft, das ist das Kulturlandschaftsprogramm. Hier wird Leistung von den bäuerlichen Familienbetrieben erbracht, die auch entsprechend auf der Basis eines für beide Seiten klaren zivilrechtlichen Vertrages erbracht. Es gibt die zweite notwendige Säule, das ist die Aufrechterhaltung der bisherigen Marktordnung, adaptiert in Richtung auf jene neuen Rahmenbedingungen, von denen ich gesprochen habe. Es ist der dritte Bereich

Dr. Zernatto

ebenfalls einer, der sich in diesen letzten Jahren hervorragend entwickelt hat, nämlich alternative Einkommensmöglichkeiten durch Agrarmarketing in Kärnten zu schaffen. Daß das auch ein Prozeß ist, der nicht wie bei einem Schalter einfach ein- oder ausgeschaltet werden kann, sondern daß das ein Prozeß ist, der auch in den Köpfen der Menschen eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, versteht sich von selbst. Aber die Rahmenbedingungen dafür sind vorhanden. Und so hat der Herr Agrarreferent, Landesrat Lutschounig, beileibe nicht das Problem, zu wenig Konzepte zu haben, sondern er wird im Gegenteil sicherlich das Problem haben, alle notwendigen Maßnahmen in so kurzer Zeit auch umsetzen zu können, die sich aus diesen Rahmenbedingungen, die es bereits gibt, ergeben. Dazu wird es notwendig sein, meine Damen und Herren, und dazu ist der Kärntner Landtag aufgerufen, auch die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Umsetzung des Kärntner Kulturlandschaftsprogrammes ist nicht nur eine Frage der personellen Ressourcen und Kapazitäten, die es im Bereich der Erstellung der Landschaftskataster gibt, sondern das ist natürlich auch eine Frage des Mitteleinsatzes. Wenn wir davon ausgehen können, daß weit über 50 Kulturlandschaftsprojekte in Kärnten bereits angemeldet sind, so wissen wir heute auch, daß diese Form der Direktleistung der Gesellschaft für Gegenleistungen, die im Rahmen der Kulturlandschaftserhaltung und -pflege erbracht werden, jedenfalls viel stärker angenommen wurden, als das in der Anfangsphase dieser Projekte sich abgezeichnet hat. Da ist mit Sicherheit auch der Kärntner Landtag gefragt. Ich freue mich darüber, denn was kann es für den Finanzreferenten Schöneres geben, wenn der Sparwille so deutlich artikuliert und hier von nahezu allen Seiten betont wird, daß es notwendig ist, den Sparstift anzusetzen. Meine Damen und Herren! Ich habe nur sehr wenig konkrete Hinweise heute gehört, wo dieser Sparstift anzusetzen ist - mit Ausnahme der Frage der Personalpolitik des Landes Kärnten und der zweifellos notwendigen Verwaltungsreform. Auch darauf möchte ich ganz kurz eingehen. Es ist bereits im laufenden Jahr gelungen, durch eine mehr als restriktive Personalpolitik des Landes die zusätzlich notwendigen Dienstposten zumindest weitestgehend im Griff

zu behalten. Es wird sicherlich im Rahmen des im heurigen Herbst zu verabschiedenden Nachtragsvoranschlages notwendig sein, daß eine oder andere, was letztlich auch durch Verbindungen durch diesen Landtag notwendig geworden ist, noch nachzubesehen. Ich erinnere hier an die Notwendigkeiten, die sich zum Beispiel aus dem Neubau der Hotelfachschule in Villach ergeben, wo dieser Landtag auch die Ausweitung des Personals in diesem Bereich bereits vorbeschlossen hat. Aber grundsätzlich bin ich der Auffassung und Überzeugung, daß gerade im personellen Bereich, insbesondere auch im Bereich der Krankenanstalten - ich sage das ganz bewußt - in den vergangenen Jahren eine wichtige und notwendige Ausweitung stattgefunden hat. Jetzt haben diese Häuser eine personelle Ausstattung, von der ich ausgehe, daß sie den Anforderungen, die wir an die Versorgung der Kärntner Bevölkerung zu stellen haben, tatsächlich gerecht werden können. Hier wird man auch durch eine Verbesserung der Möglichkeiten innerhalb des Personalstandes selbst entsprechende Umschichtungen vornehmen können und auch was das Dienstrechtsgesetz anlangt die eine oder andere Adaptierung vornehmen müssen. Das alles werden neben den konkreten Maßnahmen und Projekten im Bereich der Verwaltungsreform, die auch bereits eingeleitet sind, Hauptthema von meiner Seite, von meiner Verantwortung her auch der Regierungsklausur am 29. Juli sein.

Das alles, meine sehr geschätzten Damen und Herren, werden, wie gesagt, Maßnahmen sein, die grundsätzlich mit dem Budget 1993 und seiner Vollziehung nichts zu tun haben, sondern sollen Ihnen ein bißchen Perspektiven auf das geben, was ich im Rahmen meiner Tätigkeit als Finanzreferent in der Zukunft zu bewegen gedenke.

Nun ganz kurz noch zu einigen mir hier aufgefallenen Bemerkungen. Was die Bedarfszuweisungen anlangt, meine Damen und Herren, möchte ich schon einmal mit allem Nachdruck feststellen, daß 100 % der Bedarfszuweisungen, wie sie aus Ertragsanteilen über das Land in Richtung der Gemeinden abgewickelt werden und wurden, auch dort eingelangt sind. Das, worüber Sie sprechen, meine Damen und Herren, sind die sogenannten

Dr. Zernatto

Sonderbedarfszuweisungen, also eine freiwillige Leistung, wenn ich das so sagen darf, des Landes Kärnten zur Verbesserung der Situation der Gemeinden. Hier waren insgesamt Projekte in einem Ausmaß von etwa 120 Millionen Schilling vorbesprochen - ich sage bewußt, vorbesprochen -, zu einem Zeitpunkt, als niemand wissen konnte, daß es gerade was den Gemeindeanteil an den Ertragsanteilen anlangt, doch zu recht massiven Einbußen aufgrund der steuerlichen Entwicklung, aufgrund der konjunkturellen Situation in Österreich gekommen ist. Daher war und ist es notwendig, und dazu stehe ich auch, hier mit den Bürgermeistern und den Gemeinden gemeinsam darüber nachzudenken, wie auch die Gemeinden ihren Anteil an dieser, für uns sicherlich nicht erfreulichen Entwicklung erbringen können. Ich habe daher mit dem neuen Gemeindereferenten bereits am Beginn seiner Tätigkeit vereinbart, daß wir hier mit beiderseitiger Kraftanstrengung versuchen wollen, uns wirklich auf jene Projekte in den Gemeinden zu konzentrieren, die unbedingt notwendig, und zwar jetzt unbedingt notwendig sind. Wir haben uns darauf geeinigt, daß dafür ein Volumen von etwa 80 Millionen Schilling zur Verfügung stehen wird. Das bedeutet, daß es de facto im Bereich der Sonderbedarfszuweisungen zu einer Kürzung im Ausmaß von etwa 40 Millionen Schilling kommen wird.

Meine Damen und Herren! Ich möchte dazu auch sagen, daß Sie im Rahmen Ihrer Debatte immer wieder darauf hingewiesen haben, wie wichtig es ist, daß man den Gemeinden diese Mittel nicht vorenthält. Es wird daher auch an Ihnen liegen, im Rahmen des Nachtragsvoranschlages im heurigen Herbst auch Ihre Zustimmung dazu zu geben, daß diese Mittelzuführung im Rahmen des Nachtragsvoranschlages auch tatsächlich möglich werden wird.

Jetzt vielleicht ganz kurz, nachdem das Thema "Aigen" uns in diesem Haus schon des öfteren beschäftigt hat, auch ein paar Bemerkungen dazu. Meine Damen und Herren! Die Bauern der Ortschaft Aigen, die dort ihre wirklich nicht einfache Arbeit zu verrichten haben, warten seit mittlerweile etwa 30 Jahren auf die Umsetzung einer Verkehrsverbindung in ihrem Bereich. Ich

glaube, es hat mindestens fünf verschiedene Projekte in diesem Zusammenhang gegeben, die diskutiert wurden: von einer Art Europabrücke, bis hin zu einer verbesserten Seilbahnlösung, bis hin eben auch zu Lösungen im Rahmen jener Möglichkeiten, wie sie jetzt in Anspruch genommen wurden. Ich möchte in dem Zusammenhang schon auch darauf hinweisen, daß hier ja nicht Politiker ausschließlich entschieden haben, welche der zur Verfügung stehenden Varianten tatsächlich zur Realisierung kommt, sondern daß sich ja Experten, deren Kompetenz und Fachkundigkeit ich in keiner Weise anzweifeln möchte, uns dabei beratend zur Verfügung gestanden sind. Man soll jetzt - nur weil es ganz offensichtlich im allerletzten Abdruck ein Projekt gegeben hat, das möglicherweise auch realisierungsfähig gewesen wäre, gegen das aber massive Bedenken auch von seiten der Fachleute gegeben hat - nicht so tun, als wäre es eine vollkommene Fehlentscheidung gewesen, diese Straße zu errichten, Herr Bürgermeister. Gerade in der Gemeinde Kötschach ist das eine oder andere an Fehlentscheidungen getroffen worden. Das möchte ich in der Argumentation hier weder beschönigen noch weglassen. Nur, wer mit den Leuten sich dort unterhalten hat, die wirklich bereits geglaubt haben, sie gehören in diesem Land zu jenen, denen immer nur Versprechungen gemacht werden und die letztendlich nie in die Situation kommen würde, endlich ihre Straße und damit ihre Anbindung an die Welt zu bekommen, da muß man diese Situation so sehen. Man sollte nicht im nachhinein hier große Diskussionen darüber abführen, sondern sich dazu bekennen, daß auch Leute, die in etwas abgelegeneren Gegenden unseres Landes leben, das Recht auf Infrastruktur haben. Wir haben eine Entscheidung getroffen. Diese Entscheidung wird jetzt in der Praxis realisiert. Ich bin überzeugt davon, daß auch der Herr Bürgermeister, wenn es dann um die Eröffnung dieser Straße gehen wird, zugegen sein wird, um darauf hinzuweisen, wie wichtig diese Investition war. Davon bin ich überzeugt. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Stangl: Man muß dabei sein!)* Ja, bestimmt, ich bin überzeugt davon. Bürgermeister fehlen nie, richtigerweise, wenn es darum geht, für die eigene

Dr. Zernatto

Gemeindebevölkerung eine wichtige Maßnahme auch ihrer Bestimmung zu übergeben.

Meine Damen und Herren, das waren dazu ganz kurz einige grundsätzliche Bemerkungen von meiner Seite her. Ich möchte mich in die Diskussion über den Fremdenverkehr nicht einmischen. Es hat ja der neue Fremdenverkehrsreferent relativ rasch erkennen dürfen, wie visionäre Vorstellungen, die er in den Raum gestellt hat, eben auch auf sehr unterschiedliche Beurteilung gestoßen sind. Etwas vielleicht schon auch noch dazu: Die Politik kann vieles. Sie kann Rahmenbedingungen schaffen; sie kann Infrastrukturen schaffen. Das hat die Politik in Kärnten unter Hilfe aller hier herinnensitzenden Fraktionen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten auch immer wieder wahrgenommen. Aber die Politik kann eines nicht: die unternehmerische Aktivität bereitstellen. Das müssen die Unternehmer selbst tun. Und Gott sei Dank gibt es in diesem Lande viele, die diese Aufgabe wahrnehmen und die dieser Aufgabe auch gerecht werden. Deshalb gibt es, gerade was den Tourismus anlangt, in Kärnten auch sozusagen keine Einheitssituation, sondern es gibt Regionen und es gibt Segmente des Tourismus in diesem Land, die sich ganz anders entwickeln, als die allgemeine Diskussion läuft. Trotzdem - und das sollte in dem Zusammenhang auch nicht unter den Tisch fallen - gibt es Rahmenbedingungen auch für wirtschaftliche Tätigkeit, auf die wir weder durch die Politik noch durch unternehmerische Aktivität Einfluß nehmen können. Das ist die Entwicklung der Währungsrelationen gegenüber unseren wesentlichsten Mitbewerberländern. Wenn man weiß, was sich hier in der Relation zu Spanien und zu Italien zum Beispiel getan hat, wird es einfach schwer, mit doch eher ähnlichen Angeboten im Bereich des Sommertourismus diese Nachteile, die sich nicht in Kärnten, sondern in der internationalen Entwicklung ergeben, auch auszugleichen. Man soll nicht vergessen, daß das Angebot - Gott sei Dank, sage ich dazu -, auch im Sinne jener, die auf der anderen Seite des Tourismus stehen, nämlich der Gäste, sowohl unserer einheimischen als auch aller anderen, daß es durch die Preispolitik der Fluggesellschaften weltweit einen neuen Konkurrenten für uns seit Jahren gibt, der Fernreisetourismus heißt. Mit diesen neuen Rahmenbedingungen fertig zu werden,

wird nur möglich sein, wenn es uns gelingt, genau jenen Weg fortzusetzen, der im Endeffekt - und das sage ich in dem Zusammenhang auch ganz klar - durchaus auch von Referenten der Freiheitlichen in den letzten zehn Jahren mitgeprägt wurde, begonnen von Ferrari-Brunnenfeld. Dieser Weg ist der Qualitätstourismus, das heißt, klar erkennbare Angebote in klar abgegrenzten Segmenten, die es uns ermöglichen, letztendlich auch zielgenauer unsere Zielgruppe, die Gäste, anzusprechen.

Das ist der Weg, der im Kärntner Tourismus begangen werden muß, es gibt keinen anderen. Alles andere ist Schönfärberei, wenn man glaubt, durch schön angelegte pathetische Worte Veränderungen herbeiführen zu müssen. Nur eines in dem Zusammenhang auch noch an den neuen Tourismusreferenten gerichtet. Es war nicht ganz einfach, einen Professor Kropfberger dazu zu gewinnen, im Rahmen des Marketingbeirates der Kärntner Tourismusgesellschaft hier Bereit zu sein als Moderator und Vorsitzender, als den ich ihn delegiert habe, hier konstruktive Arbeitsgruppen ins Leben zu rufen, wo die Vertreter der Regionen letztendlich unter wissenschaftlicher Begleitung Zukunftskonzepte hätten erarbeiten sollen. Der erste Schritt des Tourismusreferenten ist, eine solche Meinung, weil sie vom Repräsentanten einer anderen Partei getroffen wurde, sofort wieder in Frage zu stellen, ohne auch nur den Kontakt mit mir aufzunehmen und sich zu erkundigen, was die Motivationen dafür waren, so halte ich das für fahrlässig. Das sage ich auch ganz klar und sicherlich nicht angetan, die Zukunft des Tourismus in Kärnten in besonders neue Bahnen zu lenken. Ich hoffe, daß die jetzt wieder neu etablierten Arbeitskreise wieder neue Konzepte erarbeiten werden, die im Vergleich mit dem ohnehin vorhandenen das bestätigen werden, was da drin steht. Ich kenne kein Konzept, in dem im Endeffekt etwas anderes darin gestanden wäre als in den vorher gegangen. Denn es reduziert sich immer darauf, daß wir in Kärnten zwei Probleme haben. Das eine ist die magere Eigenkapitalausstattung der Tourismusbetriebe insgesamt und diese hat wiederum in der Wurzel in der schwachen Auslastung, was die Vollbelegstage anlangt. Daher heißt das Rezept im Konzept immer wieder: Saisonverlängerung.

Dr. Zernatto

Das ist auf einen sehr einfachen Nenner gebracht die Möglichkeit, die zur Verfügung steht. Daher bin ich überzeugt davon, daß, wenn es uns gelingt, hier konstruktiv zusammen zu arbeiten, der Tourismus eignet sich ohnehin nur sehr bedingt für politische Kampfmaßnahmen, daß es dann gelingen wird, etwas weiterzubringen. Aber, wie gesagt, das wird nur dann möglich sein, wenn man auf die paar wenigen in unserem Lande zugreift, die konstruktive Beiträge aufgrund ihrer Erfahrung, aufgrund ihrer bereits erbrachten Leistungen hinweisen können.

Eine kleine Bemerkung damit auch noch zum Tourismus. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, insgesamt komme ich damit aber wieder zurück und zum Schluß, was den Rechnungsabschluß 1993 anlangt. Auch hier kurz zusammengefaßt: Es ist aus nahezu allen Reden, sogar aus jenen der Opposition hier hervorgegangen, daß grundsätzlich kaum eine der getroffenen Maßnahmen, die mit diesen Budgetmitteln bewirkt werden konnten, nachhaltig kritisiert worden. Es steht außer Streit, daß alles notwendig war, was stattgefunden wurde. Das einzige, was kritisiert wurde, war die Wirtschaftsmilliarde, die wir zum Einsatz gebracht haben und hier hat Klubobmann Hofer sehr deutlich nachgewiesen, daß die damit verbundenen Hoffnungen nicht nur erfüllt wurden, sondern daß es eine nachhaltige Wirkung weit über den wirtschaftsbelebenden und damit arbeitsplatzbelebenden Zweck hinaus gehabt hat, vor allem im Bereich der Bauwirtschaft und damit der Schaffung von Wohnungen in diesem Lande. Ein Zwischenruf des Klubobmannes Strutz, der meine Anwesenheit vermißt hat, obwohl ich ohnehin im Saale war und der jetzt selbst nicht ist, veranlaßt mich zu sagen, er hat zuerst in seiner Rede kritisiert, daß hier Geld aufgewendet wurde für ein Wohnbausonderprogramm, das in Kärnten seinesgleichen sucht. Und wie dies ihm vorgehalten wurde von Klubobmann Ambrozy, hat er gesagt, wir haben zu wenig Wohnungen. Meine Damen und Herren, diese Argumentation richtet sich von selbst. Das eine sich zu wünschen, ohne die Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, das ist etwas, was im Wunschtraumbüchlein stattfinden kann aber nicht in der Realpolitik Kärntens. Danke vielmals. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Mit der Feststellung des Rechnungsabschlusses für 1993 haben wir hier und heute Gelegenheit, den Vollzug des Budgets 1993 und die damit abgelegten Absichtserklärungen nunmehr nachträglich zu bewerten. Was wurde für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger erreicht, wie wurde das Steuergeld eingesetzt? Lassen Sie mich aus parteiunabhängiger Sicht skizzenhaft aber doch grundsätzlich und mit Schwerpunkt Blick in die Zukunft tun.

Ich beginne mit der Schuldenentwicklung. Die selbstauferlegten Vorgaben sind bei weitem nicht erfüllt worden. Ich zitiere dazu den Klubobmann Hausenblas anlässlich der Budgetdebatte am 9. Dezember 1992: "Eine Ausweitung des Budgetrahmens für 1993 kommt für die Sozialdemokratische Fraktion des Kärntner Landtages nicht in Frage, da die Ausweitung der Neuverschuldung an die äußerste Grenze des gerade noch vertretbaren bereits im Vorfeld der Budgetverhandlungen erfolgte." Die traurige Tatsache heute: die Schulden sind nicht nur gestiegen, sie sind explodiert. Ich frage Sie, wo bleibt hier die Vorbildwirkung, außer das Land Kärnten orientiert sich am Bund. Diese Schuldenpolitik hat aber insbesondere auch eine große Bedeutung und unübersehbare Auswirkungen auf unsere Gemeinden. Die leidenschaftlich geführten Diskussionen um die Bedarfszuweisungen allein in dieser noch jungen Legislaturperiode haben bewiesen, daß Umdenken gefragt ist, ja ein Gebot der Stunde ist. Das notwendige zuerst, das angenehme danach. Helfen wir doch den Gemeinden bei zukunftsweisenden Projekten. Unterlassen wir aber die Unterstützung sinnloser, teurer und unfinanzierbarer Prestigeobjekte.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen das auch als kleiner parteiloser Gemeindemandatar, für den es ganz leicht wäre, zu fordern, mehr zu fordern. Aber ich halte Verantwortung, auch politische Verantwortung, nicht nur für eine Charaktersache, sondern auch für unteilbar.

Nun ein Wort zur Kultur, speziell zum Stadttheater Klagenfurt. Auch ich bekenne mich zum Theater für alle Kärntner, wie es so schön heißt, aber, und Klubobmann Dr. Strutz hat es bereits gesagt, es kann nicht so sein, daß es

Dipl.-Ing. Gallo

quasi eine Automatik bei der Abgangsdeckung gibt und geben muß. Sehen wir uns doch einmal an, woher auch dieser Abgang kommt. Ich zitiere zuerst den Herrn Intendant Pfliegerl aus dem Jahresheft 92/93. Er hat hier geschrieben: "Die Zeit ist reif - stilistisch wie inhaltlich - für ein Theater, das sich selbst beschränkt." Und dann weiter unten: "Es geht um das Erkennen von unzähligen Wahrheiten." Ich werde Ihnen ein paar dieser kleinen Wahrheiten aufzählen. Das Jahr 1993, darum geht es mir, hat mit einem Skandal begonnen und wie in der weisen Voraussicht, stand in der Ankündigung zum Stück von Lina Wertmüller mit dem bezeichnenden Titel "Liebe und Anarchie" folgendes: "Lina Wertmüller bereitet dem Publikum intellektuelle Wechselbäder." Der Herr Intendant hat selbst dafür gesorgt, er ist erst kurz vor der Premiere, wenige Tage davor draufgekommen, daß er es nicht verantworten kann, dieses Stück zu spielen. Entweder ist das eine Bevormundung des Publikums oder er ist sich seiner Aufgabe als Intendant nicht bewußt gewesen und zu spät draufgekommen. Er hat großes Pech gehabt, denn das Ersatzstück war ein Einpersonenstück, ich werde Ihnen den Namen verraten: Der Kontrabaß. Wie ich überhaupt feststellen muß, ohne am Spielplan Kritik zu üben, daß Einpersonenstücke ganz groß im Kommen sind, zu einer Spezialität des Stadttheaters zu werden scheinen. (*Zwischenruf aus der ÖVP-Fraktion: Wie bei der FPÖ-Fraktion!*) In einer der nächsten Vorstellungen ist der einzige Darsteller, der Hauptdarsteller, so "pünktlich" von Wien abgereist, daß die Vorstellung verschoben werden mußte. Der Herr Intendant hat alle im Publikum auf ein Glas Sekt eingeladen, es hat gedauert, es sind mehrere geworden. Ich frage mich, wie kommt der Steuerzahler dazu, so etwas zu bezahlen? Ich gehe davon aus, daß der Herr Intendant das nicht aus seiner Tasche berappt hat. (*Abg.Dr.Ambrozy: Das hat die Frau Springer gezahlt!*) Das ist schon möglich. (*Abg. Mag. Trunk: Du bist nicht informiert!* - *Abg.Dr. Ambrozy: Ihr macht Etikettenschwindel!*) Nein, ich mache keinen Etikettenschwindel. Ich komme jetzt zu weiteren Wahrheiten des Stadttheaters und ich erlaube mir, die Ihnen Herr Dr. Ambrozy sicherlich nicht sehr fern stehende Kärntner Tageszeitung zu zitieren, denn das Jahr

1993 ist im Herbst so weitergegangen, wie es im Jänner begonnen hat. Es gab das Stück "Kabale und Liebe" (*LH Dr. Zernatto: Eine hervorragende Inszenierung!*), das ist durchaus möglich, aber ich frage ich Sie, Herr Landeshauptmann .. (*Abg.Dr. Ambrozy: Herr Ingenieur, waren Sie in diesem Stück?*) .. Ja. (*Abg.Dr.Ambrozy: Wann denn?*), ich bin nicht hier heraußen, um Ihnen Interviews zu geben, aber ich kann Ihnen das gerne irgendwann einmal erzählen. (*Abg.Dr.Ambrozy: Ihr wollt das Stück von der Farbe und vom Blinden erzählen!*). Die KTZ und der Reporter hat sich darüber alteriert, daß in dieser Inszenierung dutzende Mutter-Gottes-Statuen zerschlagen worden sind und hat das eine "rabiante Religionsverspottung" genannt. Die Antwort des Intendanten ist oder war: "Schauen Sie, dazu ist das Theater da." Ich sage das deshalb, Herr Landeshauptmann, ich danke für Ihren Einwurf und bitte Sie, mir dann das auch zu beantworten: Wir leben jetzt in einer Zeit, in der sich alle möglichen Menschen in diesem Land alterieren über Friedhofschändigungen. Wenn hier eine aus öffentlichen Mitteln geförderte Anstalt mit solchen Beispielen vorangeht, ohne in künstlerische Bereiche eingreifen zu wollen... (*LH Dr. Zernatto: Das macht Ihr immer, Ihr wollt die Zensur!*) .. das hat nichts mit Zensur zu tun, der Zusammenhang ist einfach da. Und wenn der Herr Pfliegerl sagt, "Skandale sind mir absolut willkommen, denn da scheiden sich die Geister, da werden Emotionen aufgewühlt", so ist das ein sehr weit ausgelegter Kulturbegriff.

Erlauben Sie mir auch noch ein Wort zum Sport. Ich verstehe, daß der Herr Altlandessportreferent keine Freude mit verschiedenen Erscheinungen auf dem Sportsektor jetzt hat. Nicht nur damit, daß sich sein Nachfolger offensichtlich auf seine Kosten zu profilieren versucht und auch das, was durch den Einsatz von Landesmitteln wirklich erreicht worden ist, kann nicht befriedigen. Ich bitte aber um Verständnis, daß ich hier Wahrheiten ausspreche. Denn wenn wir wieder so weit sind, daß sportliche Leistungen praktisch nichts mehr zählen, daß mit Liebesentzug geantwortet wird, wenn in der Öffentlichkeit Tatsachen mitgeteilt werden oder wenn ein Sportfunktionär eines Sportvereines nicht im Sinne von Parteilinie funktioniert, der Verein bestraft wird ...

Dipl.-Ing. Gallo

(*Abg.Dr. Ambrozy: Nennen Sie doch ein Beispiel! Was soll der Quatsch, den Sie herumzählen?*) .. das ist alles in Paternion, fragen Sie Ihre Funktionäre. Ich werde Ihnen sagen, warum ich das erwähne. Da wird die Weiterbenützung eines Turnsaales, obwohl Sportler vom Europa über den Staatsmeister bis zum Knirps dort trainieren, verweigert. Und, da wird der langfristig abgeschlossene Pachtvertrag mit dem Sportverein durch das Gericht zu kündigen versucht. Das sind Entscheidungen, die man nicht unkommentiert stehen lassen kann. Und dann springt das Land ein, mit Geld, um hier eine Befriedung zu erreichen. Das kann nicht Sportförderung sein!

Meine Damen und Herren, ich wäre ein schlechter Umweltsprecher, würde ich das Kapitel Umwelt hier in diesem Haus nicht kommentiert lassen. Die Debatte schon bei der Budgeterstellung hat einen sehr weiten Raum eingenommen und ich verweise auf die Ausführungen dazu vom Herrn Abgeordneten Dr. Kaiser, die für mich von hoher Qualität waren und ich bedaure es deshalb, daß er nicht mehr diesem Landtag angehört. (*LH Dr. Zernatto: Das ist richtig! - Abg.Mag. Trunk: Bitte tu Du meinen Freund Kaiser nicht beleidigen!*) Es ist traurig, daß es seine eigenen Freunde verhindern, daß er nicht hier sein kann. Nun, was ist aus diesen Vorschlägen, aus diesen Ankündigungen geworden? Ich nehme exemplarisch ein Beispiel aus den Erläuterungen zum Rechnungsabschluß, die Voranschlagsposition 51219 "Umweltmedizinische Untersuchungen". Es sind etwa 1 Million Schilling veranschlagt worden und die Erläuterungen sagen dann, die Realisierung geplanter Maßnahmen, dazu werden Rückstandsuntersuchungen in Lebensmitteln, Öffentlichkeitsarbeit etc. angeführt, erfolgte im Jahre 1993 nicht im erwarteten Ausmaß, auch wurde die 10 Prozent-sperre auf Ermessenskredite wirksam. Wenn man sich das genau anschaut und die Prozentrechnung nachvollzieht, wird es schon schwieriger: 120.000 Schilling sind in das neue Haushaltsjahr 1994 genommen worden, 100.000 Schilling sind 10 Prozent Kreditsperre und 100.000 Schilling sind verbraucht worden, sodaß 680.000 Schilling ungenützt geblieben sind. (*Abg.Dr. Ambrozy: Ein echter Skandal!*) Mit großer Freude habe ich heute feststellen müssen, daß der Herr Landtagsabgeordnete

Schiller einen Antrag eingebracht hat, der einen Umweltvertrag zum Ziel hat. (*Abg.Dr.Ambrozy: Das habt Ihr bis jetzt verhindert!*) Er hat damit bewiesen, daß er das in all den Jahren selbst nicht zustandegebracht hat und ich sehe das als Vertrauensbeweis dem neuen Umweltreferenten gegenüber, daß er das machen soll. Ich möchte aber trotzdem, Herr Abgeordneter Schiller, etwas sagen. Für mich waren Sie der erste Umweltreferent dieses Landes, der den Anspruch Umweltreferent zu tragen, auch verdient hat. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Ich wollte Ihnen das bei einer Anfragebeantwortung sagen. (*Abg.Mag.Trunk: Sie haben keine Qualifikationen zu geben!*) Also, Frau Magister Trunk, ich bin kein Absolvent der Bildungswissenschaften, aber das dürfen Sie mir schon noch zugestehen, daß ich weiß, was ich spreche. (*Abg.Mag. Trunk: Jetzt kommt ein Aber!*) Nein, jetzt kommt kein Aber. Noch etwas, ich möchte auch das nicht im Raum stehen lassen, das, was vorher sehr positiv für unser Land war, war die Seensanierung. Ich möchte auch das nicht unerwähnt lassen.

Ich möchte noch etwas sagen, wenn wir schon bei Lob sind. Ich möchte die Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt- und Gemeindepolitik doch bitten, ehestens mit den Sitzungen des Ausschusses zu beginnen. Der Sommer ist eine gute Gelegenheit dazu, denn ich glaube, wir stehen vor so großen Aufgaben und wir sollten uns so umfassend informieren, daß es höchst an der Zeit ist, daß es auch hier zu einer effektiven Arbeit kommt.

Ich möchte Ihnen in ein paar Stichworte die Umweltpolitik noch etwas erläutern. Die Bezirksmülldeponie Villach ist mittlerweile eine unendliche Geschichte. Sie zieht sich durch die Jahre hindurch und ich hoffe, daß wir jetzt wirklich vor dem Abschluß dieses Problems stehen. Ich möchte positiv herausstreichen, auch die Sanierung des Industriestandortes Arnoldstein und auch aufzeigen, daß es hier eine sehr wohl parteiübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Referenten Schiller und Freunschlag gegeben hat. Auch das sollte man, wenn man von Umwelt spricht, nicht unerwähnt lassen. Die zentrale Frage unseres Trinkwassers erfordert unser aller Aufmerksamkeit und ein Punkt, der mir als Drautaler sehr am Herzen liegt und wo

Dipl.-Ing. Gallo

ich meine, daß wir Gefahr laufen, uns etwas zu verrennen, ist die geplante Kraftwerkskette bei Spittal an der Drau.

Ich glaube, es wäre wert, diese jetzt als Öko-Variante verkaufte Zweistufenlösung auch einmal auf Herz und Nieren, auf ihre Umweltverträglichkeit zu überprüfen. Denn die Argumente, die immer wieder ins Treffen geführt werden, sind einfach nicht stichhaltig. Schauen wir uns den Bezirk Spittal an der Drau an. Dort ist sicher eines der höchsten Energieaufkommen in ganz Österreich zu finden. Doch die wirtschaftliche Prosperität hat damit gewiß nicht Schritt gehalten. Auch die Arbeitslosenzahlen in diesem Bezirk sprechen eine ganz andere Sprache.

Auch rein vom Sicherheitstechnischen erlaube ich mir doch die Bemerkung, daß gerade dort, wo es um Hochwasserschutz geht, nämlich im Stadtgebiet von Spittal an der Drau, eine Anhebung des Wasserspiegels erfolgen soll, während dort, wo es um die Bewässerung, um den Wasserhaushalt für die Landwirtschaft geht, eine massive Einsenkung erfolgen soll. Also das Ganze ist nicht sehr ausgewogen.

Wenn wir von Umweltpolitik reden, müssen wir auch darauf hinweisen, daß die letzte Steuerreform, mit der Besteuerung von Arbeitskraft, nicht das Gelbe vom Ei gewesen sein kann und daß wir uns, glaube ich - ob wir wollen oder nicht -, langsam aber sicher in Richtung Ökosteuern bewegen werden müssen.

Die Fragen der Luftreinhaltung, verbunden mit Entsorgungsfragen, werden unsere ganze Aufmerksamkeit beanspruchen. Daß die Entsorgung erleichtert werden kann, erfordert unser aller Mitwirkung. Das schöne Wort heißt: "Global denken - lokal handeln". Und ich füge hinzu: Bei sich selbst beginnen! Die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand ist dabei unübersehbar. Ich glaube, daß wir alle einen Beitrag dazu leisten müssen. Ich habe hier einen Antrag vorbereitet, der einmal einen kleinen Schritt bedeutet, nämlich den Verzicht des Landes bei öffentlichen Auftragsvergaben auf die Verwendung von PVC. Ich darf Ihnen, Herr Präsident, diesen Antrag überreichen. *(Der Redner übergibt den Antrag an den Vorsitzenden. - Vorsitzender Dritter Präsident Dkfm. Scheucher: Dankeschön!)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit wirklich nicht über Gebühr beanspruchen und komme aus meiner Sicht zum Gesamtergebnis: Wenn die Erstellung eines Budgets die Kunst ist, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen, so ist der Rechnungsabschluß wohl die Auflistung dieser Enttäuschungen und auch die Bestätigung durch enttäuschte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Auch ich bin schwer enttäuscht. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wissounig. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Ing. Wissounig** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz zu zwei Bereichen Stellung nehmen und meine Ideen miteinbringen: zu den Bereichen "Wohnbaupolitik", mit der dazugehörigen "Raumordnung".

Wohnen - wir haben heute schon viel darüber gehört - ist wichtig. Wir brauchen dazu auch die notwendige Raumordnung. Keine Entwicklung ohne räumliche Ordnung. Die Möglichkeit haben wir darin im Ordnungsprogramm, in der sogenannten Raumordnung. Der derzeitige Entwicklungsstand: Es ist noch großer Bedarf an Raumordnung und auch noch ein großer Bedarf an Wohnungen. Die Baulandanalyse muß in Zukunft bodensparender sein. Es muß ein Leitbild und ein sogenanntes Entwicklungsprogramm erstellt werden, damit die Zersiedelung besser eingeschränkt wird. Wie heute schon gesagt wurde, geht es auch um die Flächenwidmungspläne. Es gibt eine ganze Menge an Gemeinden, die Flächenwidmungspläne haben, die über 30 Jahre alt sind. Das ist, glaube ich, in der heutigen Zeit sehr wichtig, damit wir schauen, daß diese Flächenwidmungspläne erneuert werden - obwohl das für die jeweilige Gemeinde nicht immer zum Vorteil ist, wenn man gewisse Wünsche erfüllen will.

Ing. Wissounig

Die derzeitige Prognose, wenn ich nur einmal von den Bezirken Feldkirchen und St. Veit spreche, dort habe ich es genau erhoben, ist folgend: Wir haben eine Entwicklung an zusätzlichen Wohnungen bis zum Jahr 2000 allein in Feldkirchen mit rund 2.000 Wohnungen. Das ist sehr viel. Im Bezirk St. Veit sind es rund 3.000 Wohnungen. Der Bezirk Feldkirchen ist im Hinblick auf die Bevölkerungszunahme der stärkste Bezirk. In letzter Zeit waren das über 5 %. Durch die Erhöhung der Anzahl der Privathaushalte und der Verkleinerung der Haushalte ist es notwendig, daß mehr Wohnraum geschaffen wird. Der Schwerpunkt für die neue Wohnbaupolitik und Raumordnung muß sein, neue Rahmenbedingungen für eine ressourcenschonende Wohnbautätigkeit zu schaffen. Raumordnung ist ja steuerbar. Ich glaube, wir müssen die in Zukunft steuern. Auch eine Forcierung und Aufwertung der verdichteten Bauweise ist notwendig. Wir können nicht, so wie bisher, unsere Gepflogenheiten beibehalten. Es muß in Zukunft eine konsequente Ordnungsplanung vonstatten gehen. Es muß der Geschoßwohnbau Vorrang vor den Einfamilienhäusern haben. Vorrang muß auch die verdichtete Bauform haben. Es sind Forderungen für die Zukunft: Zusätzlicher Wohnraum und Wohnbau! wir haben einen Antrag dazu vorbereitet und bereits eingebracht. Es müssen mehr jugend- und familiengerechtere Wohnungen gebaut werden. Die Aufrechterhaltung und Erweiterung des sozialen Wohnbaues ist notwendig; die Forcierung einer grund- und bodensparenden Bauweise, wie schon zu Beginn gesagt, die Errichtung von Eigenheimen; weiters die Schaffung von Wohnraum in erhaltungswürdigen und bisher nicht zu Wohnzwecken genutzten Objekten; Revitalisierung und damit gleichzeitig Erhaltung der natürlich gewachsenen Ortskerne sowie die Vermeidung von Zersiedelung. Es sind im Altstadtbereich sehr viele Wohnungen und Dachgeschoße, die derzeit noch ausgebaut werden könnten und somit auch bodensparende Objekte wären. Die begünstigte Rückzahlung der Wohnbaudarlehen, wie es bisher war, soll auch beibehalten werden. Abänderungsanträge sind von uns bereits eingereicht.

Ich möchte mich für die vorausschauende Finanzpolitik unseres seinerzeitigen Referenten

Ambrozy bedanken, der die notwendigen eingepflanzten Mittel im Budget bereitgestellt hat. Ich möchte mich auch zu diesen Bereichen bei Schiller und Unterrieder für ihren Einsatz in der Raumordnung, in der Wohnbaupolitik und bei der Orts- und Regionalentwicklung, die heuer fünf Jahre alt wurde, bedanken. Ich möchte mich auch für die Unterstützung bedanken, die mir bei der Verwirklichung der Projekte für den Bezirk Feldkirchen zugesagt wurde. Es ist schon angesprochen worden: Der Ankauf des Stiftes Ossiach; Erweiterung des Schulzentrums, des Bundesschulgebäudes in Feldkirchen; die Sanierung der Berufsschule; die Seensanierung, die schon gemacht wurde, aber trotzdem auch weiterhin notwendig ist. Ich bitte dabei wirklich um Unterstützung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Trunk. Ich bitte sie, das Wort zu ergreifen!

Abgeordnete Mag. **Trunk** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Weil ich den Usus in dem Hohen Hause schätze, daß Jungfernreden, auch wenn sie von Männern gehalten werden, möglichst nicht unterbrochen werden, fühle ich mich doch verpflichtet, mich genau deshalb zu Wort zu melden, *(Abg. Krenn: Haltest du heute auch die Jungfernrede? Oder?)* und zwar nehme ich für ganz kurze Passagen meiner auch nur kurzen Ausführungen in Anspruch, daß ich mich nicht, wie zum Nachtragsvoranschlag eigentlich vorgesehen, zu Budgetansätzen zu Wort melde, sondern zu Grundsätzen, die dahinter versteckt sind.

Zum ersten, Herr Abgeordneter Gallo, ich rechne Ihnen zugute, daß Sie ein sogenannter freier Abgeordneter sind und daher auch weder mit FPÖ-Politik, noch mit SP- noch mit ÖVP-Politik sich in der Vergangenheit beschäftigt haben. Aber Ihr Vorwurf "Schuldenpolitik der Vergangenheit" geht völlig ins Blitzblaue. Denn die Anträge der FPÖ in der letzten Periode - und

Mag. Trunk

das ist ein Qualitätsunterschied; es gibt Klubs, die sich auch mit den anderen Parteien budgetär befassen -, jene Anträge, und zwar ich vermerke, nur die Anträge, die nicht, Sie gestatten mir die Bemerkung, die nicht sogenannte Kübelanträge waren, nämlich jene Ihrer Partei, die ohnehin in der Vergangenheit schon erfüllt wurden, haben 3 Milliarden umfaßt. Und das bezeichne ich als sogenannte Kübelanträge. 3 Milliarden! (*Abg. Krenn: Da hast du aber schlecht gerechnet. Du hast einen schlechten Taschenrechner gehabt!*) Fragen Sie den Klubobmann der SPÖ, und Sie werden wissen, was Sie gefordert haben. Kübelanträge, um das nicht einfach disqualifizierend so dahinzusagen, sind jene: Ich erinnere mich wirklich als Pädagogin peinlicherweise an den Antrag der FPÖ, der gelautet hat: "Einführung des Unterrichtsprinzips 'Politische Bildung' an unseren Schulen." Dieses Unterrichtsprinzip gibt es mittlerweile schon seit 15 Jahren an allen österreichischen Schulen. Nur damit Sie wissen, was ich als einen sogenannten Kübelantrag bezeichne.

Dann zu Ihren Kulturausführungen: Ich muß schon sagen, ich bedauere, daß Sie sich mit keinem Posten und keiner Ziffer weder des aktuellen Budgets, noch des Nachtragsvoranschlages noch des Stadttheaterbudgets befaßt haben. Aber Sie werden irgendwo einmal die Unterlagen bekommen; spätestens, wenn ich im Stadttheaterausschuß sitzen werde. Dann stehen sie mir auch zu. Dann übergebe ich sie Ihnen. Aber Sie hätten eine Qualität vorzeigen können: Sie hätten zumindest die Zeitungen lesen können. Dann hätten Sie bei Amtsantritt Ihres vormaligen Altlandeshauptmannes Jörg Haider in allen, nicht nur in den Kärntner Medien lesen können, daß er bei seinem Amtsantritt durch das Stadttheater gehend und auf irgendwelche, nicht nur spinnwebenversehenen, (*Abg. Krenn: Da war der Pflegerl noch nicht Intendant!*) sondern etwas verkommenen Fassaden gezeitigt und gesagt hat: "Ein Skandal, dieses Stadttheater; und die geringe Budgetierung", aber er wußte nicht, wovon er sprach "ist ein Beispiel für typische Sozi-Kulturpolitik." (*Abg. Krenn: Da war Ihr Parteisekretär Pflegerl noch nicht anwesend!*) Und ich frage mich: Wogegen richtet sich Ihre Kritik, wenn jene Investitionen, die Ihr vormaliger - nein, Parteiobmann ist er ja noch - Landeshauptmann, Altlandeshauptmann

Jörg Haider, als verkommene Sozi-Kulturpolitik bezeichnet hat. (*Abg. Schretter: Völlig falsch zitiert!*) Und Sie beschwerten sich heute, daß zuviel ausgegeben worden ist. Das heißt, das ist eine ganz konkrete Kritik an der Kritik Ihres nochamtierenden Parteivorsitzenden. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Punkt 2: Zur Automatik der Abgänge - ich beschäftigt mich doch auch ein bißchen mit Zahlen - muß vermerkt werden, daß Sie bei der Automatik der Abgänge einen Zugang überhaupt nicht vermerkt haben. Das waren nämlich konkret 10 Millionen des Bundes für erfolgreiche - nicht Theaterpolitik - Theaterarbeit. Das sind 10 Millionen, geteilt 5 Millionen Land, 5 Millionen die Stadt. Das erleichtert vielleicht unser Land- oder Gemeindegeld etwas.

Zu den Einsparungspotentialen weiter: Da klammere ich jetzt wirklich die Rede der Frau Abgeordneten Kreuzer ganz aus, denn ich nehme ich es ab. Ich habe auch nicht jenes vorausseilende Mißtrauen, daß ich ihre Wortmeldungen mit jenen seinerzeitigen kulturpolitischen Wortmeldungen der Abgeordneten Wintermann gleichsetze, denn nach drei Jahren hat sie leider auch anders gesprochen. Aber ich weiß, daß sie mehr Rückgrat und einfach Durchsetzungsvermögen haben wird. (*Lärm in der FPÖ-Fraktion*) Es ist zu vermerken: Holen Sie sich, Herr Abgeordneter, keiner Partei zugehörig, das Budget 1990 und die kulturpolitischen Ansätze des Jörg Haider von damals. Da gab es nämlich eine rigorose Streichung und sogar dessen, was man so traditionelle Volkskultur nennt. Da haben Sie irgendwelche Budgetposten vergessen. Da war nichts Avantgard, sondern auch ganz traditionelle Volkskultur. Das heißt, der Budgetansatz 1990 ähnelt verdammt jenem, der da im Nachtrag zu irgendwelchen Unterverhandlungen bei der seinerzeitigen Koalitionsvereinbarung getroffen wurde. Dann gehe ich in die Niederungen der Punkte, weil ich brauche nicht zu demonstrieren, daß ich ins Theater gegangen bin. Aber Sie haben ja schon das letztmal bemerkt, daß Sie ein Theaterabo haben. Ich gehöre nicht zu jenen, die nachfragen, ob Sie auch wirklich eines haben. Aber Sie konnten natürlich die Lina Wertmüller-Produktion nicht sehen. Da muß ich sagen:

Mag. Trunk

Erstens einmal, die Absetzung. Sie haben nicht einmal den Spielplan gelesen, denn es war nicht zwei, drei Tage vorher oder am selben Abend, sondern beträchtliche Zeit vorher. Ich muß auch eines sagen, und das gilt für einen Politiker wie für einen zuständigen Intendanten: Besser eine Absage als ein produzierter und voraussehbarer Flop. Denn das würde man als Fahrlässigkeit und nicht als Zensur bezeichnen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Es ist 17.15 Uhr, und Sie schlafen schon!*)

Der nächste Punkt ist, wie haben Sie gesagt, die Automatik der Abgänge. Sie haben einen Budgetposten im Theaterbudget auch übersehen: Daß es in den letzten Jahren - ich weiß nicht, in welchem Zeitraum - zu einem Zuwachs von 40 % gekommen ist. Da kann ich von Automatik kaum reden. Dann haben Sie "Kabale und Liebe" zitiert. Ich weiß, das hätte in Kärnten für Aufregung gesorgt; vielleicht hoffentlich auch in Wien. Aber mich als Kärntnerin freut es, daß "Kabale und Liebe" halt einfach seit Monaten in Frankfurt Jubelerfolge feiert. Eigentlich sollten wir als Kärntner stolz sein, daß Kärntner Produktionen im deutschsprachigen Ausland - und das ist auch ein Kritisches, wie ich hoffe - Erfolge feiert. (*Landeshauptmann Dr. Zernatto aus der ÖVP-Abgeordnetenbank: Das südlichste Theater des deutschen Sprachraums ist unser Theater!*) Ja.

Und zum nächsten ganz grundsätzlich: Wenn sich Land und Stadt dazu bekennen - egal, wo immer - einen Zuständigen, in diesem Fall einen Intendanten zu bestellen, dann lege ich größten Wert darauf, daß dieser Intendant auch für den Spielplan und die Produktionen verantwortlich zeichnet. Und ich verwahre mich, daß irgendwelche selbsternannten oder auch gar nicht ernannten Kulturpolitiker die Spielpläne erstellen. Denn ich weiß nicht, von welcher Freude ich getreten wäre, wenn ich den Spielplan des Herrn Abgeordneten Gallo vor mir sehe.

Dann sprechen Sie von politischer Verfolgung im Bereich des Sports. Mir scheinen die Sportler sehr frei, und keiner rennt da verfolgt durch das Land. Aber das kann ich nicht überprüfen. Aber wenn Sie von politischer Verfolgung sprechen, dann erinnere ich, daß es eine Partei war, die FPÖ hieß und wahrscheinlich noch immer heißt,

die damals, als irgendein Intendant sich bei der Aktion "SOS-Mitmenschen" beteiligt hat - wie ich weiß, eine überparteiliche; es haben sich wahrscheinlich auch FPÖ-Menschen beteiligt, die sich der Humanität verschrieben haben - die Absetzung dieses Intendanten beantragt hat. Das nenne ich ganz konkrete politische Verfolgung.

Zum nächsten Punkt, zu dem Lob. Und irgendwo ist Herbert Schiller wirklich mein Freund. Unqualifizierte Lobhudeleien kann ich mir einfach schwer anhören. Der jetzige Umweltreferent mußte oder durfte diesen Bericht, und das ist wirklich ein grünes Bevier, sechs Jahre erfolgreiche Arbeit des Landesrates Herbert Schiller, präsentieren. Ich würde einfach sagen: Lesen Sie sich das einmal durch. Ich weiß schon, das dauert sicher über den Sommer, wäre aber eine gute Beschäftigung, und dann können Sie das nächstmal ein qualifiziertes Lob über die Amtstätigkeit des Abgeordneten Schiller aussprechen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Unterrieder. Er möge sprechen, bitte!

Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, wir sollten die Debatte zum Rechnungsabschluß dazu verwenden, daß wir nicht ständig, so wie vor Wahlen, miesmachend durch die Gegend diskutieren, sondern ... (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Gallo*) Herr Abgeordneter Gallo, ich habe Ihnen sehr geduldig zugehört, Ihren Äußerungen genau gelauscht. Sie sind der Anlaß, weshalb ich mich zu Wort gemeldet habe: um in die Debatte eine bessere Struktur zu bekommen, wenn es um die Realisierung der Probleme geht, die die Menschen in unserem Lande beschäftigen. Es wird wenig helfen, wenn man alles schlechtmacht. Denn trotz allem wird es auf der einen Seite erforderlich sein, zu sparen - auf der anderen Seite aber doch gewisse Schulden zuzulassen, um eben Einkommensmöglichkeiten,

Unterrieder

Wohnungsmöglichkeiten und Entwicklungen in diesem Lande zu gewährleisten, damit wir in unserer Struktur weiterkommen. Ich sage klar und deutlich, zu Tode rationalisieren ist auch nicht das Wahre, was wir wollen. Wenn man vom Lean-Management jetzt ständig hört, und das aus der Sicht eines Arbeitnehmervertreters, dann kann ich diesen Namen schon fast nicht mehr hören. Es ist alles recht und schön, und man muß in einem Betrieb wirtschaftlich sein, im Lande auch schauen, daß man Positionen verändert, die man verändern kann. Man muß aber im Land auch trachten, daß man weiterhin den Wohnbau fortsetzt und weiterhin eine vernünftige Schulpolitik praktiziert und vieles andere mehr.

Ich komme zur Frage der Einkommenspolitik. Gerade Sie sind auch in einer Berufsgruppe, wo man gewaltig drüberzahlt. Denn ich höre von vielen, daß in Kärnten die schlechteste Einkommenssituation ist; statistisch nachgewiesen. Wir haben zwar derzeit eine gute Beschäftigungssituation und ein Abnehmen der Arbeitslosenzahlen, aber wir haben in unserem Bundesland immer noch eine Einkommenssituation, die uns als Sozialdemokraten nicht zufriedenstellt. Das möchte ich hier einmal klar und deutlich feststellen. Wir sollten hier auch die Frage stellen: Was ist denn die Ursache dafür, daß das Einkommen nicht in dem Ausmaß vorhanden ist, wie wir es gerne hätten, um eine bessere Position aus der Sicht des Bundesländervergleiches einnehmen zu können?

Die Kollektivverträge sind mit geringen Ausnahmen gleich in ganz Österreich. Die Frage des Einkommens ist eine Frage von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt, sprich Aktivitäten im betrieblichen Bereich, wenn es um Ansiedlungen und Erweiterungen bestehender Strukturen geht. Angebot und Nachfrage regeln den Bereich der Bezahlung. Bei der Einkommenssituation in unserem Bundesland bemüht sich die Sozialpolitik um die Einkommensschwächeren. Wir werden dringend aufgerufen sein, das Gemeindeplanungsgesetz zu machen, das Grundverkehrsgesetz und in der Frage der Bodenbank weiter zu kommen, um eben die Voraussetzungen, und das wurde bei der Vorstellung des Konzeptes in der Landesregierung deponiert, die Voraussetzungen zu schaffen, daß wir zusätzli-

che Arbeitsplätze in unserem Lande bekommen. Das muß nicht unbedingt immer eine Betriebsansiedlung sein, das kann auch eine Erweiterung in bestehende Betriebsbereiche in unserem Lande sein.

Ich bin sehr froh, daß wir die Frage der Arbeitnehmerförderung in diesem Landtag beschlossen haben. Es wird aber erforderlich sein, im Nachtragsvoranschlag eine Differenz von 28,8 Millionen Schilling zu beschließen, um all die vorgeschlagenen Maßnahmen des Arbeitnehmerförderungsbeirates, in dem alle Parteien vertreten sind, finanzieren zu können. Für das Budget 1995 wird man für den Bereich der Arbeitnehmerförderung 138,2 Millionen Schilling benötigen. Das ist etwas, wo man sagen kann, das ist eine politische Entscheidung im Landtag. Wollen wir haben, daß man hilft, dann ist es eine Entscheidung für die Menschen, die diese Maßnahmen in Anspruch nehmen können.

Wir werden die Frage der Lehrwerkstätte diskutieren müssen. Ich habe dazu am Montag eine Gesprächsrunde eingeladen. Was ist mit Radenthein? In welcher Form können wir in Radenthein eine regionale oder zwischenbetriebliche, egal, wie sie immer heißen mag, Lehrwerkstätte errichten. Man sollte vielleicht über ein Konzept einer Landeslehrwerkstätte diskutieren. Es ist nicht so bei den Lehrwerkstätten, unser Klubobmann hat das bereits ausgeführt, daß ein paar nur ein Geld bekommen, sondern es ist eine beträchtliche Zahl von Betrieben, in denen wir Lehrwerkstätten mitfinanzieren. Das ist auch richtig so, damit die Qualität der Ausbildungsbereiche auch paßt. Wir haben die Arbeitsstiftung Gott sei Dank ins Leben gerufen. Eine Einrichtung, die es uns ermöglichen wird, daß wir aus dem Sozialfonds der Europäischen Union, und hier ist ein 100 Millionen Schilling-Anteil für Kärnten zu sehen, die Mittel aus diesem Sozialfonds der EU ansprechen zu können. Es war wichtig, daß wir das gemacht haben. Wir haben in der letzten Sitzung der Arbeitsstiftung im Vorstand festgelegt, und auch vorgelegt, daß es Regionalstiftungen geben sollte, d.h. die Möglichkeit, gemeinsam mit Betrieben oder in einer anderen Form im regionalpolitischen Bereich den Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren

Unterrieder

oder Umschulungen brauchen, hier eine Chance anbieten zu können.

Die Branchenstiftung in unserem Bundesland soll dazu beitragen, daß wir nicht jammern und sagen, alles ist schlecht. Wir müssen Antworten geben durch die Politik. Wie helfen wir unseren Kärntnerinnen und Kärntnern, die in Schwierigkeiten sind - von der Landwirtschaft bis hin in alle Bereiche. Ich möchte das hier deponieren. Die Branchenstiftung ist eine Einrichtung, die dazu beitragen soll, daß die Spediteure, die frei werden, zum Teil durch den Beitritt zur Europäischen Union, eine neue Chance bekommen. Hier geht es um ca. 100 Kolleginnen und Kollegen in unserem Bundesland. Die Frage der Berufsausbildung, der Berufsschulen sind Aufgaben, mit denen wir uns beschäftigen sollen und nicht ständiges Miesmachen. Denn ständiges Miesmachen wird uns relativ wenig helfen, vor allem den Menschen draußen werden nichts davon haben.

Das Gemeindeplanungsgesetz habe ich bereits ausgeführt. Ich glaube, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus, wir sollten gemeinsam versuchen, in einer Zeit, in der alles in Bewegung ist, in einer Zeit, in der wir nach Europa gehen das politische Kleingeld in den Hintergrund zu stellen und gemeinsam zu versuchen, für die Menschen in unserem Lande, und dafür sind wir hier in dieses Parlament gewählt, eine positive Politik zu machen. Wir sollten - die Wahlen sind vorbei, es gibt Nationalratswahlen im Herbst - die Dinge und Probleme in unserem Land versuchen, in den Griff zu bekommen. Das wird sehr wesentlich sein. Auch in der Wohnbaupolitik, wird alles mies gemacht. Man kann natürlich weniger Wohnungen bauen und so weniger Schulden zu machen. Nur die Nachfrage nach Wohnungen ist sicher nicht geringer geworden. Wir haben die vorzeitige Rückzahlungsaktion eingeführt und viele andere Dinge, die eine Wohnbauoffensive ermöglicht haben, wie sie vorher in diesem Bundesland nie gegeben hat. Das hat damit nichts zu tun, daß wir hier unbedingt einen Vaterschaftsprozeß führen wollen, sondern damit, daß der Wohnbau wirtschaftspolitisch eine der wenigen Antworten war für die Beschäftigung. Wenn man Kärnten verglichen hat mit den anderen Bundesländern, dann haben

wir Zahlen gehabt, von denen alle anderen Bundesländer nur träumen konnten. Wenn man sich die Bauwirtschaft angeschaut hat, die Gewerbebetriebe, die aus diesen Offensiven heraus natürlich profitiert haben. Das sind ganz kurz meine Anmerkungen zum Rechnungsabschluß.

Ich glaube, wir sollten das große Polemisieren einmal etwas in den Hintergrund stellen und eine positive Stimmung machen. Aber ich glaube, hier drin sollten wir konstruktiv arbeiten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Ferlitsch** (SPÖ):

Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses! Klubobmann Peter Ambrozy hat am Beginn der Debatte wirklich mit einer Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis den Rechnungsabschluß erläutert und ist auf viele, viele Dinge eingegangen. Ich darf mich daher als Abgeordneter und Bürgermeister auf einige Punkte beschränken. Es ist heute sehr, sehr oft die Gemeindepolitik angesprochen worden. Daher darf ich als Bürgermeister einer kleinen Landgemeinde schon ganz eindeutig feststellen, daß es die Gemeindereferenten und auch das Land Kärnten verstanden haben, die finanziellen Voraussetzungen für uns kleine Gemeinden sicherlich so zu gestalten, daß wir in den letzten Jahrzehnten einen großen Aufschwung erbringen konnten. Ich darf aus meiner Sicht sagen, daß die Gemeinde St. Stefan im vergangenen Jahr eine Prokopfverschuldung von rund 14 Schilling hatte. Ich glaube, diese Zahl sagt alles und trotzdem konnte sehr viel bewerkstelligt werden. Ich darf daher von diesem Rednerpult aus dem Gemeindereferenten der vergangenen Zeit herzlich dafür danken und in Zukunft den neuen Gemeindereferenten Landesrat Dr. Haller bitten, in dieser Art und Weise sein Können und sein Wissen einzusetzen als Bürgermeister, als er auch weiß, wo uns Bürgermeister, speziell für die ländlichen Gemeinden, der Schuh drückt.

Ich darf aber auch sagen, daß die Politik des Landes im Hinblick auf die Gemeinden und in Zusammenhang mit diesem Rechnungsabschluß sehr viel geleistet hat. Wenn ich alleine die Stadtgemeinde Hermagor hernehme, so ist in diesem Bereich und im gesamten Bereich in

Ferlitsch

Kärnten im Tourismus sehr viel passiert. Wenn man weiß, daß die Stadtgemeinde Hermagor, damit die Karnische Region, eine Nächtigungszahl von über einer Million bereits hat und dadurch alleine das Getränkesteuer von vor rund 5 bis 6 Jahren 3 Millionen Schilling auf nunmehrige 12 Millionen Schilling angestiegen ist, so glaube ich, kann man feststellen, daß sich damit eine Gemeinde schon leichter tun kann. Das ist natürlich darauf zurückzuführen, daß das Land es verstanden hat, sicher auch dahingehend zu wirken, daß der Tourismus und das Gewerbe nicht zu kurz kommen. Ich glaube, das muß man einmal feststellen.

Oder zum Beispiel in der Kindergartenförderung war meine Gemeinde immer eine Abgangsgemeinde. Durch die Einführung der erhöhten Kindergartenförderung ist es uns gelungen, das Budget auszugleichen. Ich erinnere mich noch zurück, als wir einen Betrag von 30.000 Schilling bekommen haben. Nunmehr liegen wir fast bei 600.000 Schilling und da tut man sich wirklich wesentlich leichter. Im Hinblick auf den heute erschienen Umweltbericht des Jahres 88 - 94, das ist sicherlich ein Spiegelbild der vorbildlichen Umweltpolitik in unserem Land Kärnten in der Vergangenheit. Ich muß dazu schon eines feststellen, daß es die Umweltreferenten verstanden haben, richtig zu wirken im Sinne der guten Umweltpolitik aber andererseits die Beamten-schaft des Landes Kärnten verstanden haben, die ganzen Vorgaben aus der Politik aus diesem Hohen Haus so umzusetzen, daß sie wirklich zum Tragen gekommen ist und man diesen Bericht heute mit Stolz und Staunen betrachten kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

In diesem Zusammenhang darf ich auch eines feststellen, es freut mich, aus einer Rede ist es bereits herausgekommen, daß nunmehr auch am Standort BBU wirklich neue Schritte gesetzt werden können. Ich darf daher Dir, Herbert Schiller, als damaligen Umweltreferenten und Peter Ambrozy recht herzlich danken, daß ihr diejenigen ward, die diese Situation eingeleitet haben und nunmehr sind wir soweit, daß wir gemeinsam von Seiten der Politik alle Parteien versuchen sollen, gemeinsam diesen Weg fortzusetzen. *(2.Präs.Mitterer: Arnoldstein war der Freunschlag!)* Ich bin überzeugt davon, daß mit dieser Gemeinsamkeit der Standort BBU sicher-

lich mit Erfolg begleitet sein wird, nämlich insofern, weil gerade der Bezirk Hermagor sehr viele Auspendler hat in Richtung Villach und sehr viele Arbeitsplätze im Bereich der BBU verloren gegangen sind. Ich darf daher als Abgeordneter dieses Bezirkes ersuchen, daß man diesen Weg gemeinsam fortsetzt und damit für viele Menschen wieder Einkommen und Arbeit haben soll.

Ich würde trotzdem sagen, daß die Beamten-schaft Kärntens sicherlich versucht ist, ihr bestes zu geben und ich warne davor, daß wir im Hohen Haus die vorzüglichen Beamten beschmutzen. Ich würde daher bitten, daß wir damit sehr sorgsam umgehen und diese Situation positiv sehen im Sinne dieser Beamtenschaft, die wirklich ihr bestes gibt. Es wurden auch im vergangenen Jahr 44 Posten eingespart. Ich glaube, das ist auch ein Zeichen dafür, daß man in diesem Bereich alles sehr, sehr ernst nimmt.

Nun zum Schluß kommend. Es hat mich heute irgendwo sehr betrübt von Klubobmann Strutz, daß er den Landesrat und ehemaligen Finanzreferenten Max Rauscher angegriffen hat. Es ist unfair, jemanden anzugreifen, wenn er nicht mehr im Hohen Haus ist. Ich würde Euch ersuchen, daß Sie sich davon distanzieren, denn das ist nicht der richtige Weg. Um diesen Wege darf ich euch ersuchen, .. *(2.Präs.Mitterer: Frühbauer wird auch angegriffen und ist nicht mehr im Hohen Hause!)* .. es ist nicht der richtige Weg! Jeder einzelne Referent versucht, sein bestes zu geben, speziell im Rahmen der Budgetpolitik und wäre dieser Weg nicht eingeschlagen worden, so hätten wir wirklich in verschiedenen Bereichen, speziell im Tourismusbereich und Gewerbebereich, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. In diesem Sinne darf ich meine Rede schließen und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Abgeordnete **Buchhäusl** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Ich komme aus der Privatwirtschaft und bin daher überzeugt, daß eine wirksame Sozial- und Familienpolitik nur auf einer gesunden Wirtschaftspolitik aufgebaut werden kann. Was ich damit sagen will, ist, daß

Buchhäusl

man aus einem Krug nur so viel Wasser entnehmen kann, wie viel man vorher hinein getan hat. Ein weiterer Aspekt dabei ist, wie weit und wie lange man mit diesem Wasser auskommen kann und wie man diesen Krug laufend füllt. Das heißt, daß die Steuermittel sinnvoll und sparsam eingesetzt werden müssen und vor allem wirksam. Wenn ich daher den Rechnungsabschluß 1993 durchsehe, fällt mir auf, daß es langfristig große Probleme mit der Finanzierbarkeit gibt. Besonders die Pflegegeldsicherung, d.h. besser gesagt die lange Finanzierungsabsicherung dieser absolut notwendigen Einrichtung, wobei wir das Bekenntnis der Freiheitlichen zur Notwendigkeit einer Unterstützung der Schwachen und Ärmsten unserer Gesellschaft betonen möchten, jedoch aber darauf hinweisen müssen, daß alle übrigen Maßnahmen mit der übrigen Wirtschaftspolitik vereinbart werden müssen und sollen. Es gilt daher verstärkt, Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der einheimischen Wirtschaft zu setzen, damit die zukünftige Entwicklung es zuläßt, daß wir hier diese Belastungen, wie sie im Rechnungsabschluß 1993 besonders ersichtlich sind, tragen werden können. Ich sehe hier eine gefährliche Entwicklung, denn es ist Realität, daß die Armutsgrenze steigt, die Opfer einer verfehlten Sozialpolitik wieder die Schwächsten unserer Gesellschaft sind.

Ich suche in Kärnten vergeblich nach einem klaren Konzept für eine sinnvolle und vor allem finanzierbare Sozialpolitik. Frau Landesrat, ich bin gerne bereit, hier mitzuarbeiten, aber es ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Ein Schwerpunkt der Förderung muß aber die Familie sein. Unser zukünftiges Kapital sind die Kinder und die Familie. Ich möchte bei dieser Gelegenheit anmerken, daß ich über das doppelseitige Inserat der Frau Landesrat Achatz vom 3. Juli dieses Jahres in der Kleinen Zeitung sehr erfreut bin. Darin betonen Sie, daß die Kärntner Familienförderung der Jahre 1989 bis 1994 die beste Österreichs ist. Wenn der Klubobmann Hofer heute in seiner Rede die Kindergartenförderung seit 1989 besonders angesprochen, wer hat diese Offensive denn gestartet? Warum war es vor 1989 nicht möglich, hier aktiv zu werden. Das alles ist eine nachträgliche Bestätigung der Familienpolitik, die 1989 vom damaligen Landeshauptmann Dr.

Jörg Haider eingeleitet wurde. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg.Dr.Hofer: Die Frau Kollegin weiß nicht, was die Frau Trattnig wollte!)* Vorher war es anscheinend 40 Jahre lang nicht möglich, eine spürbare positive Familienpolitik zu machen. Derzeit gibt es jedoch wieder nur Ankündigungspolitik und es darf keinesfalls so sein, nur, weil das Geld in den Sozialtöpfen fehlt, daß man wieder bei Müttern und Kindern zu sparen beginnt, genau bei jener Gruppe, die keine Lobby und keine Gewerkschaft hinter sich hat.

Wir Freiheitliche sind sowieso der Meinung, daß ein funktionierendes Sozialsystem nur über eine Steuerreform zu bewältigen ist. Am Beispiel der Kommunalsteuer sieht man, daß wieder der falsche Weg eingeschlagen wird. Dieser hebt die Lohnnebenkosten und besteuert die menschliche Arbeitskraft. Auch die im Verhältnis höhere Besteuerung der Alleinverdiener ist familienfeindlich. Eine Senkung der Lohnnebenkosten würde dazu führen, daß nicht nur der Arbeitgeber mehr Geld in der Tasche hat, sondern daß der Unternehmer wieder konkurrenzfähiger wird, besonders im Hinblick auf den EU-Wettbewerb ist es unbedingt notwendig, in dieser Hinsicht tätig zu werden. Ansonsten werden wir unser Sozialsystem auf Dauer nicht finanzieren können. Dann nenne ich als weiteres Beispiel, wenn ich den Rechnungsabschluß durchschaue, den Abgang der Krankenhäuser, welcher bekanntlich ein großes Problem darstellt. Hier meine ich, daß es unbedingt notwendig wäre, zum Beispiel die extramurale Krankenpflege, das hat auch Abgeordneter Sablatnig heute in seiner Rede angesprochen und auch Abgeordneter Kollmann, mehr zu unterstützen und zu intensivieren. Das heißt, die Hauskrankenhilfe zu fördern und ein engeres Netzwerk dafür aufzubauen. Der eine Vorteil wäre, daß die Krankenhäuser mit der Nachpflege entlastet wären, der Patient in seiner gewohnten Umgebung ist, was sehr viel wert ist, besonders für alte Leute. Wobei hier ein besonders wichtiger Faktor angesprochen ist, nämlich das Zusammenleben von Alt und Jung, damit sich der ältere Mensch nicht abgeschoben fühlt. Ich bin der Meinung, und mit mir, so glaube ich, alle hier Anwesenden, daß besonders die älteren Menschen unsere Aufmerksamkeit und Würdigung erhalten sollen. Aber auch viele junge

Buchhäusl

Menschen werden heutzutage, sei es zum Beispiel durch Verkehrsunfälle pflegebedürftig. Die Zahl der Pflegefälle ist stetig im Steigen begriffen. Daher gilt es, hier Prioritäten und Pläne zu erstellen, in welchem Ausmaß Förderungen richtig und gezielt eingesetzt werden.

Uns fällt auch auf, daß es in Kärnten Probleme bei der Koordination aller Sozialeinrichtungen gibt. Es gibt so viele Organisationen, seien es die Bundes-, Landes-, Bezirks- und Privatorganisationen und es gilt, diese besser zu koordinieren. Eine weitere Einsparungsmöglichkeit wäre, nach einem Krankenhausaufenthalt den älteren Menschen nicht in ein Altenheim abzuschicken, sondern eine sogenannte Übergangspflege in einem Altenheim einzurichten mit dem Vorhaben, diese Menschen zu reaktivieren, damit sie wieder zu Hause in eine gewohnte Umgebung können. Wie gesagt, Möglichkeiten der Einsparung gibt es sicherlich und sind sicher verstärkt anzusprechen. Hoher Landtag, es gilt, eine zukunftsorientierte soziale und Familienpolitik mit klar erkennbaren Konzepten und vor allem finanzierbaren Konzepten, die nicht alleine nur dem Stimmenfang dienen, nur im Einklang mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, einer vernünftigen Umweltpolitik und einer vernünftigen Energiepolitik zu fordern und zu erstellen. Danke. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Abgeordneter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ein paar Äußerungen veranlassen mich, hier noch einmal das Wort zu ergreifen. Zum ersten möchte ich aus meiner Sicht doch einmal etwas sagen, was heute zweimal vorgekommen ist. Da haben wir freiheitliche Mitglieder im Theaterausschuß und dann findet hier eine Kindesweglegung statt, weil die Äußerungen und Handlungen dieser Personen offensichtlich nicht akzeptiert werden. Sie sind aber von der FPÖ nominiert. Dann haben wir hier Abgeordnete, die sich unabhängig nennen, aber in Wahrheit FPÖ-Abgeordnete sind und ich denke, daß wir mit diesem Etikettenschwindel aufhören sollten. Hier gibt es ganz klare Äußerungen, auch in der Öffentlichkeit und man sollte sich, zumindest was die einzelnen Inhalte betrifft, nicht als

unabhängig deklarieren, wenn man in Wahrheit in den Fraktionen einer Partei voll und ganz mit eingebunden ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß Sie sagen, daß das unwahr ist, weil Sie ja immer wieder mit diesem Trugbild vor die Öffentlichkeit gehen. Man muß Ihnen halt einmal den Spiegel vorhalten. Denn an sich halte ich das für eine ganz, ganz billige Propagandaangelegenheit, die einfach öffentlich aufgezeigt gehört. *(Zweiter Präsident Mitterer: Es wird trotzdem nicht wahr, wenn du jetzt lauter wirst!)* Das zweite jetzt, weil früher vom Sport die Rede war. Meine Damen und Herren und Herr Kollege Gallo! Wissen Sie, wie mir das vorkommt: Sie haben offensichtlich im Sportverein in Paternion eine Spielwiese gefunden, wo Sie mit Ihrer kommunalpolitischen Philosophie so fest gezündelt haben, daß die Leute dort gestritten haben. Dann haben Betroffene gesagt: Jetzt machen wir einen neuen Verein. Dann sind für die Bevölkerung in Paternion neue Tennisplätze entstanden. - Der Streit ist geschlichtet. Jetzt ist Ihre Spielwiese weg. Und jetzt sind Sie enttäuscht. Man sieht Ihnen das richtiggehend an. Das hat mit Sportpolitik nichts zu tun, sondern das ist in Wahrheit ein ganz konkretes gemeindepolitisches Problem. Lösen Sie es dort, aber verpolitisieren Sie nicht die Kärntner Sportpolitik! Ich bitte Sie darum! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch alle Wortmeldungen der FPÖ-Abgeordneten hat sich das wie ein blauer Faden durchgezogen, das Thema Stadttheater. Jetzt habe ich nachgedacht: Warum ist das eigentlich so? Denn ich erinnere mich doch, daß gerade dieser Intendant des Stadttheaters in der ersten Phase ein gehätschelt Liebling der FPÖ, auch des damaligen Landeshauptmannes, war; daß die Profilierungsversuche der FPÖ im Stadttheater sich fast überschlagen haben; daß das Lob überall spürbar und hörbar war. Und ganz plötzlich ist das abgerissen. Jetzt wird das Stadttheater oder, besser gesagt, der Intendant Gegenstand einer fast unerträglichen Personenhatz. Meine Damen und Herren! Wissen Sie, woher das kommt? Sprechen wir das doch einmal offen aus: Weil der Herr Intendant Pflegerl während des Wahlkamp-

Dr. Ambrozy

fes es "gewagt" hat - aus Ihrer Sicht, oder man könnte das noch schlimmer formulieren -, sich für die SPÖ und ihren Spitzenkandidaten auszusprechen. Weil er das getan hat, weil er eine politische Meinung gehabt hat, wird er von Ihnen jetzt verfolgt. Und ich sage Ihnen: Wir werden ihn verteidigen (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*), nämlich nicht deshalb, weil Sie ihn verfolgen, sondern weil es in diesem Lande weiterhin möglich sein muß, wo immer man steht, seine politische Meinung zu äußern. Und hören Sie auf mit dieser Personenhatz! Wir werden das jedenfalls nicht zulassen. Man muß aufzeigen, wie vordergründig Sie die Beurteilung bestimmter politischer Bereiche vornehmen. (*Zweiter Präsident Mitterer: Ein Bezirksobmann darf das nicht!*) Wenn man also vor der FPÖ und ihren Politikern in die Knie geht, dann kann man mit Lob und ruhiger Arbeitsmöglichkeit rechnen. Wenn man das nicht tut, also nicht politisches Wohlverhalten an den Tag legt, dann geht die Entwicklung so dahin. Meine Damen und Herren! So kann es nicht sein, denn wir sollten die Dinge objektiv beurteilen! Wir sollten sie auch im Vergleich mit anderen Landestheatern beurteilen. Da muß ich Ihnen sagen: Wir haben das damals - die Intendantenbestellung - mit Ihren Stimmen gemeinsam beschlossen, mit den Vertretern der FPÖ im Theaterausschuß. Wir haben mit dem Intendanten einen Glücksgriff getan. Denn wir haben ein erfolgreiches Theater, in das das Kärntner Publikum hineingeht, mit dem es eine Freude hat und das auch, was die wirtschaftlichen Daten betrifft, mit Innsbruck, mit Salzburg, mit Graz, mit Linz, um nur die wichtigsten Bundesländertheater herzunehmen, verglichen werden kann, und zwar positiv verglichen werden kann. Ich möchte haben, daß das weiterhin ein Theater für alle Kärntner ist, mit dem die Kärntner Theaterfreunde auch wirklich ihre Freude haben. Tun wir doch alles, damit wir die Voraussetzungen dafür schaffen! Machen wir nicht kleinkarierte Politik, indem wir ein Stück, über das man inhaltlich diskutieren kann - ich werde mich auf diese Ebene nicht begeben, nämlich was die Regieauf-fassung betrifft -, das aber objektiv beurteilt im deutschen Sprachraum größtes Aufsehen erregt hat, daß wir das nicht zum Anlaß nehmen, um

hier zensurhaft kleinkarierte Theaterpolitik zu machen.

Weiters ist von der Kindergartenoffensive gesprochen worden und wer dafür verantwortlich ist. Frau Kollegin Buchhäusl, ich könnte Ihnen die Protokolle über die Budgetbesprechungen zum Kindergartenwesen 1989 und 1990 vorlesen und sagen, was darinsteht. Ich könnte Ihnen auch die Position der FPÖ von damals referieren. Sie werden es aber wahrscheinlich ohnehin wissen, rechnen aber nur damit, daß die Öffentlichkeit und vielleicht auch einige Abgeordnete vergessen. Nur, dieser Vergeßlichkeit muß man immer entgegenwirken. Die FPÖ und insbesondere ihre damalige Frauenrepräsentantin, Trattnig, war strikt gegen diese Form der Kindergartenpolitik, die - das möchte ich für mich in Anspruch nehmen - von mir so vorgeschlagen wurde, von der ÖVP unterstützt wurde und in letzter Konsequenz dann im Sinne eines ersten, damals einstimmigen Budgets auch von der FPÖ nicht mitgetragen wurde. Dies wohl auch deshalb, weil wir dafür einen Kaufpreis gezahlt haben: Stichwort "Kinderspielstuben". Das möchte ich deutlich anmerken. Sie haben damals eine andere Politik verfolgt. Lesen Sie in bestimmten Zeitschriften der FPÖ nach, welche Position Haider und auch Trattnig zur Familie und zur Rolle der Frau eingenommen haben! Genau diese Position "Zurück an den Herd!" als Stichwort war die Grundlage auch der damaligen Kindergartenposition der Freiheitlichen Partei. Sind wir hier geradlinig und ehrlich! Ich freue mich, daß sich heute alle zu dieser Kindergartenpolitik bekennen. Daß Sie das auf Ihre Fahnen heften wollen, verstehe ich auch - nur, bahnen wir auch der Wahrheit eine Gasse und sagen wir, wer diese Form der Politik formuliert und echt unterstützt hat. Sie ist erfolgreich. Sie soll fortgesetzt werden. Wir von der SPÖ werden alles tun, damit sie fortgesetzt wird.

Zum Schluß noch einen Satz: Da wird gesagt, vom Krug und vom Wasser und vom Herausnehmen und vom Hineinschütten. Was Sie nicht gesagt haben, das möchte ich sagen: Wir legen schon Wert darauf, daß insbesondere das Hineinschütten in den Krug gerecht verteilt wird. Nicht, daß eine Gruppe vom Zahlen

Dr. Ambrozy

ausgenommen wird, aber diejenigen, die ohnehin den meisten Beitrag leisten, nämlich die Arbeitnehmer, wieder zusätzlich belastet werden. Wir sind für eine sozial gerechte Verteilung der Lasten, nicht nur, was das Herausnehmen aus dem Krug betrifft, sondern vor allen Dingen auch was das Hineinzahlen betrifft. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Krenn. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Krenn** (FPÖ):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Landtag! Zuerst möchte ich vielleicht nur festhalten, daß es an sich ein ungeschriebener Höflichkeitsakt ist, wenn jemand das erstmal hier heraußensteht, daß es keine Zwischenrufe gibt. Ich würde schon ersuchen, wie es bei der Kollegin Buchhäusl war, daß man sich auch daran hält. Ich glaube, das ist es wert, daß man zumindest diese Kleinigkeiten einhält.

Nun aber zum eingangs vom Kollegen Klubobmann Ambrozy betreffend das Stadttheater und Pfliegerl: Wenn er hier eine Verteidigungsschiene für Pfliegerl aufbaut, dann haben wir dafür durchaus Verständnis. Immerhin hat sich Pfliegerl sehr intensiv für den SPÖ-Wahlkampf in der letzten Zeit verwendet. *(Abg. Dr. Ambrozy: Das habe ich ja selber gesagt!)* Aber anscheinend war das Theater vom Pfliegerl so gut, daß das Abschneiden von der SPÖ auf der anderen Seite so schlecht war. Also ich weiß nicht: ich kenne da mich nicht recht aus. *(Abg. Dr. Ambrozy: Das stimmt! Sie kennen sich nicht recht aus!)*

Zum Kindergartengesetz, bittschön, muß ich auch etwas sagen. 40 Jahre, bittschön, habt ihr herinnen die absolute Mehrheit gehabt. 40 Jahre hättet ihr auch die Chance gehabt, hier ein bisserl etwas in diesem Bereich zu verändern. Ihr habt das nicht getan. *(Abg. Dr. Ambrozy: Ich bin erst 47!)* Erst seit 1989, bittschön, hat sich die Budgetsituation verbessert. *(Abg. Mag.*

Trunk: Der Bewußtseinsprozeß der Gesellschaft ändert sich in 40 Jahren, Herr Kollege!) Weil vorher haben wir zirka 25 Millionen zur Verfügung gehabt, und heute dürfen wir doch auf insgesamt über 100 Millionen Schilling zurückblicken. Ich meine, ihr habt zwar die sogenannten Kinderfreundevereine, aber in der Richtung habt ihr euch bis 1989 doch etwas kinderfeindlich in diesem Zusammenhang verhalten. Das möchte ich hier schon feststellen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Ich möchte aber auch auf die touristische Situation eingehen, weil sie heute schon von meinem Kollegen Hinterleitner angesprochen worden ist, der gemeint hat, hier wird nur Verunsicherung betrieben, mit Pleiterekorden, mit Untätigkeit des damals zuständigen Referenten usw. Ich meine, man sollte sicher nicht einen allein dafür verantwortlich machen, aber daß er tatsächlich mit Übereifer nicht glänzen konnte, wird hier jeder bestätigen. Das werden auch die Touristiker draußen bestätigen. Hier wäre durchaus ein bisserl Handlungsbedarf gegeben gewesen. Es kann auch nicht als Grund angeführt werden, daß man sagt: Kärnten in der Randlage oder die Ostmärkte. Ich meine, das sind vielleicht Mosaiksteine, aber bitte, nicht mehr. Immerhin hat es jetzt auch eine Fußball-WM gegeben. Ich höre schon dort und da, daß jetzt die Fußballer für den Niedergang des Tourismus verantwortlich sind oder die Billigflugreisen. Das sind alles Mosaiksteine. Auch die Vier- und Fünfsternkategorie, bitte, auch wenn sie in der Lage ist, Qualität zu bieten, hat heuer erstmals kräftige Rückgänge zu verzeichnen. Es mag wenige Ausnahmen geben. Aber ich alleine, in meiner Heimatgemeinde sehe im Vier- und Fünfsternbereich auch kräftige, deutliche Rückgänge. Da geht es einfach nicht mehr, daß man diese alten Themen vor sich herschiebt: Saisonverlängerung, Saisonverlängerung. Wir haben heute schon ganz andere Probleme. Wir müssen schauen, daß wir überhaupt in der Lage sind, unsere Hauptsaison zu füllen. Wir reden nicht mehr von einem "Juliloch". Wir reden inzwischen und haben das das letzte Jahr schon gespürt schon von einem "Augustloch". Wir brauchen das Wenige, das wir jetzt haben, nicht noch mehr zerstreuen, damit wir die Kosten noch wesentlich höher gestalten. Da gibt es andere

Krenn

Sachen. Wir sollten uns aber insgesamt schon überlegen, auch die Regionen nicht unbedingt schlechtzumachen. Wir werden sie aber hinterfragen müssen, inwieweit die Regionen funktionstüchtig sind, aber auch bis hinab zu den Funktionären. Die meisten wissen gar nicht einmal, wer die Funktionäre in den einzelnen Regionen sind. Es gibt, ist mir bekannt, nur ganz, ganz wenige, die tatsächlich funktionieren. Sie sind, meines Erachtens, auf dem Papier vorhanden, aber vielfach funktionieren sie in der Praxis nicht. Das ist ein Problem. Hier werden wir Ansätze zu tätigen haben. Und dort, wo heute nach wie vor in den Regionen einfach die Wirtschaftsvertreter aus der Tourismuswirtschaft - und ich sage es auch einmal so deutlich - die Schädel nicht zusammenbringen, wird auch nichts weitergehen, weil man auch in diesen Bereichen ein bisserl beitragen wird müssen. Das gilt auch von der Führungsebene her. Ob das seitens der Kammer oder seitens der Politik ist, ist Einfluß zu nehmen, damit sich die Situation ein bisserl verbessert. Das wird die Aufgabe sein. Anders sehe ich das als Praktiker nicht.

Ich meine aber auch, daß es nicht angeht, sich immer nur auf solche Kleinprobleme auszureden, wie wir das hier immer wieder tun; wie wir es dauernd in der Praxis draußen hören. Eben diese Punkte, wie du sie früher angezogen hast. Ich habe durchaus auch mit Journalisten in der letzten Zeit geredet und auch diese Situationen, diese ewigen Ausreden hinterfragt. Die haben gesagt: "Das einzige, was euch abgeht, ist ein aggressives Marketing." Und das ist nicht feststellbar. Das Land Kärnten ist draußen nach wie vor zu wenig bekannt. Da sind die eigentlichen Hintergründe doch begraben. Wenn ich heute Messeveranstaltungen beobachte, die die KTG begleitet und draußen sehe, wie schändlich, wie armselig dieser "Kärntnerstand" aufgemacht worden ist, dann muß ich wirklich fragen und es wundert mich eigentlich gar nicht mehr: Warum wird dieses Land international so schlecht präsentiert? Das ist eine Situation, mit der wir uns künftig auseinanderzusetzen haben werden. Wir werden uns aber auch damit auseinandersetzen müssen, wie wir insgesamt die Budgetmittel, die touristisch für die Werbung usw. zur Verfügung stehen, besser einsetzen können. Denn das Marktseg-

ment selber, das es zu verkaufen gilt, das kennen meines Erachtens nach die Unternehmer selber am besten. Am zweitbesten sind für mich, wenn die Regionen funktionieren, die Vertreter der Regionen, und dann erst die KTG als solche, die meines Erachtens nur die Basisaufbereitung vorzunehmen hat, das Land zu verkaufen, zu vermarkten. Das ist dann schon die Aufgabe der Regionen und der Häuser. Ich glaube, da sind wir uns einig. Da gibt es keinen Widerspruch. Das wollte ich aber nur insgesamt festgestellt wissen.

Ein Wort noch zu Professor Kropfberger, weil da so getan wird, als ob er vom jetzt neuen Referenten Reichhold einfach abgeschoben worden ist. Ich verstehe heute noch immer nicht, warum der damals zuständige Tourismusreferent hergeht, wohl wissend, daß man kurz vor der Landeshauptmannwahl steht, kurz vor der Referatsaufteilung steht, daß er kurz vorher diese Entscheidung, die an sich weitreichend ist, trifft - ohne diese Entscheidung mit dem praktisch folgenden Referenten zu koordinieren. Das habe ich nicht verstanden. Daß jetzt Kropfberger hergeht und sagt: Na gut, wenn ich nicht mehr Vorsitzender des Marketingbeirates bin, daß ich dann 500.000 Schilling bar auf die Krallen haben will, im Jahr - na bittschön, so kann es nicht gehen. Da wissen wir, wie es in diesem Sinne mit der sogenannten Ehrenamtlichkeit bestellt ist, die an sich jeder Funktionär im Marketingbeirat erbringt.

Kurz noch ein paar Sätze insgesamt zum Budget selber. Es ist - und alle haben es bestätigt - immer wieder die Forderung auf Einsparungen von allen Fraktionen angesprochen worden. Es ist auch seitens des Landeshauptmannes bei der Freiheitlichen Partei kritisiert worden: "Na gut, ihr fordert zwar auch Einsparung, aber ihr sagt nicht, wie." Wir wissen schon, und wir sagen es schon die längste Zeit, wie wir uns Einsparungen vorstellen können. Daß die aber nicht linear fortgeschrieben werden können, sollte uns auch klar sein. Wenn ich mir den sogenannten Wahrnehmungbericht des Rechnungshofes anschau und vorher nicht darauf geschaut hätte, wäre es eigentlich mein Gedanke gewesen, daß ich da aus dem Freiheitlichen Programm herauslese. Denn der Rechnungshof schreibt in seinem Wahrneh-

Krenn

mungsbericht zur Haushaltsentwicklung insgesamt, daß praktisch zufolge der geringen Gestaltungsmöglichkeiten bei den Einnahmen nach Ansicht des Rechnungshofes die Konsolidierung des Haushaltes nur ausgabenseitig erfolgen. In diesem Bereich, schreibt er weiter: "Eine umfassende Darstellung der Gesamtbelastung des Landeshaushaltes aus Leasingverbindlichkeiten ist ebenfalls anzustreben, denn auch da ist nicht die ganze Budgetwahrheit gegeben, nicht die ganze Transparenz, die an sich ein Budget beinhalten sollte." Der Rechnungshof sagt auch weiter, daß im Sinne einer Nullbasisbudgetierung jede Haushaltsstelle hinsichtlich der Dotierung zu hinterfragen und gleichzeitig zu prüfen ist, ob diese dem Grund nach zu Recht besteht." Das ist an sich genau das, was wir die ganze Zeit gesagt haben. Oder: "Eine nähere Betrachtung des Pflichtausgabenbereiches wäre insbesondere deshalb erforderlich, weil von den gegebenen Budgetgrößen her eine Konsolidierung des Landeshaushaltes nur über den Ermessensbereich nicht zu verwirklichen sei bzw. ein weiteres Absinken der Ermessensausgaben im Gesamthaushalt auch gesamtwirtschaftlich betrachtet nicht zielführend erscheint." Genau das haben wir die ganze Zeit immer wieder kritisiert. Es ist tatsächlich auch beim Budgetvoranschlag 1994 ebenfalls noch nicht erledigt worden, geschweige denn davon, daß man irgendwo in der Richtung auf die Budgetentwicklung im Jahr 1993 Rücksicht genommen hat. Der Rechnungshof sagt weiter: "Aus den Finanzschulden und damit auch aus der Finanzschuldenquote sei kein vollständiges Bild über die gesamte Verschuldungslage des Landes gegeben. Nicht fällige Verwaltungsschulden, vor allem als Folge von Sonderfinanzierungen im Wege von Leasing und Bauverträgen sowie der Landesanstalt nach dem Krankenanstaltenbetriebsgesetz eingeräumte Fremdmittelaufnahmen würden sich ebenfalls auf den Landeshaushalt auswirken. Diese Finanzierungsformen seien außerdem geeignet, die angestrebte Konsolidierung zu beeinträchtigen." Das haben wir doch laufend immer wieder gesagt. Immer wieder ist es praktisch nur bei Lippenbekenntnissen geblieben. Es hat sich in der Richtung leider Gottes viel zu wenig getan.

Um insgesamt die Wirtschaft vorantreiben zu können, möchte ich folgendes sagen: Wir werden nicht nur einsparen können, daß unterm Strich auch für die notwendigen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung nichts überbleibt. Es reichen, und das möchte ich auch sagen, die 350 Millionen Schilling, die wir jährlich für die nächsten drei Jahre praktisch dem Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds zuführen, leider Gottes nicht aus. Ich werde das dann anhand eines Beispiels belegen, möchte aber zuvor auf eine andere Geschichte im Zusammenhang mit dem KFW eingehen, wo früher Ambrozy gemeint hat, wir haben extra noch 141 Millionen Schilling dem KWF zugeführt. Ich möchte nur in Erinnerung rufen: Die 141 Millionen Schilling waren ausschließlich dazu da, um die alten Zusagen, noch aus der Zeit von Landesrat Rauscher abzudecken und zu befriedigen. Die neuen konnten damit in keiner Weise oder in irgendeiner Form befriedigt werden. Jetzt stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Insgesamt wurden beispielsweise im Zeitraum vom 15. Dezember 1993 bis 15. März 1994 (in diesen drei Monaten, einem Quartal quasi) über 800 Neuanträge beim Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds eingereicht. Würde man alle 800 Anträge positiv behandeln wollen, würde das einen Förderungsaufwand von insgesamt 650 Millionen Schilling nach sich ziehen. Das heißt, ich gehe zwar davon aus, daß nicht alles genehmigt wird, daß manches nicht förderbar ist, aber quasi, so wie sich jetzt die Situation im Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds darstellt, könnte er praktisch Mitte des Jahres seine Pforten schließen, zusperren, Betriebsurlaub machen oder was immer, wenn nicht sofort in der Richtung wir gemeinsam in diesem Haus Überlegungen anstellen, wie wir die Wirtschaftsförderung in diesem Land weiterbetreiben wollen. Denn ohne zusätzliche Mittel einerseits, aber auch - das möchte ich auch sagen - ohne daß wir die Förderungsbedingungen nicht noch einmal nachhaltig abändern, werden wir mit der Wirtschaftsförderung in diesem Land nicht mehr weiterkommen.

Da möchte ich ein Beispiel dazu sagen. Es wurden zum Beispiel beim Sanierungsfonds im Bund in der letzten Zeit über 90 Anträge, 98 Anträge waren es insgesamt, eingereicht. 60

Krenn

Prozent dieser Anträge stellt das Bundesland Kärnten. Das soll nur Ausdruck darüber sein, wie es wirklich um unsere Wirtschaft bestellt ist und wie ernst in diesem Zusammenhang meine Bitte hier ist, nachhaltig darüber nachzudenken, wie wir den KWF wirklich auf solche Beine stellen, damit er seinem Auftrag, den wir ihm gemeinsam gegeben haben, auch nachkommen können. Das möchte ich hier noch anstellen und danke. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es liegt zu den Tagesordnungspunkten 4. und 5. keine Wortmeldung mehr vor. Ich darf vielleicht nur so am Rande bemerkt als Unikat festhalten und feststellen, da ich schon länger diesem Hause angehöre, daß mit Ausnahme des Landeshauptmannes kein Mitglied der Landesregierung heute das Wort ergriffen hat zum Rechnungsabschluß. *(Abg. Dr. Hofer: Die Frau Landesrat wollte ja, das muß man sagen.)* Entschuldigung, dann ziehe ich meine Bemerkung zurück, das stimmt. *(LR Achatz: Ich habe meine Wortmeldung zurückgezogen!)* Ich ziehe meine Bemerkung zurück und der Berichterstatter zu Tagesordnungspunkt 4. hat das Schlußwort.

(Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.)

Berichterstatter Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landeskontrollamtes vom 14.6.1994, Zahl KA 102/2/94, betreffend die Überprüfung des Rechnungsabschlusses des Landes für das Rechnungsjahr 1993 wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)

(Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlußwort zu TOP 5. - Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort und beantragt das

Eingehen in die Spezialdebatte. - Abg. Schretter: Zur Geschäftsordnung! - Der Vorsitzende erteilt Abg. Schretter das Wort zur Geschäftsordnung.)

Abgeordneter **Schretter** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Es liegt hier ein Antrag des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vor, der nach Auskunft der Rechts- und Verfassungsabteilung heute nicht beschlossen werden kann. Die Verfassungsabteilung vertritt die Auffassung, daß der Rechnungsabschluß nur als gesamtes beschlossen werden kann, Teilabschlüsse seien nicht möglich. Soweit dazu die Auskunft der Verfassungsabteilung. Daher stelle ich namens der Freiheitlichen Fraktion nach § 57 der Geschäftsordnung den Antrag, die getrennte Abstimmung zum Rechnungsabschluß zu unterlassen und nur über den gesamten Rechnungsabschluß abzustimmen, damit diese Beschlußfassung rechtskonform im Landtag über die Bühne gehen kann. *(Abg. Dr. Hofer: Zur Geschäftsordnung!)*

Abgeordneter **Dr. Hofer** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir sind der Auffassung, daß diese getrennte Abstimmung sehr wohl möglich ist und darüberhinaus der Auffassung, daß dann eine Abstimmung zu erfolgen hat, die sich auf den gesamten Rechnungsabschluß beziehen muß.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Wir haben zuerst über den Antrag von Abgeordneten Schretter, eine getrennte Abstimmung zu unterlassen, abzustimmen. So sieht es die Geschäftsordnung vor. Wer also dafür ist, eine getrennte Abstimmung zu unterlassen, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag ist in der Minderheit geblieben. Der Berichterstatter möge fortfahren.

Berichterstatter Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Schiller

Der Rechnungsabschluß des Landes Kärnten für das Haushaltsjahr 1993 wird gemäß Artikel 54 der Landesverfassung für das Land Kärnten für die Referatsbereiche des damaligen Landeshauptmannes Dr. Christof Zernatto genehmigt.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird mit Mehrheit angenommen.)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß des Landes Kärnten für das Haushaltsjahr 1993 wird gemäß Artikel 54 der Landesverfassung für das Land Kärnten für die Referatsbereiche des damaligen Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Peter Ambrozy genehmigt.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird mit Mehrheit angenommen.)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß des Landes Kärnten für das Haushaltsjahr 1993 wird gemäß Artikel 54 der Landesverfassung für das Land Kärnten für die Referatsbereiche des damaligen Landeshauptmann-Stellvertreters Ing. Mathias Reichhold genehmigt.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag bleibt in der Minderheit.)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß des Landes Kärnten für das Haushaltsjahr 1993 wird gemäß Artikel 54 der Landesverfassung für das Land Kärnten für die Referatsbereiche des damaligen Landesrates Adam Unterrieder genehmigt.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird mit Mehrheit angenommen.)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß des Landes Kärnten für das Haushaltsjahr 1993 wird gemäß Artikel 54 der Landesverfassung für das Land Kärnten für

die Referatsbereiche des damaligen Landesrates Herbert Schiller genehmigt.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird mit Mehrheit angenommen.)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß des Landes Kärnten für das Haushaltsjahr 1993 wird gemäß Artikel 54 der Landesverfassung für das Land Kärnten für die Referatsbereiche des damaligen Landesrates Dipl.-Ing. Jörg Freunschlag genehmigt.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag bleibt in der Minderheit.)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß des Landes Kärnten für das Haushaltsjahr 1993 wird gemäß Artikel 54 der Landesverfassung für das Land Kärnten für die Referatsbereiche der damaligen Landesrätin Karin Achatz genehmigt.

Ich beantrage die Annahme.

(Dieser Antrag wird mit Mehrheit angenommen.)

Vorsitzender Dritter Präsident **Dkfm. Scheucher** (ÖVP):

Ich darf nun einen Zusatzantrag der Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei zur Verlesung bringen mit folgendem Inhalt:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen: Der Rechnungsabschluß für das Haushaltsjahr 1993 wird gemäß Artikel 54 der Landesverfassung genehmigt.

Wer damit einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Mehrheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf für heute die Sitzung schließen und darf darauf hinweisen, daß die restlichen Tagesordnungspunkte bei der nächsten Sitzung, die am 28.7. stattfinden wird, zur Behandlung gelangen werden.

Ende: 18.08 Uhr